

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001

Beurteilung der Wirtschaftslage
durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher
wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 6. April 2001

5/2001

10.04.2001, 7. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	91
1. Die Lage der Weltwirtschaft	95
Überblick	95
Nachlassende Weltkonjunktur	95
Wirtschaftspolitik wieder auf expansivem Kurs	95
Weltwirtschaft stabilisiert sich	96
Prognoserisiko USA	97
USA: Kräftiger Abschwung – aber keine Rezession	100
Japan: Keine durchgreifende Erholung in Sicht	102
Gedämpfter Produktionsanstieg in den Entwicklungs- und Schwellenländern	102
Vorübergehende Abschwächung der Expansion in Mittel- und Osteuropa	104
2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union	105
Großbritannien: Finanzpolitik stützt Konjunktur	105
Abkühlung der Konjunktur im Euroraum	106
Geringfügig stärkerer Anstieg der Löhne	107
Finanzpolitik expansiv ausgerichtet	107
Monetäre Rahmenbedingungen leicht anregend	108
Ausblick: Konjunkturbelebung im kommenden Jahr	110
3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	111
Überblick	111
Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen	112
Wirtschaftspolitik stützt Konjunktur	112
Gesamtwirtschaftliche Produktion bleibt aufwärts gerichtet	113
Exportboom geht zu Ende	114
Ausrustungsinvestitionen nehmen vorübergehend schwächer zu	117
Keine Erholung der Bauinvestitionen	118
Privater Konsum mit mehr Schwung	118
Preisaufrtrieb lässt nach	119
Verhaltener Anstieg der Produktion	120
Beschäftigungsanstieg verlangsamt sich	121
Vorübergehender Anstieg des Budgetdefizits	123
Zur Entwicklung in Ostdeutschland	125
4. Zur Wirtschaftspolitik	126
Finanzpolitik	128
Zur Finanzpolitik im Euroraum	131
Geldpolitik	132
Lohnpolitik	134
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	135

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001

– Zusammenfassung –

Weltkonjunktur kühlt sich deutlich ab

Die weltwirtschaftliche Expansion hat sich seit Mitte 2000 deutlich verlangsamt. Damit ging eine Phase außerordentlich hoher Dynamik zu Ende. Verantwortlich war zum einen der Anstieg der Ölpreise, der die wirtschaftliche Aktivität dämpfte. Zum anderen bremste die Geldpolitik mit dem Ziel, das bis zur Jahresmitte hohe konjunkturelle Tempo zu verringern und so einer Inflationsbeschleunigung entgegenzuwirken. Eine geringere konjunkturelle Expansion war somit wirtschaftspolitisch gewollt.

Besonders stark kühlte die Konjunktur in den USA ab. Damit fiel die maßgebliche Antriebskraft der Weltwirtschaft aus. In Japan kam die ohnehin zögerliche konjunkturelle Belebung im Verlauf des vergangenen Jahres erneut ins Stocken; die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte reichten nicht aus, um den Wegfall der außenwirtschaftlichen Impulse zu kompensieren. Im Euroraum ging das Expansionstempo ebenfalls zurück, wenn auch nicht so ausgeprägt. Die Abkühlung war primär dadurch bedingt, dass die Realeinkommen wegen des Kaufkraftabflusses in die Ölexportländer langsamer stiegen.

Als in den USA zum Jahresende die deutliche Abschwächung der Konjunktur erkennbar wurde, vollzog die Zentralbank eine entschlossene Zinswende. Auf eine erneute Eintrübung der Konjunkturperspektiven hat auch die Bank von Japan reagiert. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Leitzinsen bislang unverändert gelassen. Sie dürfte sie in Erwartung einer abgeschwächten konjunkturellen Expansion und eines nachlassenden Preisauftriebs aber noch im Frühjahr senken. In zahlreichen Ländern Europas und in den USA werden Steuern reduziert.

Die Dynamik der Weltwirtschaft bleibt in den kommenden Monaten verhalten. Zwar sind die Ölpreise wieder gefallen. Doch bestimmt die Abschwächung in den USA vorerst das weltwirtschaftliche Klima. Einer stärkeren Abkühlung wirkt im Euroraum die expansive Finanzpolitik entgegen. Zudem stützt in der ersten Jahreshälfte 2001 noch der niedrige Eurokurs. Mit der weltwirtschaftlichen Belebung beschleunigt sich der Produktionsanstieg im kommenden Jahr wieder, bleibt aber deutlich verhaltener als im vergangenen Jahr. Der Preisauftrieb wird im Prognosezeitraum nachlassen.

Aufschwung in Deutschland zu Ende – aber keine ausgeprägte Konjunkturschwäche

In Deutschland ist der konjunkturelle Aufschwung im zweiten Halbjahr zu Ende gegangen: Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten hat nicht weiter zugenommen; sie ist zuletzt sogar etwas zurückgegangen. In der Industrie waren Auftragseingänge und Produktion zwar weiterhin aufwärts gerichtet. Das Geschäftsklima hat sich jedoch merklich eingetrübt. Die Abkühlung der Konjunktur strahlte auch auf den Arbeitsmarkt aus. Seit Beginn dieses Jahres steigt die Zahl der Erwerbstätigen nur noch verhalten. Der Preisauftrieb hat sich kaum abgeschwächt.

Ein Nachlassen der konjunkturellen Dynamik war von den Instituten in ihrem Gemeinschaftsgutachten vom Herbst letzten Jahres erwartet worden. Dafür sprachen der Ölpreisschock sowie die Straffung der Geldpolitik in den USA und im Euroraum. Allerdings wurde das Ausmaß der Abschwächung unterschätzt. So wurde die Binnennachfrage durch den Ölpreisschock stärker belastet als erwartet. Zudem kühlte sich die Konjunktur in den USA stärker ab als noch im Herbst des vergangenen Jahres angenommen; das hat die Exporterwartungen gedämpft und das Geschäftsklima verschlechtert. Obwohl die Konjunktur in Deutschland stärker als erwartet an Fahrt verloren hat, halten die Institute an ihrer Einschätzung fest, dass es nicht zu einer ausgeprägten Konjunkturschwäche oder gar zu einer Rezession kommen wird. Vielmehr bleibt die gesamtwirtschaftliche Produktion merklich aufwärts gerichtet. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 2,1 % und im nächsten um 2,2 % steigen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich weiter verbessern, und der Preisauftrieb wird nachlassen (vgl. Tabelle).

Fortsetzung des Stabilitätskurses in der Wirtschaftspolitik – kein Grund für hektischen Aktionismus

Ob aus der konjunkturellen Abkühlung ein wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf abzuleiten ist, hängt vor allem von dem Urteil ab, was die konjunkturelle Abkühlung bewirkt hat, wie sich die Wirtschaft in absehbarer Zeit entwickeln wird und wie der aktuelle Kurs der Wirtschaftspolitik einzuschätzen ist.

	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	1,6	3,0	2,1	2,2
Westdeutschland ²⁾	2,3	1,6	3,2	2,2	2,2
Ostdeutschland	0,7	1,4	1,1	1,5	2,0
Erwerbstätige Inländer (1000 Personen)	37 479	37 879	38 466	38 801	39 093
Westdeutschland ²⁾	31 257	31 609	32 291	32 660	32 940
Ostdeutschland	6 222	6 270	6 175	6 141	6 153
Arbeitslose (1000 Personen)	4 279	4 099	3 889	3 695	3 470
Westdeutschland ²⁾	3 024	2 872	2 645	2 455	2 260
Ostdeutschland	1 256	1 227	1 244	1 240	1 210
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	10,2	9,8	9,2	8,7	8,2
Westdeutschland ²⁾	8,8	8,3	7,6	7,0	6,4
Ostdeutschland	16,8	16,4	16,8	16,8	16,4
Verbraucherpreise ⁴⁾					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,0	0,6	1,9	2,1	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵⁾	-2,1	-1,4	1,5	-1,7	-1,2

1) In Preisen von 1995. - 2) Und Berlin. - 3) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).-
4) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte - 5) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95) in % zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Angabe für 2000: Einschließlich der als Nettoabgang an immateriellen Wirtschaftsgütern gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Bundesanstalt für Arbeit; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Im Jahre 2000 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt sowohl in Deutschland als auch im Euroraum mit der höchsten Rate seit rund einer Dekade zu. Dies war wesentlich begünstigt durch eine kräftige Expansion der Weltkonjunktur. Es konnte allerdings nicht damit gerechnet werden, dass die Weltwirtschaft auf Dauer in dem hohen Tempo – die Produktion nahm rascher zu als jemals zuvor in den vergangenen 15 Jahren – wachsen würde. Insbesondere wäre es in den USA bei anhaltend hoher Überauslastung der Kapazitäten zu inflationären Spannungen gekommen, die wahrscheinlich eine ausgeprägte Rezession nach sich gezogen hätten. Neben der Weltkonjunktur hat ein weiterer Faktor die Exporte begünstigt, der als nicht nachhaltig bezeichnet werden kann: Die Abwertung des Euro hat sowohl in Deutschland wie auch im Euroraum zu dem ungewöhnlich kräftigen Exportboom beigetragen. Es war nicht zu erwarten, und es war auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nicht erwünscht, dass der Euro weiter abwerten würde. Tatsächlich hat er sich seit Herbst des vergangenen Jahres etwas erholt.

Die Europäische Zentralbank hat noch nicht auf die Verschlechterung der konjunkturellen Aussichten reagiert, sondern die Leitzinsen unverändert gelassen. Dies ist sowohl vor dem Hintergrund der geldpolitischen Strategie der EZB als

auch der Indikatoren zur Konjunktur- und Preisentwicklung nachvollziehbar. Um Konsistenz mit früheren Entscheidungen und damit Glaubwürdigkeit zu wahren, sollte sich die EZB weiterhin allein auf die von ihr selbst gewählte Zwei-Säulen-Strategie stützen. Zum einen orientiert sie sich an einem Referenzwert für die Geldmengenentwicklung. Zum anderen verwendet sie ein breites Bündel von Indikatoren, um die künftige Entwicklung der Inflation abzuschätzen. Beide Säulen deuten darauf hin, dass sich die Gefahren für die Preisstabilität im Prognosezeitraum wohl verringern werden. Um kein falsches Signal für die Preisstabilität zu geben, kann die monetäre Lockerung zum derzeitigen Zeitpunkt nur geringfügig ausfallen. Die Institute halten eine Senkung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte für gerechtfertigt.

Gegenwärtig wird kontrovers diskutiert, wie die Finanzpolitik auf die konjunkturelle Abschwächung reagieren soll. Die Institute plädieren wie in früheren Gutachten dafür, dass die automatischen Stabilisatoren der Finanzpolitik wirken sollen. Das bedeutet zum einen, dass es nun nicht um zusätzliche Ausgabenprogramme gehen kann, etwa um die Nachfrage zu stimulieren. Zum anderen besteht aber auch kein Anlass, jetzt vermehrt zu sparen oder Abgaben zu erhöhen, weil die Defizite in den öffentlichen Haushalten konjunkturbedingt höher

ausfallen, als noch vor einigen Monaten erwartet worden war.

Die Institute schlagen ein Konzept der Haushaltskonsolidierung vor, bei dem sich die Finanzpolitik weniger an den Haushaltsdefiziten und mehr an einem mittelfristig fixierten Ausgabenpfad orientiert. Um letzteren nicht zu gefährden, darf der Staat zusätzlichen Ausgabenwünschen nur nachgeben, wenn gleichzeitig Einsparungen an anderer Stelle vorgeschlagen und auch akzeptiert werden. Eine derartige Regelbindung der Haushaltspolitik ist in den USA mit dem „Budget Enforcement Act“, wo ein solcher Pfad für die konsumtiven Ausgaben festgelegt wurde, erfolgreich praktiziert worden. Dabei wurde für die jährlich zu bewilligenden Ausgaben eine Obergrenze vorgegeben. Bei einer drohenden Überschreitung dieser Grenze mussten Kürzungen bei anderen Ausgaben vorgenommen werden. Auf diese Weise konnte der Ausgabenanstieg gebremst werden. Die konjunkturbedingten Mehreinnahmen konnten dann entsprechend zum Abbau des Budgetdefizits und danach zum Schuldenabbau verwendet werden. Mit entsprechenden Vorkehrungen würde auch in Deutschland der mittelfristig vorgesehene Budgetausgleich erleichtert.

Die moderaten Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre haben wesentlich dazu beigetragen, dass

sich die Beschäftigung wieder erhöhte und gleichzeitig der Preisauftrieb trotz spürbarer außenwirtschaftlicher Teuerungsimpulse begrenzt blieb. Jetzt geht es darum, die tarifpolitischen Weichen für das Jahr 2002 und darüber hinaus zu stellen. Die Institute plädieren dafür, den moderaten Kurs fortzusetzen. Dies bedeutet, dass sich die Lohnentwicklung prinzipiell am Produktivitätszuwachs orientieren sollte, allerdings bei entsprechender Berücksichtigung der Lage am Arbeitsmarkt.

Die Glaubwürdigkeit eines anhaltend moderaten lohnpolitischen Kurses könnte erhöht werden, wenn die Tarifparteien Lohnabschlüsse tätigen würden, die etwas weiter in die Zukunft reichen. Eine Möglichkeit wäre – wie schon in der Vergangenheit praktiziert –, längere Laufzeiten von Tarifverträgen zu vereinbaren. Allerdings gibt es an deren Ende – wie in diesem Jahr – auch Unsicherheiten, ob der lohnpolitische Kurs tatsächlich fortgesetzt wird. Eine andere Möglichkeit wäre, die Lohnabschlüsse nicht – wie sonst üblich – für das laufende, sondern für das jeweils kommende Jahr abzuschließen. Dies würde der Geldpolitik frühzeitig signalisieren, wie der Kurs der Lohnpolitik auf mittlere Sicht einzuschätzen ist und auch die Planungssicherheit der Unternehmen nähme zu.

The World and the German Economy in Spring 2001

– Summary –

World wide economic activity is slowing down

The global expansion has slowed down noticeably since the middle of the year 2000. At the same time, a phase of especially high dynamics came to an end. On the one hand, it was decisive that the increase in oil prices stemmed economic activity. On the other hand, monetary policy slowed down in order to reduce the high pace of the economy by the middle of the year and to decrease accelerated inflation. In this respect, smaller economic expansion was wanted.

The economy in the USA slowed down particularly heavily. Therefore, the decisive stimulus of the world economy was lost. In Japan, the unassertive economic upturn began to flag once again during the previous year; domestic buoyant forces were not sufficient enough to compensate the loss of external stimuli. The rate of expansion within Europe fell as well, even if it wasn't particularly

noticeable. Slowing down was primarily conditional upon the fact that real incomes increase slower due to purchasing power outflows in the oil exporting countries.

As the decline of the economy was recognizable in the USA at the end of the year, the central bank fulfilled an intended turnaround in interest rate movements. The Bank of Japan also reacted to a renewed clouding of the economy perspectives. The European Central Bank (ECB) has left its key interest rates unchanged so far. It would be allowed to decrease its interest rates in spring still, however, in anticipation of a weakened economic expansion and a falling acceleration in prices. Fiscal policy is also expansively orientated in the forecasting horizon in the industrial countries. In numerous European countries and in the USA taxes are lowered. The dynamics of the world economy is to remain restrained in the coming months. In fact, oil prices sank again and fiscal

policy has a stimulating effect. But yet, the decline in the USA determines, for the time being, the global economic climate. In Europe, expansive fiscal policy counteracts a stronger decline. Furthermore, the Euro rate is still supporting in the first half of the year 2001. The production increase is speeding up in the coming year again with the global economic upturn. In the later course of this year, world wide economic activity would be able to improve gradually. The upsurge of prices will slack off in the forecasting horizon.

Uncertainties on the size and length of the economic weaknesses in the USA are currently substantial. This concerns, on the one hand, domestic demand. On the other hand, the US dollar could definitely deteriorate in value. This could be the case if investors were no longer prepared to invest capital in the USA to the same extent as up to now because the prospects on rates of return are poorly estimated.

Upswing at an end in Germany – but no distinctive weaknesses of economic activity

In Germany, the economic upswing came to an end in the second half of the year: the utilization of the macroeconomic capacities did not increase again; it even declined a little in the long-run. In industry as a whole, inflows of orders and production, on top of that, were upwardly. Business climate, however, clouded over markedly. The slowing down of the economy was also spread to the job market. Since the beginning of this year, the number of gainfully employed has still only increased slowly. The upward trend of prices has dropped off.

A reduction of the economic dynamics was expected by the institutes in their joint report in fall of last year. Therefore, the oil price shock, as well as the streamlining of monetary policy in the USA and in Europe were discussed. However, the size of the decline was underestimated. Therefore, domestic demand through the oil price shock was more strained than expected. In addition, the economy in the USA slowed down stronger than was assumed only in fall last year; that stemmed the expectations of exports and worsened the business climate. Although the economy in Germany had a greater loss than expected, the institutes adhere to their assessments that it will not come to a marked weakness of economic activity or to a recession either. Instead, macroeconomic production remains markedly upward.

No fundamental change of policy required

Whether there is need for economic action, derived from the slowing down of economy, depends, above all, on the judgment of how the economy is to be developed in foreseeable future and how the current rate of economic policy is to be valued.

In the year 2000, real gross domestic product increased in both – Germany and in Europe – with the highest rate for approximately ten years. This was significantly preferred through a substantial expansion of world wide economic activity. It could, however, not be counted upon that the world economy – the production increased more rapidly than ever before in the last 15 years – would grow on a continuing basis at high pace. It would have especially resulted in inflationary strains in the USA with persistently high above operating rates of capacity, which would have probably followed a pronounced recession. Along with the world wide economic activity, a further factor promoted exports, which can be referred to as ineffective: the devaluation of the euro has added to the unusually strong export boom in both Germany and in Europe. It was not to be expected, nor was it desired from the macroeconomic point of view, that the euro would further devalue. In fact, since fall last year the euro has somewhat recovered.

The European Central Bank has still not reacted to the deterioration of the economic prospects but the key interest rates have remained unchanged. This is comprehensible against both the background of monetary policy strategies of the ECB, as well as the indicators to economic and price development. In order to maintain consistency in earlier decisions and along with that credibility as well, the ECB should continue to base itself only on the two-pillar-strategy which it chose. On the one hand, it orientates towards a reference-value for the development of money supply. In addition, it uses a broad pack of indicators in order to evaluate the trend of inflation in future. Both pillars indicate to the fact that the risks for price stability in the forecasting horizon will no doubt decrease. For there to be no incorrect signal for price stability, the monetary loosening at that point in time can only slightly fall. The institutes regard a 0.5% reduction of key interest rates to be justified.

Currently, it is controversially being discussed how the fiscal policy should react to the economic decline. The institutes are pleading, as in earlier reports, that automatic stabilizers should affect fiscal policy. On the one hand, that means it can now not be a matter of additional spending programmes, for

instance, to stimulate demand. On the other hand, there is, however, no reason now to heighten saving or raise taxes and fiscal charges as the deficits in public authorities are falling cyclically higher than was expected a few months ago.

The institutes suggest a concept of budget consolidation to determine the medium-term spending path. In order not to risk this, the government is only allowed to stem additional spending desires if, at the same time, reductions of costs in other areas are suggested and also accepted. Such a rule obligation of budgetary policies was successfully practiced in the USA with the Budget Enforcement Act, where such a path was determined for consumption expenditure. In so doing, a ceiling was put forward for the spending that has to be approved on a yearly basis. Due to a threatening overrun of these borderlines, cutbacks of other spending must be undertaken. In this way, the increase in spending was able to be slowed down. The cyclical additional proceeds could then be used with respect to reducing the budget deficit and thereafter to pay off debts. The medium-term specified balancing of the budget would be made easier also in Germany with corresponding provisions.

The moderate conclusion of pay agreements of last year have significantly meant that employment went up again and, at the same time, that the upsurge of prices remained restricted in spite of noticeable external impulses of general price increases. Now it is an issue of setting the future course of wage rate policy for the year 2002 and beyond. The institutes are pleading to continue with the moderate rate. This means that the behavior of wages should principally be orientated towards productivity increases and especially with regard to the labor market situation.

The credibility of a persistently moderate wage policy rate could be increased if wage parties were to engage in wage agreements, which suffice somewhat further in the future. A possibility would be – as already practiced in the past – to stipulate longer terms of collective agreements. However, to this end there are also – as in last year – uncertainties as to whether wage policy is actually proceeded with. Another possibility would be to terminate wage agreements not just for the current but for each coming year. This early signal of monetary policy is to be assessed in the medium-term as with the rate of the wage policy.

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Nachlassende Weltkonjunktur

Die weltwirtschaftliche Expansion hat sich seit Mitte 2000 deutlich verlangsamt. Damit ging eine Phase außerordentlich hoher Dynamik zu Ende. Maßgeblich war zum einen, dass der Anstieg der Ölpreise die wirtschaftliche Aktivität dämpfte. Zum anderen bremste die Geldpolitik, um das bis zur Jahresmitte hohe konjunkturelle Tempo zu verringern und so einer Inflationsbeschleunigung entgegenzuwirken. Insofern war eine geringere konjunkturelle Expansion wirtschaftspolitisch gewollt.

Besonders stark kühlte die Konjunktur in den USA ab. Die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion kam gegen Ende des vergangenen Jahres nahezu zum Stillstand. Dämpfend wirkte neben den höheren Ölpreisen und deutlich verschlechterten Finanzierungsbedingungen, dass die Wettbewerbsfähigkeit unter der Aufwertung des Dollar litt. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen zuletzt sogar zurück, vor allem im IT-Bereich, wo Überkapazitäten entstanden sind.

Mit der schwächeren Expansion der US-Wirtschaft fiel die maßgebliche Antriebskraft der welt-

wirtschaftlichen Dynamik aus. Bereits deutlich spürbar ist die Abkühlung in den Schwellenländern Asiens, wo die Produktion nach einer kräftigen Erholung zuletzt nur noch leicht aufwärts gerichtet war. Hier wirkte sich die gedämpfte Nachfrage nach High-Tech-Gütern besonders stark aus. In Japan kam die ohnehin zögerliche konjunkturelle Belebung im Verlauf des vergangenen Jahres erneut ins Stocken; die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte reichten nicht aus, um den Wegfall der außenwirtschaftlichen Impulse zu kompensieren.

Im Euroraum ging das Expansionstempo ebenfalls zurück. Die Abkühlung war primär dadurch bedingt, dass die Realeinkommen wegen des Kaufkraftabflusses in die Ölexportländer langsamer stiegen. Hinzu kamen die dämpfenden Effekte aus den USA. Die nachlassende Konjunktur in Westeuropa strahlte auch auf die mittel- und osteuropäischen Länder aus.

Wirtschaftspolitik wieder auf expansivem Kurs

In den beiden vergangenen Jahren war die Geldpolitik in den westlichen Industrieländern gestrafft worden, um Inflationsgefahren zu begegnen. Die Leitzinsen waren in den USA bis Mai 2000

um insgesamt 1¾ Prozentpunkte auf 6,5 % und im Euroraum bis Oktober 2000 um 2¼ Prozentpunkte auf 4,75 % heraufgesetzt worden. In Japan war die Zentralbank vor dem Hintergrund verbesserter Konjunkturerwartungen im August des vergangenen Jahres von ihrer Nullzinspolitik abgerückt.

Als in den USA zum Jahresende die deutliche Abschwächung der Konjunktur erkennbar wurde, vollzog die Zentralbank eine entschlossene Zinswende. Seit Anfang Januar 2001 senkte sie die Federal-Funds-Rate in drei Schritten um insgesamt 1½ Prozentpunkte. Auf eine erneute Eintrübung der Konjunkturperspektiven hat auch in Japan die Zentralbank reagiert; sie ist faktisch zur Nullzinspolitik zurückgekehrt. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Leitzinsen bislang unverändert gelassen. Sie dürfte in Erwartung einer abgeschwächten konjunkturellen Expansion und eines nachlassenden Preisauftriebs ihre Zinsen im Frühjahr aber senken. In den USA werden die Zinsen nochmals herabgesetzt.

Auch die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum in den Industrieländern expansiv ausgerichtet sein. In zahlreichen Ländern Europas und in den USA werden Steuern gesenkt. In Japan gehen von der Finanzpolitik vor dem Hintergrund der zunehmend kritischen Lage der öffentlichen Finanzen freilich nur geringe Impulse aus.

Weltwirtschaft stabilisiert sich

Die Dynamik der Weltwirtschaft bleibt in den kommenden Monaten verhalten. Zwar sind die Öl-

preise wieder gesunken, und die Finanzpolitik wirkt stimulierend. Doch bestimmt die Abschwächung in den USA vorerst das weltwirtschaftliche Klima. So sind die Absatz- und Ertragsaussichten der Unternehmen sowie die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte in den Industrieländern eingetrübt.

In den USA geht die laufende Zuwachsrates der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf Jahresbasis gerechnet von über 5 % im ersten Halbjahr 2000 auf weniger als 1 % in der ersten Hälfte 2001 zurück. Damit ist die Abschwächung innerhalb eines Jahres stärker als in der Rezession 1990/1991. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten war aber zu Beginn des derzeitigen Abschwungs wesentlich höher als damals. Durch die schnelle und kräftige Reaktion der Geldpolitik wurden allerdings die Erwartungen sowohl der Unternehmen als auch der privaten Haushalte stabilisiert, so dass sich die Konjunktur in den USA schon in der zweiten Jahreshälfte wieder beleben dürfte. Im Prognosezeitraum kommt es daher nur zu einer leichten Unterauslastung (Abbildung 1.1).

Die japanische Volkswirtschaft dagegen wird angesichts der in diesem Jahr schwachen Auslandsnachfrage nur wenig expandieren. Erst im nächsten Jahr wird es zu einer leichten Erholung kommen, die von den Exporten ausgeht. Die binnenwirtschaftliche Dynamik bleibt trotz der expansiv ausgerichteten Geldpolitik immer noch verhalten, da nach wie vor erhebliche Strukturprobleme bestehen.

Abbildung 1.1:

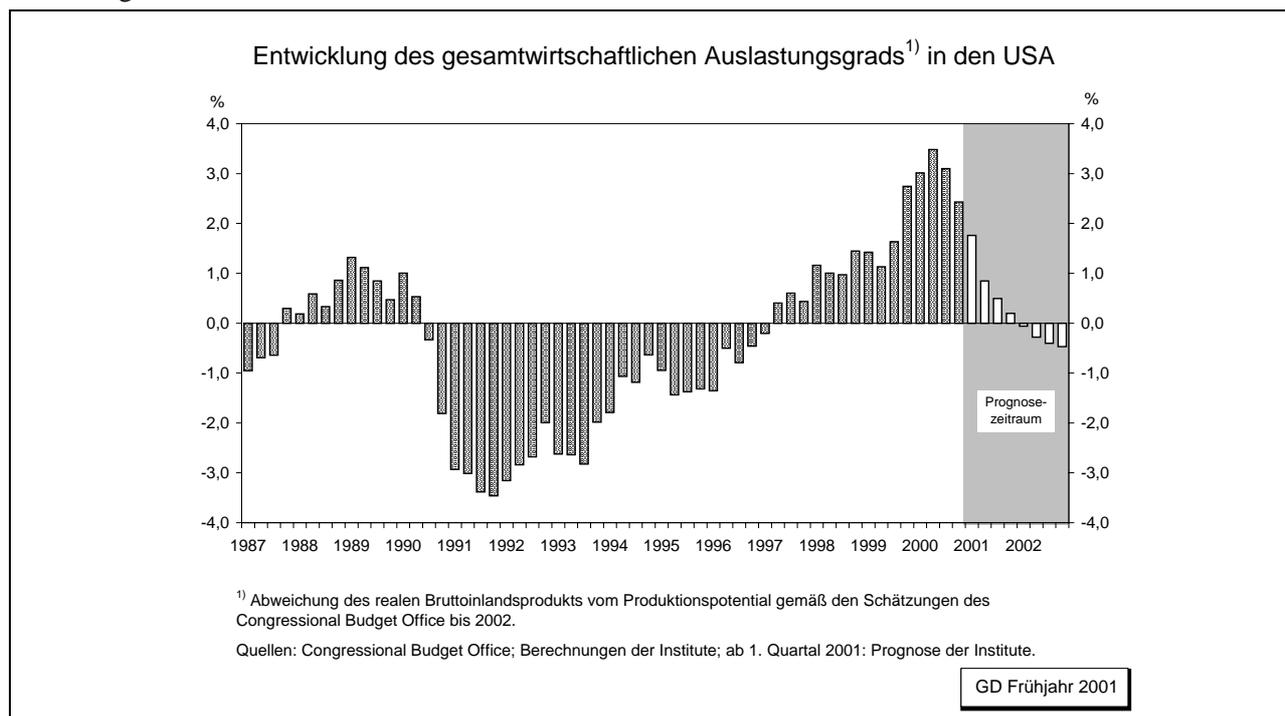


Tabelle 1.1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft

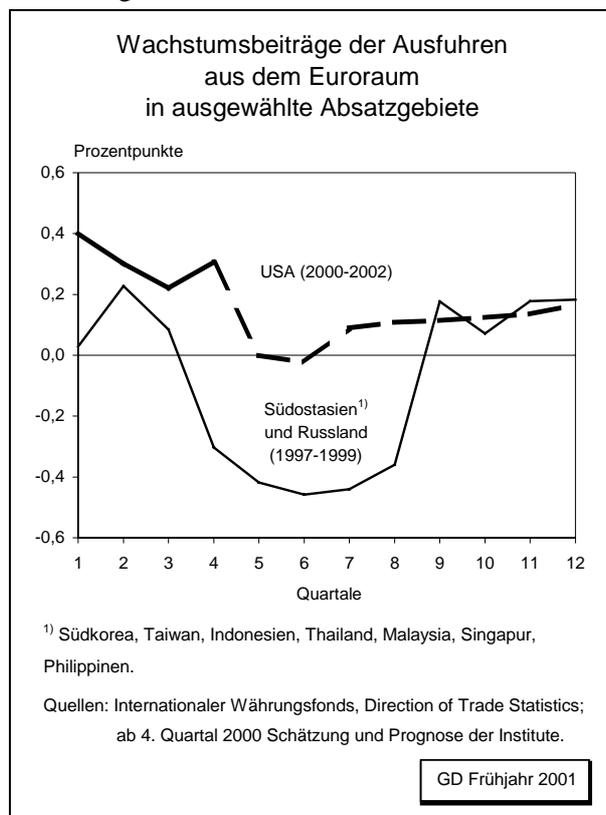
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % -

	2000	2001	2002
Industrieländer insgesamt	3,7	1,8	2,4
darunter:			
USA	5,0	1,5	2,5
Japan	1,7	0,8	1,4
Euroraum	3,4	2,6	2,6
Übriges Westeuropa	3,1	2,5	2,5
Schwellenländer			
darunter:			
Mittel- und Osteuropa	5,1	3,4	3,5
Ostasien ¹⁾	6,9	3,8	5,0
Lateinamerika ²⁾	4,2	3,0	3,8
Insgesamt ³⁾	3,9	2,0	2,6
<i>Nachrichtlich: Welthandel, real</i>	13,0	7,5	7,0

¹⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar. - ²⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar. - ³⁾ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Abbildung 1.2:



Im Euroraum verlangsamt sich die Konjunktur im Vergleich zu den USA und Japan nur wenig. Zwar gehen von der Ausfuhr in die USA in diesem

Jahr kaum noch Impulse aus; ihr Beitrag zum Wachstum im Euroraum geht von rund 0,3 Prozentpunkten im ersten Halbjahr 2000 auf null zurück. Der direkte dämpfende Effekt ist damit aber nur halb so stark wie im Gefolge der Wirtschaftskrisen in Ostasien und Russland 1997/98 (Abbildung 1.2). Allerdings dürfte die Gesamtwirkung auf die Ausfuhr aus dem Euroraum wie damals auch durch Drittmarkteffekte verstärkt werden. Den dämpfenden außenwirtschaftlichen Impulsen wirkt die expansive Finanzpolitik entgegen. Zudem stützt in der ersten Jahreshälfte 2001 noch der niedrige Eurokurs. Mit der weltwirtschaftlichen Belebung beschleunigt sich der Produktionsanstieg im kommenden Jahr wieder.

Alles in allem dürfte sich die Weltkonjunktur im späteren

Verlauf dieses Jahres allmählich bessern. Im kommenden Jahr wird die Produktion ähnlich schnell ausgeweitet wie im mittelfristigen Trend. Der Welthandel wird sich im Verlauf des Prognosezeitraums wieder etwas beleben. Gleichwohl bleibt die Rate im Jahresdurchschnitt 2002 mit 7 % etwas niedriger als in diesem (Tabelle 1.1). In den Industrieländern wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 2001 um 1,8 % und im kommenden Jahr um 2,4 % zunehmen (Tabelle 1.2). Das Expansionstempo bleibt damit auch im Jahre 2002, verglichen mit dem starken Anstieg im Jahre 2000, moderat. Der Preisaufrtrieb wird im Prognosezeitraum nachlassen.

Prognoserisiko USA

Gegenwärtig sind die Unsicherheiten über Ausmaß und Dauer der konjunkturellen Schwäche in den USA erheblich. Zwar besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Stärke der amerikanischen Wirtschaft – wie häufig in den vergangenen Jahren – unterschätzt wird. Gewichtiger erscheint aber das Risiko, dass es zu einem ungünstigeren Konjunkturverlauf kommt, als die Institute derzeit für wahrscheinlich erachten. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn starke Kursverluste an den Aktienmärkten oder allgemein ungünstigere Einkommenserwartungen die Konsumausgaben spürbar dämpfen würden. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor

Tabelle 1.2:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³⁾			Arbeitslosenquote ⁴⁾		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Deutschland	9,1	3,0	2,1	2,2	2,1	2,0	1,4	8,0	7,6	7,2
Frankreich	6,2	3,2	2,6	2,5	1,8	1,5	1,4	9,5	8,5	8,2
Italien	5,1	2,9	2,3	2,2	2,6	2,4	2,0	10,5	9,9	9,5
Spanien	2,6	4,1	3,1	3,0	3,5	3,2	2,5	14,1	13,3	12,8
Niederlande	1,7	3,8	3,3	3,1	2,2	4,1	2,5	2,5	2,7	2,7
Belgien	1,1	4,0	2,8	2,7	2,7	2,3	1,9	7,0	6,6	6,3
Österreich	0,9	3,2	2,3	2,4	2,0	1,7	1,4	3,7	3,6	3,6
Finnland	0,6	5,7	4,3	4,3	3,0	2,5	2,1	9,8	9,0	8,5
Griechenland	0,5	3,9	4,0	4,0	3,6	3,3	3,2	11,8	10,5	10,0
Portugal	0,5	2,9	2,5	2,4	2,8	3,6	3,0	4,2	4,4	4,4
Irland	0,4	11,0	8,0	7,0	5,3	4,2	4,5	4,3	3,8	3,5
Luxemburg	0,1	8,1	5,8	5,4	3,8	2,8	2,2	2,2	2,1	2,1
Euroraum ¹⁾	28,7	3,4	2,6	2,6	2,4	2,3	1,8	9,0	8,4	8,1
Großbritannien	6,2	3,0	2,0	3,0	0,8	1,1	1,3	5,5	5,3	5,3
Schweden	1,0	3,8	3,0	3,0	1,3	1,3	1,4	5,9	5,3	5,0
Dänemark	0,8	2,5	2,0	2,2	2,7	2,3	2,0	4,7	4,9	4,7
Europäische Union ¹⁾	36,8	3,3	2,5	2,6	2,1	2,1	1,7	8,3	7,8	7,5
Schweiz	1,1	3,2	2,4	2,3	1,6	1,4	1,2	2,5	2,2	2,1
Norwegen	0,7	3,0	2,5	2,4	3,1	2,5	2,4	3,2	3,3	3,2
Westeuropa ¹⁾	38,6	3,3	2,5	2,6	2,1	2,1	1,7	8,1	7,6	7,3
USA	39,9	5,0	1,5	2,5	3,4	3,2	2,6	4,0	4,6	4,8
Japan	18,8	1,7	0,8	1,4	-0,7	-0,2	0,3	4,7	4,9	5,0
Kanada	2,7	4,7	2,3	2,7	2,6	2,4	2,3	6,8	7,0	7,0
Insgesamt	100,0	3,7	1,8	2,4	2,1	2,1	1,8	6,0	6,1	6,0
<i>Nachrichtlich:</i>										
Insgesamt exportgewichtet ²⁾		3,6	2,5	2,7	2,2	2,2	1,9			

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1999.- ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1999.- ³⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex.-
⁴⁾ Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

ist die Entwicklung auf den Devisenmärkten. In der Prognose wurde unterstellt, dass der US-Dollar weder abrupt noch kräftig abwertet. Doch könnte er deutlich an Wert verlieren, wenn Investoren nicht mehr in dem Maße wie bisher bereit wären, Kapital in den USA anzulegen, etwa weil die Renditeaussichten schlechter eingeschätzt werden.

Die Konsequenzen derartiger Ereignisse für die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Indust-

rieländern wurden mit Hilfe eines makroökonomischen Mehrländermodells abgeschätzt (Kasten 1.1). Zum einen wurden die Effekte einer um einen Prozentpunkt geringeren Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts der USA berechnet, zum anderen die einer Abwertung des US-Dollar um 10 %. Untersucht wurden dabei jeweils die Gesamteffekte, d. h. sowohl die primären Auswirkungen als auch die wechselseitige Verstärkung des

Impulses durch die Außenhandelsverflechtung der Länder. Dabei wurde angenommen, dass keine wirtschaftspolitische Reaktion erfolgt. In der ersten Simulation wurden zudem die Wechselkurse konstant gehalten. Ein zusätzlicher abrupter Vertrauensverlust in Europa, der die Effekte hier verstärken könnte, wurde nicht berücksichtigt.

Dem Modell zufolge würde ein Rückgang der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der USA im Jahre 2001 um einen Prozentpunkt im Vergleich zur Prognose die Konjunktur in den übrigen Industrieländern nicht sehr stark beeinträchtigen. Im Euroraum insgesamt ebenso wie in Deutschland wäre die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Jahr um 0,1 % und in Japan um 0,2 % niedriger als in der Prognose der Institute (Tabelle 1.3).¹ Im Folgejahr läge das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum um 0,3 % unter dem im Basisszenario, in Deutschland um 0,4 % sowie in Großbritannien und Japan jeweils um 0,5 %. Der größere Effekt in den beiden letztgenannten Ländern ergibt sich vor allem aus der engeren Außenhandelsverflechtung mit den USA.

In einem zweiten Szenario wurde quantifiziert, was geschehen würde, wenn der US-Dollar gegenüber den Währungen der anderen Industrieländer dauerhaft um 10 % niedriger bewertet wird. In den USA würde dies die gesamtwirtschaftliche Produktion im Vergleich zum Basisszenario im ersten Jahr um 0,4 % und im zweiten Jahr um 1,7 % erhöhen. In den anderen Industrieländern sind die Effekte einer derartigen Veränderung der Währungsrelationen etwas größer als bei dem Nachfrageschock. Zwischen den Industrieländern unterscheiden sich die Wirkungen in ihrem Ausmaß beträchtlich. Im Euroraum wäre das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2002 um 0,2 %, in Deutschland um 0,3 % geringer² (Tabelle 1.4). Großbritannien und Japan wären aufgrund ihrer Handelsstruktur mit einem Rückgang um 1,1 % bzw. 0,8 % wiederum stärker betroffen.

¹ Die Umsetzung einer solchen weltwirtschaftlichen Entwicklung in nationale Modelle für Deutschland liefert ähnliche Ergebnisse.

² Eine Aufwertung des Euro um 10 % nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern gegenüber allen anderen Währungen hätte größere Folgen. In diesem Fall wäre die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum im Jahre 2001 um 0,5 % und im kommenden Jahr um 1,0 % geringer. Diese Abschwächung resultiert nicht primär aus der Aufwertung gegenüber dem US-Dollar, sondern aus dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den europäischen Ländern, die nicht dem Euroraum angehören.

Kasten 1.1:

Zu den Simulationen

Die Simulationen wurden mit dem Oxford Economic Forecasting Model (OEF) durchgeführt.^a Das Modell enthält für jedes Industrieland und die wichtigsten Schwellenländer nationale Module, die sich aus einem realen und einem monetären Sektor zusammensetzen. Die Reaktionsfunktionen der Zentralbanken sind gemäß der Taylor-Regel modelliert. Die Interdependenzen zwischen den Ländern werden durch Import- und Exportfunktionen erfasst. Es wurden zwei Simulationen durchgeführt und deren Ergebnisse mit denen des Basisszenarios verglichen.

Simulation 1: Nachfrageschock, Rückgang der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in den USA um einen Prozentpunkt im Jahre 2001 gegenüber dem Basisszenario.

Der private Verbrauch in den USA wurde für das Jahr 2001 exogen so weit verringert, dass sich für das Gesamtjahr eine um einen Prozentpunkt geringere Zunahme des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Basisszenario ergibt. Für das Jahr 2002 wurde die Wachstumsrate wieder endogen im Modell bestimmt. Der dämpfende Impuls beeinflusst die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht nur im ersten Jahr, sondern wirkt in der Folgeperiode nach. So verringern sich beispielsweise die Investitionen und die Erwerbstätigkeit erst mit Verzögerung.

Um allein die Effekte eines Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Expansion in den USA zu untersuchen, wurden Wechselkursanpassungen und Reaktionen der Geldpolitik ausgeschaltet, indem die Wechselkurse und die kurzfristigen Zinsen exogen auf dem Wert des Basisszenarios festgehalten wurden.

Simulation 2: Wechselkursschock, Abwertung des US-Dollar um 10 % gegenüber den Währungen der anderen Industrieländer im Vergleich zum Basisszenario.

Hier wurde der Wechselkursmechanismus für die Währungen der Industrieländer im Modell außer Kraft gesetzt und statt dessen der Wert des US-Dollar ab dem ersten Quartal 2001 gegenüber den Werten des Basisszenarios um 10 % reduziert. Die kurzfristigen Zinsen wurden wiederum auf den Werten des Basisszenarios festgehalten.

Beide Simulationen wurden unabhängig voneinander durchgeführt.

^a Vgl. <http://www.OEF.CO.UK>.

Treten beide Ereignisse – schwächere Konjunktur in den USA und Abwertung des US-Dollar – gleichzeitig ein, summieren sich die Effekte, d. h.

im Euroraum läge die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Jahr um 0,5 % unter dem Niveau im Basisszenario. Die in die Gegenrichtung wirkende Wachstumsverstärkung in den USA in der Abwertungsvariante ist dabei nicht berücksichtigt.

Hebt man die technische Annahme einer unveränderten Wirtschaftspolitik auf, wären die Wirkungen aufgrund des im Modell angelegten Gegensteuerns der Zentralbanken geringer als hier simuliert. So wäre beispielsweise der negative Impuls, der von einer Abschwächung in den USA ausgeht, bereits im zweiten Jahr in den übrigen Industrieländern überwunden.

Tabelle 1.3:
Nachfrageschock¹⁾
Abweichungen des realen Bruttoinlandsprodukts
- in % gegenüber dem Basisszenario –

	2001	2002
USA	-1,0	-2,3
Japan	-0,2	-0,5
Großbritannien	-0,2	-0,5
Euroraum	-0,1	-0,3
Deutschland	-0,1	-0,4

¹⁾ Rückgang der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in den USA im Jahr 2001 um einen Prozentpunkt gegenüber dem Basisszenario.

Tabelle 1.4:
Wechselkursschock¹⁾
Abweichungen des realen Bruttoinlandsprodukts
- in % gegenüber dem Basisszenario –

	2001	2002
USA	0,4	1,7
Japan	-0,2	-0,8
Großbritannien	-0,2	-1,1
Euroraum	-0,2	-0,2
Deutschland	-0,2	-0,3

¹⁾ Abwertung des US-Dollar um 10 % gegenüber den Währungen der anderen Industrieländer im Vergleich zum Basisszenario.

USA: Kräftiger Abschwung – aber keine Rezession

In den USA hat sich die Konjunktur deutlich stärker abgekühlt, als noch vor einem halben Jahr erwartet worden war. Im zweiten Halbjahr 2000 stiegen gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 %, nachdem das Expansionstempo in der ersten Hälfte 2000 mit mehr als 5 % deutlich über dem Trend gelegen hatte.

Der Umschwung war nicht zuletzt deshalb so markant, weil der Investitionsboom, der maßgeblich zur Beschleunigung der Expansion beigetragen hatte, abrupt endete. Die Investitionen in Ausrüstungen und Software sind Ende 2000 merklich zurückgegangen, nach zweistelligen Zuwachsraten bis zur Jahresmitte. In der Industrie sinkt die Kapazitätsauslastung seit Mitte vergangenen Jahres, und sie ist nunmehr so niedrig wie zuletzt vor neun Jahren. Insbesondere in den High-Tech-Bereichen der Wirtschaft hat sich die Stimmung eingetrübt, zumal sich die Finanzierungsbedingungen durch das erhöhte Risikobewusstsein der Anleger und Banken deutlich verschlechterten.

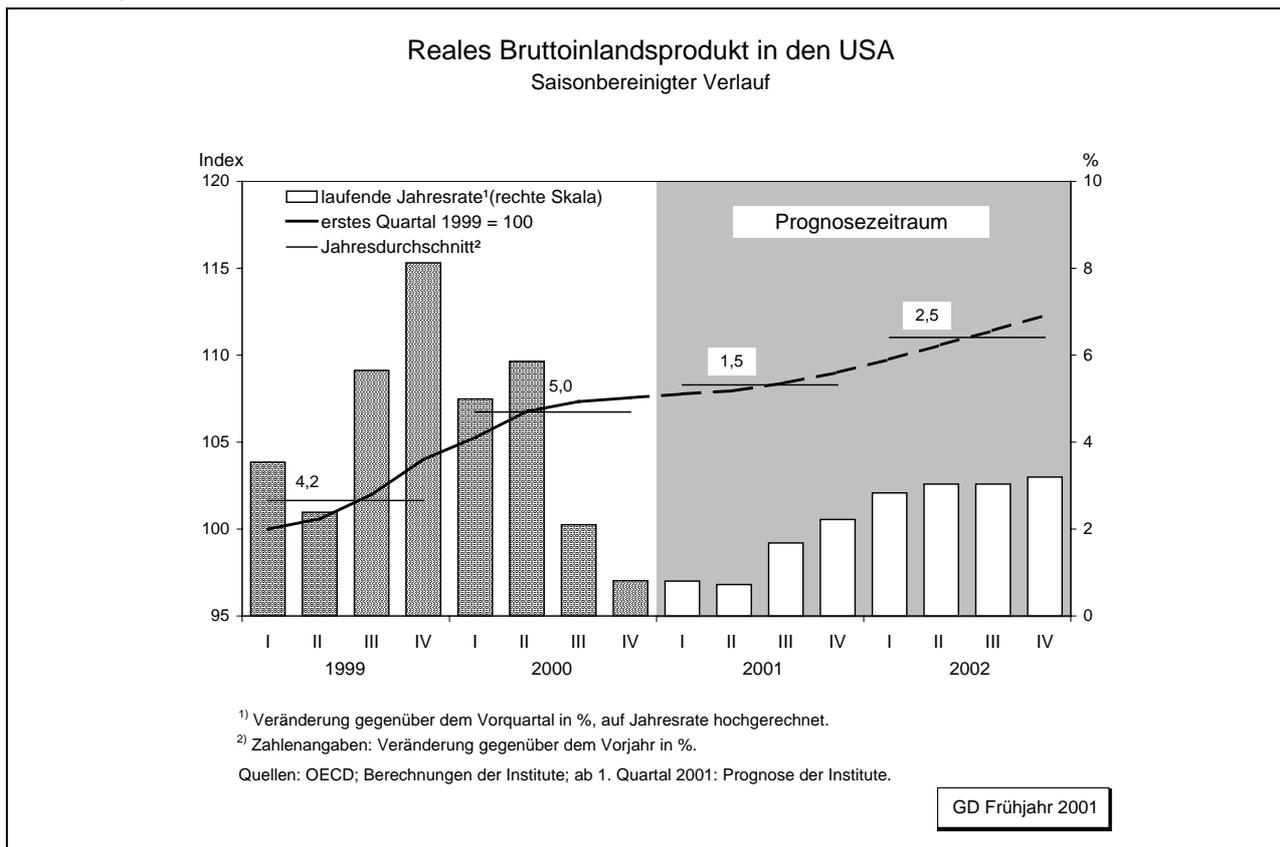
Auch die Expansion des privaten Konsums hat sich spürbar abgeschwächt, weil die realen verfügbaren Einkommen infolge des Ölpreisanstiegs sowie der geringeren Beschäftigungsausweitung langsamer zunahm. Mit der Aufwertung des US-Dollar ließ die Nachfrage aus dem Ausland ebenfalls merklich nach.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich trotz des Konjunkturabschwungs bisher kaum eingetrübt. Zwar wurde die Beschäftigung insgesamt nur noch wenig ausgeweitet, und in einigen Bereichen kam es vermehrt auch zu Entlassungen. Aber da das Arbeitsangebot ebenfalls verlangsamt zunahm und die hohe Flexibilität der Arbeitskräfte einen schnelleren Wechsel aus der Industrie in den immer noch wachsenden Dienstleistungssektor begünstigt, hat sich die Arbeitslosenquote nur wenig erhöht. Mit dem konjunkturbedingten Nachlassen des Produktivitätsanstiegs haben die Lohnstückkosten zuletzt wieder etwas stärker angezogen. Auch die Inflation hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres beschleunigt. Dies geht vorwiegend auf die gestiegenen Energiepreise zurück, aber auch die Kernrate hat sich erhöht.

Die amerikanische Zentralbank hat seit Beginn dieses Jahres die monetären Zügel deutlich gelockert. Als Reaktion auf die verschlechterten Finanzierungsbedingungen für Unternehmen senkte sie in drei Schritten sowohl den Zielzinssatz für Federal Funds als auch den Diskontsatz um 150 Basispunkte auf zuletzt 5 % bzw. 4,5 %. In dieser Prognose wird mit einer weiteren Zinssenkung um 25 Basispunkte bis zum Sommer gerechnet. Die monetären Rahmenbedingungen wirken damit deutlich expansiv, zumal ein schwächerer Außenwert des US-Dollar und weiter niedrige langfristige Zinsen erwartet werden.

Auch von der Finanzpolitik wird die Konjunktur Impulse erhalten: Die neue Regierung hat einen Gesetzentwurf zur mehrstufigen Senkung der Ein-

Abbildung 1.3:



kommensteuer in den Kongress eingebracht. Die Maßnahmen werden in diesem Jahr wohl nur die unterste Steuerklasse betreffen und in der Summe gering sein. Für das nächste Jahr wird eine Entlastung von etwa 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts unterstellt. Zudem dürfte bereits die glaubhafte Ankündigung eines umfassenden Maßnahmenpakets das Verbrauchervertrauen und so den privaten Verbrauch stützen.

Von zentraler Bedeutung für die Prognose ist die Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte. Der Rückgang der Aktienkurse könnte dazu führen, dass sich der bisher verbrauchsfördernde Vermögenseffekt umkehrt und es zu einer deutlichen Erhöhung der – derzeit negativen – Sparquote kommt. Dies geschah beispielsweise im Anschluss an den Aktien-Crash im Jahre 1987; damals war die Sparquote innerhalb von zwei Jahren um rund zwei Prozentpunkte auf reichlich 8 % erhöht worden. Im Gegensatz zur jetzigen Situation befand sich die amerikanische Wirtschaft aber Ende 1987 am Beginn einer Phase deutlich steigender Zinsen. Die Verschuldungssituation war damals – gemessen am verfügbaren Einkommen – ähnlich; allerdings ist heute der Anteil von Hypothekenkrediten höher, die leichter umgeschuldet werden können, so dass die Haushalte schneller von den sinkenden

Zinsen profitieren. Damals dürfte die Erhöhung der Sparquote nicht zuletzt eine direkte Reaktion auf die mit den steigenden Zinsen erhöhte Tilgungsbelastung der privaten Haushalte gewesen sein. Weder Ausmaß noch Tempo der derzeit beobachteten Kurskorrekturen sind mit denen Ende der achtziger Jahre vergleichbar: Im Herbst 1987 stürzten die Kurse innerhalb von drei Monaten um rund ein Drittel ab, während derzeit die Kurse im Laufe eines ganzen Jahres, gemessen am umfassenden Aktienindex S&P-500, rund ein Fünftel an Wert verloren haben. Die Marktteilnehmer hatten also deutlich mehr Zeit, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Ferner hätte sich selbst bei einem Rückgang der Kurse um ein weiteres Zehntel für die Aktionäre in der Summe die Vermögensposition gegenüber dem Beginn der Hausse im Jahre 1995 immer noch deutlich verbessert.

Die Institute halten daher nur eine graduelle Erhöhung der Sparquote für wahrscheinlich. Der private Konsum wird so zum Jahresende wieder an Schwung gewinnen; einer schwächeren Zunahme der realen Einkommen und einer leichten Erhöhung der Sparquote stehen die Entlastungen durch die Finanzpolitik gegenüber.

Die Investitionsschwäche dürfte vor dem Hintergrund der verschlechterten Finanzierungsbedin-

gungen noch bis zum Sommer anhalten. Das rasche und kräftige Gegensteuern der Zentralbank wird aber dazu beitragen, dass sich die Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte wieder stabilisiert. Der Wohnungsbau wird von den niedrigeren Hypothekenzinsen profitieren; die Baugenehmigungen deuten bereits auf eine lebhaftere Nachfrage hin. Mit der Abkühlung der Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern bleibt die Ausfuhr vorerst gedämpft. Da die schwächere Expansion der Gesamtnachfrage zugleich den Importanstieg weiter bremst, dürfte der negative Außenbeitrag in diesem Jahr nur leicht zunehmen und 2002 geringfügig sinken. Das Defizit in der Leistungsbilanz dürfte sich bei rund 4 % des Bruttoinlandsprodukts einpendeln.

Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Expansion vorerst noch gedrückt bleiben (Abbildung 1.3). Wegen der nunmehr deutlich expansiven wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird allerdings kein Abgleiten der Konjunktur in eine Rezession erwartet; vielmehr dürfte sich die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2001 wieder stabilisieren. Die Produktion wird im Jahresdurchschnitt 2001 den Vorjahreswert nur noch um rund 1,5 % übersteigen, nach 5 % im Jahre 2000; im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs rund 2,5 % betragen (Tabelle 1.2). Die laufenden Raten werden in diesem Jahr deutlich unter denen des Potentials liegen; dabei wird aber lediglich die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten zurückgeführt (Abbildung 1.1).³ Die Arbeitslosenquote wird zeitweilig auf über 5 % zunehmen, was gemessen an früheren Abschwungphasen gering ist. Die Inflationsrate geht im Durchschnitt dieses Jahres wegen des Rückgangs der Ölpreise auf 3,2 % und im kommenden Jahr auf 2,6 % zurück.

Japan: Keine durchgreifende Erholung in Sicht

In Japan stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt 2000 um 1,7 % – und damit schneller als im Vorjahr. Allerdings hat sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr wieder abgeschwächt. Zuletzt nahmen nur noch die Unternehmensinvestitionen deutlich zu, insbesondere – teilweise staatlich gefördert – im Bereich der Informationstechnologie. Die Exporte legten dagegen angesichts der Abkühlung der Weltkonjunktur

nur noch geringfügig zu. Der private Verbrauch war sogar rückläufig.

Die Verbraucherpreise blieben im vergangenen Jahr – trotz der Ölpreissteigerungen – deutlich nach unten gerichtet. Die fortgesetzte Deflation erschwert eine Belebung der Inlandsnachfrage. Angesichts zunehmender gesamtwirtschaftlicher Risiken hat die japanische Zentralbank einen erneuten Kurswechsel vollzogen und ist letztlich zur Nullzinspolitik zurückgekehrt. Direkt gesteuert werden soll allerdings nun das Volumen der von den Geschäftsbanken bei der Zentralbank gehaltenen Reserven. Die Bank von Japan hat erklärt, dass sie an dieser Linie festhalten wird, bis der Rückgang der Verbraucherpreise gestoppt ist. Die Institute erwarten, dass sie damit nur geringe expansive Wirkungen erreichen kann. Es wird nicht zu der intendierten kräftigen Ausweitung der Kreditvergabe kommen, auch weil Unternehmen und private Haushalte nach wie vor bestrebt sind, ihre Verschuldung abzubauen. Um diesen Prozess zu durchbrechen, ist eine Überwindung der Deflation notwendig.

Der Handlungsspielraum der Finanzpolitik ist inzwischen eng begrenzt. Die umfangreichen Programme der Vergangenheit haben zu einem dramatischen Anstieg der Verschuldung des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen, ohne die Binnennachfrage nachhaltig zu beleben. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Schwäche und der bevorstehenden Wahlen wird die Regierung die Nachfrage in diesem Jahr trotzdem stützen. Der fiskalische Impuls wird jedoch gering sein, da die Politik die mit der hohen Staatsverschuldung verbundenen Gefahren zunehmend erkennt.

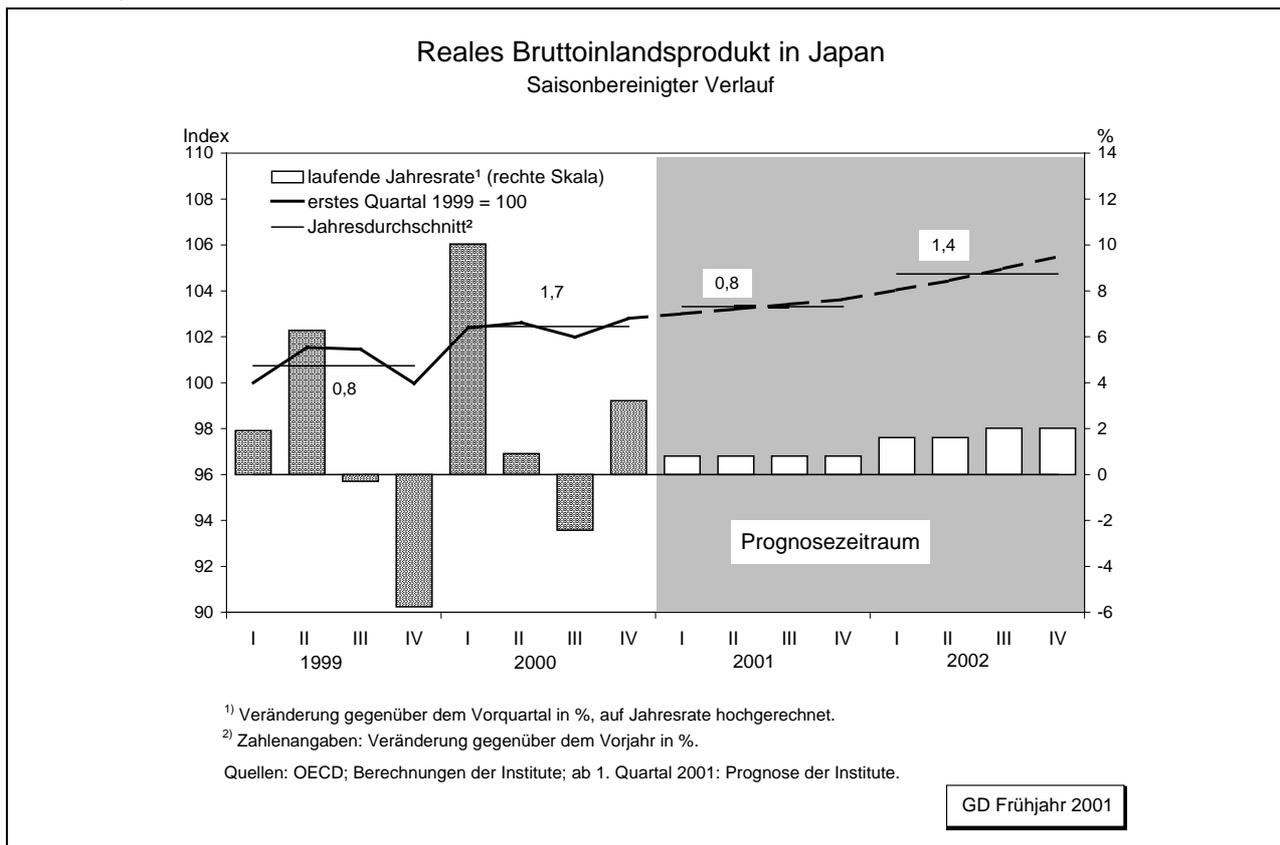
Vor diesem Hintergrund wird die japanische Wirtschaft im Prognosezeitraum nur sehr moderat expandieren (Abbildung 1.4). Dabei werden Umstrukturierungen im Unternehmens- und Bankensektor zunächst noch die Binnennachfrage dämpfen. Sie schaffen aber die Grundlage für eine größere Effizienz dieser Bereiche. Die Exporte werden dadurch gestützt, dass der Yen abgewertet hat; im Jahre 2002 nehmen sie im Zuge der lebhafteren Weltkonjunktur wieder deutlicher zu. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2001 um 0,8 % und im Jahre 2002 um 1,4 % steigen (Tabelle 1.2).

Gedämpfter Produktionsanstieg in den Entwicklungs- und Schwellenländern

In den asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern expandierte die Wirtschaft im vergangenen Jahr kräftig. Die Inlandsnachfrage belebte

³ Zugrunde gelegt wurden die Schätzungen des Congressional Budget Office, nach denen das Produktionspotential derzeit um 3,7 % pro Jahr wächst.

Abbildung 1.4:



sich mit fortschreitender Erholung merklich. Triebkraft des Aufschwungs blieben aber bis in die zweite Hälfte des Jahres 2000 die Exporte von Elektronikprodukten. So wurde das Bruttoinlandsprodukt insbesondere in Südkorea, Malaysia und Singapur in hohem Tempo ausgeweitet, deren Produzenten auf die Herstellung dieser Güter spezialisiert sind.

Mit dem Ende der Hochkonjunktur im High-Tech-Bereich haben sich die wirtschaftlichen Aussichten verdüstert. Die nachlassende Exportdynamik dürfte schwerlich durch die Inlandsnachfrage kompensiert werden. Denn nach wie vor bestehen in vielen Ländern gravierende Probleme im Finanzsektor, so dass die Möglichkeiten der Geldpolitik, die Konjunktur anzuregen, derzeit begrenzt sind. Trotz niedriger Zinsen bleibt die Kreditnachfrage der Unternehmen angesichts einer häufig immer noch hohen Verschuldung gering. Gleichzeitig besteht für eine expansive Fiskalpolitik zu meist wenig Spielraum. Lediglich in einzelnen Ländern, beispielsweise in Südkorea, hat sich die Lage des Staatshaushalts im Zuge des Aufschwungs wieder so weit verbessert, dass auch fiskalische Stimulierungsmaßnahmen getroffen werden dürften. In einer Reihe von Ländern ist dagegen angesichts immer noch beträchtlicher Haushaltsdefizite und einer stark gestiegenen Staatsverschuldung ein Kurs der Haushaltskonsolidierung

notwendig, um der Gefahr einer Schuldenspirale zu begegnen. Bei diesen Rahmenbedingungen rechnen die Institute mit einer deutlichen Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion in der Region von 6,9 % im Jahre 2000 auf nur noch 3,8 % im laufenden Jahr. Im kommenden Jahr dürfte sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts mit der Belebung der US-Konjunktur allmählich wieder beschleunigen.

In Lateinamerika hat sich die Wirtschaft im vergangenen Jahr deutlich erholt – bei allerdings großen Unterschieden von Land zu Land. Besonders stark expandierte im Gefolge des Booms in den USA die gesamtwirtschaftliche Produktion in Mexiko und in Chile. Die Verlangsamung der US-Konjunktur hat sich hier jedoch schon deutlich bemerkbar gemacht. In Brasilien stieg die Produktion hingegen bis zuletzt kräftig. Gleichzeitig verharnte die Wirtschaft Argentiniens in der Rezession; die Produzenten handelbarer Güter leiden nach wie vor unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und den hohen Realzinsen, die erforderlich sind, um die Parität des Peso zum US-Dollar im Rahmen des Currency Boards zu gewährleisten.

In Mexiko und Chile wird sich die konjunkturelle Expansion angesichts der engen Handelsverflechtungen mit den USA weiter abflachen. Demgegenüber verlangsamt sich die Konjunktur in Bra-

silien nur wenig. Hier dürfte sich die Inlandsnachfrage dank einer weiteren Lockerung der Geldpolitik und Impulsen durch die Fiskalpolitik robust entwickeln. Für die argentinische Wirtschaft werden sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum durch die Senkung der Zinsen in den USA tendenziell verbessern. Jedoch ist es der Wirtschaftspolitik noch nicht gelungen, die Voraussetzungen für einen spürbaren Rückgang der Realzinsen zu schaffen, der für eine nachhaltige Erholung erforderlich ist. Alles in allem wird sich der Produktionsanstieg in Lateinamerika im laufenden Jahr merklich abschwächen. Im kommenden Jahr wird die Konjunktur im Zuge der Anregungen durch Weltwirtschaft und Geldpolitik wieder anziehen.

Vorübergehende Abschwächung der Expansion in Mittel- und Osteuropa

Erstmals seit Beginn der Transformation nahm im Jahre 2000 die gesamtwirtschaftliche Produktion gleichzeitig in allen Ländern zu. Allerdings

schwächte sich auch hier die Expansion im Verlauf des Jahres deutlich ab. Dämpfend wirkten der Kaufkraftentzug durch den hohen Ölpreis, die nachlassende westeuropäische Konjunktur sowie die teilweise beträchtlichen realen Aufwertungen der Währungen gegenüber dem Euro. Wegen der günstigen Entwicklung der Dienstleistungsexporte nahmen die Leistungsbilanzdefizite – trotz der sich meist verschlechternden Handelsbilanzen – überwiegend ab, allerdings blieben sie in einzelnen Ländern hoch. Die Verbraucherpreise, die bis zur Jahresmitte 2000 ölpreisbedingt – vielfach auch wegen deutlich höherer Nahrungsmittelpreise – beschleunigt gestiegen waren, erhöhten sich seither wieder langsamer. Die Arbeitslosenquote nahm aufgrund fortgesetzter Umstrukturierungen auf betrieblicher Ebene zum Teil deutlich zu.

Im Prognosezeitraum dürfte die Binnennachfrage zumeist lebhaft bleiben, gestützt auch durch die für den geplanten EU-Beitritt erforderlichen Investitionen, z. B. in den Bereichen Infrastruktur und Umwelt. Gleichzeitig geht von der Verlangsamung der westeuropäischen Konjunktur eine

Tabelle 1.5:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2000	2001	2002
		2000	2001	2002	2000	2001	2002			
Polen	28,0	4,1	3,0	4,0	10,1	7,0	6,0	14,0	15,5	15,0
Tschechien	9,7	3,1	3,0	3,5	3,9	3,5	3,0	9,0	8,0	7,5
Ungarn	8,8	5,3	4,5	5,0	9,8	9,5	8,5	9,3	8,5	8,0
Rumänien	6,2	1,6	1,0	1,5	45,6	40,0	35,0	7,0	7,5	8,0
Slowakei	3,4	2,2	3,0	3,0	12,0	7,0	6,0	18,8	18,5	18,0
Slowenien	4,0	4,8	4,5	5,0	8,9	8,0	7,5	7,0	6,5	6,0
Bulgarien	2,3	5,0	3,0	3,0	9,9	7,5	6,0	16,8	16,5	16,5
Mitteleuropa ¹⁾	62,4	3,8	3,1	3,8	12,7	10,2	8,9	11,7	12,1	11,9
Estland	0,9	6,0	5,0	5,0	4,0	4,0	3,5	13,2	12,0	11,0
Lettland	1,1	6,6	5,0	5,0	2,6	2,0	1,5	14,0	13,0	12,0
Litauen	1,9	2,9	2,0	3,0	1,0	1,0	1,5	15,0	15,0	14,5
Baltische Länder	4,0	4,7	3,6	4,0	2,2	2,0	2,0	14,4	13,8	13,1
Mitteleuropa und Baltikum	66,4	3,9	3,1	3,8	12,0	9,7	8,5	11,9	12,3	12,0
Russland	33,6	7,6	4,0	3,0	20,2	25,0	20,0	10,5	9,5	9,0
Insgesamt ¹⁾	100,0	5,1	3,4	3,5	14,8	14,8	12,3	11,1	10,6	10,2
<i>nachrichtlich:</i> Exportgewichtet ²⁾		4,3	3,4	3,8						

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1999. - ²⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder von 1999.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

dämpfende Wirkung aus. In Polen bremst zudem die restriktive Geldpolitik die Ausweitung der Nachfrage. Das reale Bruttoinlandsprodukt in den mitteleuropäischen und den baltischen Ländern wird in der Folge mit 3,1 % im Jahre 2001 schwächer expandieren als im Vorjahr. Im kommenden Jahr wird sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität bei einem sich allmählich verbessernden weltwirtschaftlichen Umfeld und einer insgesamt kräftigeren Binnennachfrage auf knapp 4 % beschleunigen. Hohe Investitionsgüterimporte und weitere reale Aufwertungen werden zu einer Zunahme der Leistungsbilanzdefizite führen. Deren Finanzierung dürfte allerdings in den meisten Ländern unproblematisch sein, da zu erwarten ist, dass der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen hoch bleibt. Der Preisauftrieb wird sich im Prognosezeitraum weiter verlangsamen; die Inflationsraten werden zumeist einstellig sein. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich bei fortgesetzter Umstrukturierung im Unternehmenssektor nur wenig verringern.

In Russland nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr begünstigt, durch drastisch gestiegene Erlöse aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft, mit 7,6 % sehr kräftig zu. Angesichts spürbarer Gewinnsteigerungen und hoher Reallohnzuwächse expandierte die Binnennachfrage kräftig. Die Investitionen stiegen um knapp 18 %, die realen Konsumausgaben der Haushalte legten um über 8 % zu. Allerdings schwächte sich die wirtschaftliche Expansion gegen Ende des Jahres 2000 ab; die Industrieproduktion ging zuletzt sogar zurück. Der Preisauftrieb beschleunigte sich – auch infolge der deutlich verstärkten Geldmengenausweitung – wieder. Im Jahresdurchschnitt 2000 lag die Inflationsrate bei 20,2 %. Da die Strukturreformen nur zögerlich vorankamen und die internationale Wettbewerbsposition angesichts kräftig steigender Reallöhne sich zunehmend verschlechtert, dürfte sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum deutlich verlangsamen (Tabelle 1.5).

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Auch die Länder der Europäischen Union waren mit hohen Zuwachsraten in das Jahr 2000 gestartet, doch hat sich die konjunkturelle Expansion im Laufe des vergangenen Jahres infolge des Kaufkraftentzugs durch die Ölpreiserhöhung und einer strafferen Geldpolitik spürbar verlangsamt. Dabei ging die Arbeitslosenquote nicht mehr in dem Maße wie vorher zurück. Bei weiterhin moderater Lohnentwicklung beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise (HVPI), vor allem wegen der Energieverteuerung.

Großbritannien: Finanzpolitik stützt Konjunktur

Der lang anhaltende Aufschwung in Großbritannien hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt; das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte mit 3 % kräftig. Im Jahresverlauf hat sich die Konjunktur in der Grundtendenz vergleichsweise wenig abgeschwächt; die Abflachung im Schlussquartal war wesentlich durch Sonderfaktoren bedingt.

Wichtigste Triebkraft der Konjunktur blieb der private Verbrauch, weil der Realeinkommenszuwachs hoch war. Die Beschäftigung wurde merklich ausgeweitet; zudem nahmen die Reallöhne zu, weil sich die Teuerung verringerte und die staatli-

chen Transferzahlungen aufgestockt wurden. Die Unternehmensinvestitionen stiegen mit einer Jahresrate von rund 2 % nur schwach. Wegen des hohen Pfundkurses profitierte die Wirtschaft nur unterdurchschnittlich von der Dynamik der Weltkonjunktur.

Nach mehreren Jahren restriktiver Finanzpolitik werden nunmehr starke Impulse gegeben: Es wurden Ausgabenprogramme beschlossen, deren Umfang 1 % des Bruttoinlandsprodukts in diesem und 0,5 % im nächsten Jahr ausmacht. Nach den Planungen werden die Ausgaben für öffentliche Investitionen von 2000 bis 2003 von real gut 10 Mrd. auf rund 20 Mrd. Pfund steigen. Trotz dieser erheblichen Ausgabenausweitungen wird das Budget in diesem Jahr nur ein geringes Defizit aufweisen.

Die Geldpolitik wird in den kommenden Monaten weiter gelockert werden, insbesondere weil der Anstieg des Einzelhandelspreisindex, an dem sich die Bank von England orientiert, zuletzt mit 1,9 % erheblich unter dem Zielwert von 2,5 % lag. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) erhöhte sich sogar nur um 1 %. Die Zinssenkungen werden die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum stimulieren und auch die Kreditnachfrage der privaten Haushalte anregen. Der private Verbrauch wird zudem durch die gute Lage am Arbeitsmarkt gestützt. Die britischen Exporte werden im Zuge

der Konjunkturabkühlung in der übrigen Welt – insbesondere in den USA, dem wichtigsten Handelspartner – deutlich schwächer expandieren als zuvor.

Kasten 2.1:

Zu den Auswirkungen der Maul- und Klauenseuche

Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche (MKS) in einigen Mitgliedsländern der EU stellt für die vorliegende Prognose ein Risiko dar. Direkte Auswirkungen auf die Produktion zeigen sich bei der Viehwirtschaft und ihr nahe stehenden Produktionsbereichen. Indirekt betroffen sind vor allem der Tourismus und der Verkehrssektor, da der Personen- und Güterverkehr eingeschränkt wird, um die Seuche einzudämmen. Bei tiefen und lang anhaltenden Einschnitten kann sogar die Industrieproduktion durch Engpässe bei der Belieferung mit Vorprodukten behindert werden. Diese Effekte können gravierender sein als die direkten und bleiben nicht auf die unmittelbar betroffenen Regionen und Länder beschränkt. Dies gilt auch für die Wirkung auf die Preise. Kurzfristig kann es wegen vorzeitiger Schlachtungen zu Preisrückgängen kommen; aufgrund des verminderten Viehbestandes ist anschließend das Angebot knapp, und die Preise dürften kräftig steigen.

Die Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum lassen sich allerdings aus mehreren Gründen schwer quantifizieren. Erstens hängen sie wesentlich von Verbreitung und Dauer der Epidemie ab; beides lässt sich derzeit kaum absehen. Zweitens kann in den indirekt betroffenen Bereichen ein Teil des Produktionsausfalls nachgeholt werden. Drittens ist die tatsächliche Belastung der Verbraucher schwer abzuschätzen, da sich das Konsumentenverhalten als Reaktion auf die Seuche ändern kann.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten liegen mittlerweile für Großbritannien, wo die Seuche landesweit ausgebrochen ist, Schätzungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen vor. Darin werden die negativen Folgen auf bis zu 1 % des Bruttoinlandsprodukts beziffert, wobei die indirekten Wirkungen die direkten deutlich übertreffen. Für die Niederlande, wo erste MKS-Fälle aufgetreten sind, wird eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,75 % befürchtet, sollte sich hier die Seuche ähnlich weit verbreiten wie in Großbritannien.

Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche (MKS) wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Großbritannien im laufenden Jahr spürbar beeinträchtigen (Kasten 2.1). Obwohl eine Schätzung

der Folgen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist, wurde für 2001 ein Abschlag in Höhe von 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts vorgenommen. Im Jahre 2002 fällt die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts bei der angenommenen Normalisierung der Situation entsprechend höher aus.

Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt angesichts des fiskalischen Stimulus vergleichsweise kräftig. Aufgrund der Auswirkungen der MKS wird die gesamtwirtschaftliche Expansion auf 2 % zurückgehen. Im nächsten Jahr werden die finanzpolitischen Impulse geringer sein; gleichzeitig wirken das Wiederanziehen der Konjunktur in den USA und im Euroraum sowie die geldpolitische Lockerung anregend. Hinzu kommt der Wegfall des MKS-Effekts. Im Durchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt daher um rund 3 % steigen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird in diesem Jahr bei reichlich 1 % und im nächsten Jahr bei etwa 1,3 % liegen. Die Arbeitsmarktlage wird sich nur wenig verändern.

Abkühlung der Konjunktur im Euroraum

Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion verlangsamte sich in der Grundtendenz im Laufe des vergangenen Jahres merklich. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im zweiten Halbjahr 2000 mit einer laufenden Jahresrate von 2,5 %, nach 3,5 % in der ersten Jahreshälfte.

Vor allem die Binnennachfrage ist seit der Jahresmitte 2000 verlangsamt gestiegen. Ausschlaggebend dafür waren die monetäre Straffung und der Kaufkraftentzug infolge des Ölpreisschocks. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen in der zweiten Jahreshälfte merklich langsamer zu. Einer stärkeren Dämpfung wirkten steuerliche Entlastungen in einer Reihe von Ländern entgegen. Die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen blieb hoch, auch weil die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe über ihrem langjährigen Durchschnitt liegt. Kräftige Impulse kamen von der Auslandsnachfrage. Darüber hinaus stimulierte weiterhin der niedrige Außenwert des Euro. Besonders deutlich wurden die Lieferungen in die westeuropäischen Länder außerhalb des Euroraums, nach Mittel- und Osteuropa sowie nach Südostasien ausgeweitet. Die Importe stiegen beschleunigt.

Die Zahl der Beschäftigten nahm im vergangenen Jahr um etwa 2 % zu. Die Arbeitslosenquote sank im Januar 2001 auf 8,8 %, den niedrigsten Stand seit 10 Jahren. Der Preisanstieg im Euroraum war, gemessen am Harmonisierten Verbrau-

cherpreisindex (HVPI), bis zuletzt höher als von der Europäischen Zentralbank angestrebt und betrug im Februar dieses Jahres 2,6 %. Maßgeblich dafür waren die bis zum Beginn des Winters gestiegenen Rohölnotierungen. Die höheren Energiekosten wurden – auch ermöglicht durch die gute Konjunkturlage – weitgehend überwältigt. Nicht zuletzt deshalb ist die Kernrate der Inflation (d. h. ohne die Preise für Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) merklich gestiegen. Gleichwohl gibt es keine Anzeichen für Zweitrundeneffekte.

Geringfügig stärkerer Anstieg der Löhne

Der Lohnauftrieb blieb im Laufe des vergangenen Jahres moderat. Die Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten stiegen im vergangenen Jahr mit 2,2 % nur wenig rascher als im Jahr zuvor; in ähnlichem Umfang erhöhten sich auch die Verdienste im verarbeitenden Gewerbe. Real blieben die Arbeitseinkommen damit praktisch unverändert, im vierten Quartal dürften sie sogar leicht gesunken sein. Die Arbeitskosten je Stunde haben sich nur geringfügig schneller erhöht. Zwar legten sie im Unternehmenssektor (ohne Landwirtschaft) deutlich beschleunigt zu. Dies ist aber vor allem auf eine kalenderbedingt geringere Zahl von Arbeitstagen⁴ in einigen Ländern sowie auf die Verringerung der Wochenarbeitszeit in Frankreich und Einmalzahlungen in einzelnen Sektoren in Italien zurückzuführen. Im öffentlichen Sektor, für den auf EWU-Ebene keine Angaben vorliegen, dürfte der Anstieg sogar niedriger gewesen sein. Dafür sprechen insbesondere die in den meisten Ländern geringen Anhebungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst.

Die Tarifparteien haben bisher kaum auf die unerwartet deutliche Teuerung reagiert; in vielen Ländern gelten allerdings die Tarifverträge bis weit in dieses Jahr hinein. Bisher gibt es auch kaum Anzeichen dafür, dass es zu ausgeprägten Nachholeffekten kommen wird. Dies dürfte auch auf die Senkung der Einkommensteuer in den meisten Ländern zu Beginn dieses Jahres zurückzuführen sein. In mehreren kleinen Ländern dürfte sich allerdings der im Vergleich zum Euroraum insgesamt ohnehin schon höhere Lohnanstieg weiter verstärken. Hier hat die Beschäftigung infolge der seit einigen Jahren günstigen konjunkturellen Entwicklung so stark zugenommen, dass es am Arbeitsmarkt zu Anspannungen gekommen ist,

die sich vorläufig noch verstärken werden. Elemente einer Indexierung bestehen noch in Spanien und in Griechenland. In Italien liegt dem seit Anfang 1999 laufenden dreijährigen Lohnabkommen auf nationaler Basis eine projizierte Inflationsrate⁵ zugrunde, die geringer als die tatsächliche war; bei der Neuverhandlung Ende dieses Jahres ist eine gewisse Kompensation für die im laufenden Abkommen zu niedrig angesetzte Teuerungsrate nicht auszuschließen.

Insgesamt dürfte der Lohnanstieg im Euroraum in diesem und im nächsten Jahr moderat bleiben. Da die Arbeitsproduktivität etwas langsamer steigt als im Durchschnitt des vergangenen Jahres, dürften die Lohnstückkosten im Prognosezeitraum leicht zunehmen.

Finanzpolitik expansiv ausgerichtet

Das Defizit der öffentlichen Haushalte verringerte sich im Euroraum im vergangenen Jahr um etwa einen halben Prozentpunkt auf 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts (Tabelle 2.1). Einschließlich der einmaligen Einnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen (UMTS) ergab sich sogar ein Überschuss in Höhe von 0,3 %. Die Verbesserung der Haushaltslage war fast ausschließlich auf die gute Konjunktur zurückzuführen. Im Gefolge des Aufschwungs nahmen die Einnahmen trotz verschiedentlicher Reduzierung der Steuerlast rascher zu, und die arbeitsmarktabhängigen Ausgaben konnten vermindert werden. Gleichzeitig verringerte sich auch der Schuldendienst. Der Primärsaldo, d. h. der Budgetsaldo ohne Zinszahlungen zur Bedienung der Staatsschuld, war in allen Ländern deutlich positiv.

Der Bruttoschuldenstand sank im Vorjahr in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um etwa zwei Prozentpunkte und lag nur noch in drei Ländern – in Italien, Belgien und Griechenland – deutlich über der im Vertrag von Maastricht festgesetzten Zielmarke von 60 %, in mehreren Ländern dagegen schon erheblich darunter. Im Durchschnitt des Euroraums belief sich der Schuldenstand im Jahre 2000 auf knapp 70 % des Bruttoinlandsprodukts.

In diesem Jahr wird die Finanzpolitik gelockert. Dabei kommen die Impulse von der Einnahmenseite. Insgesamt wird sich die Steuerentlastung im Euroraum im Jahre 2001 auf Grund der Reduktion direkter und indirekter Steuern auf rund ¾ % des Bruttoinlandsprodukts belaufen.

⁴ Für die Interpretation der Arbeitskostenvergleiche vgl. DIW; HWWA; ifo; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2000, S. 405 ff.

⁵ Vgl. DIW; HWWA; ifo; IWH; RWI, a. a. O.

Tabelle 2.1:
Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	Bruttoschulden ¹⁾					Finanzierungssaldo ¹⁾				
	1998	1999	2000	2001	2002	1998	1999	2000	2001	2002
Deutschland	60,7	61,1	60,3	58,7	58,4	-2,1	-1,4	-1,0	-1,7	-1,2
Frankreich	59,7	58,7	58,0	57,0	56,0	-2,7	-1,6	-1,3	-1,8	-1,5
Italien	116,2	114,5	110,2	107,5	104,5	-2,8	-1,8	-1,5	-2,0	-1,7
Spanien	64,7	63,4	60,6	57,0	55,0	-2,6	-1,2	-0,4	0,0	0,1
Niederlande	66,8	63,2	56,3	53,0	50,0	-0,7	1,0	1,3	0,5	0,5
Belgien	119,8	116,4	110,9	106,0	101,0	-0,9	-0,7	0,0	0,3	0,6
Österreich	63,9	64,7	62,8	61,0	59,5	-2,3	-2,1	-1,5	-1,0	-0,5
Finnland	48,8	46,9	44,0	40,5	37,0	1,3	1,8	6,7	5,5	5,5
Griechenland	105,5	104,6	103,9	99,5	95,0	-3,2	-1,8	-0,9	0,0	0,3
Portugal	55,3	55,0	53,8	52,0	51,0	-2,2	-2,0	-1,7	-1,5	-1,2
Irland	55,0	50,1	39,1	31,0	26,5	2,1	2,1	4,5	4,1	4,1
Luxemburg	6,4	6,0	5,3	5,0	5,0	3,2	4,7	5,3	4,0	3,5
Euroraum ²⁾	73,5	72,0	69,7	68,0	66,4	-2,1	-1,2	-0,8	-1,1	-0,8

¹⁾ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne einmalige Einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. - ²⁾ Summe der Länder: Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in Euro.

Quellen: Eurostat; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Besonders groß ist die Entlastung in Deutschland, Frankreich und Italien. In Frankreich, wo im vergangenen Jahr die Verbrauchssteuern deutlich gesenkt wurden, liegt der Akzent nunmehr auf einer Entlastung bei den direkten Steuern. Von erheblichem Gewicht und auch die Abschaffung der Kfz-Steuer (Vignette). Zudem wurden in Frankreich und in Italien Mineralölprodukte steuerlich entlastet, was für sich genommen den Anstieg der Verbraucherpreise dämpft. In Italien wurde zudem rückwirkend zum vierten Quartal 2000 die Lohnsteuer reduziert, wodurch insbesondere Familien und Bezieher niedriger Einkommen begünstigt werden. In Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Finnland wurden außerdem die Sozialabgaben verringert, um die Lohnnebenkosten zu senken.

In einigen Ländern werden die steuerlichen Impulse allerdings dadurch gedämpft, dass Abgaben und Gebühren angehoben oder die Bemessungsgrundlagen verbreitert (Deutschland, Portugal) wurden. In Deutschland wurde die Kraftfahrzeugsteuer erhöht; wie in den Niederlanden wurde auch hier die Ökosteuern zu Jahresbeginn angehoben. In den Niederlanden, wo die Einkommensteuer besonders kräftig gesenkt wurde, dämpft die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 17,5 % auf 19 %; die Erhöhung indirekter Steuern wirkt preistreibend.

Im kommenden Jahr sind nach den bisherigen Budgetplänen die steuerlichen Impulse im Euroraum deutlich geringer als 2000. Das aggregierte Budgetdefizit wird im Jahre 2002 bei 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts – nach 1,1 % in diesem Jahr – liegen, der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 66,4 % sinken.

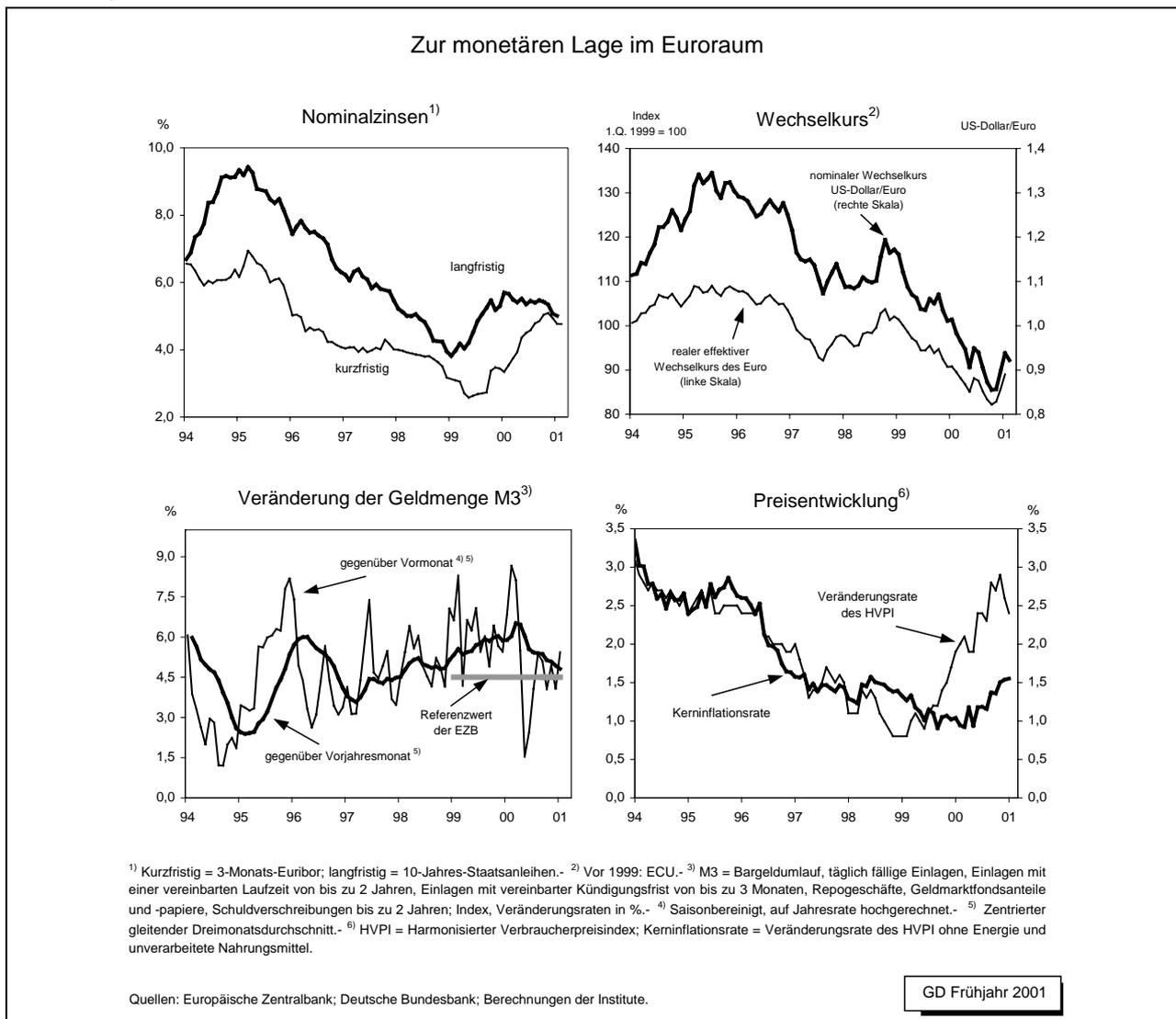
Monetäre Rahmenbedingungen leicht anregend

Seit Anfang Oktober letzten Jahres hat die EZB ihre Zinspolitik nicht verändert. Der Leitzins⁶ liegt seitdem bei 4,75 %. Im gleichen Zeitraum ist der Satz für Dreimonatsgeld auf dieses Niveau gesunken. Der kurzfristige Realzins liegt – misst man die kurzfristigen Inflationserwartungen an der aktuellen Kerninflationsrate – mit rund 3 % in der Nähe seines langjährigen Durchschnitts.

Die monetären Rahmenbedingungen insgesamt dürften die Konjunktur im Euroraum leicht anregen. Die langfristigen Nominalzinsen, gemessen an der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen, sind von November bis Ende März um fast einen halben Prozentpunkt auf 5 % gesunken (Abbildung 2.1). Hierfür dürften zum einen die Erwartung fallender Notenbankzinsen im Euroraum, aber auch die Entwicklung am US-amerikanischen Kapital-

⁶ Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte.

Abbildung 2.1:



markt eine Rolle gespielt haben. Trotz der ölpreisbedingten Inflationssteigerung im vergangenen Winterhalbjahr haben sich die langfristigen Inflationserwartungen – gemessen an der Differenz der Renditen inflationsindexierter und nichtindexierter zehnjähriger französischer Bonds⁷ – nicht verändert. Sie liegen weiterhin bei 1,5 %. Der so berechnete langfristige Realzins beträgt danach gegenwärtig knapp 3,5 %, das ist ein halber Prozentpunkt weniger als der langfristige Durchschnitt für Deutschland.⁸ Der nominale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar hatte sich zwischen No-

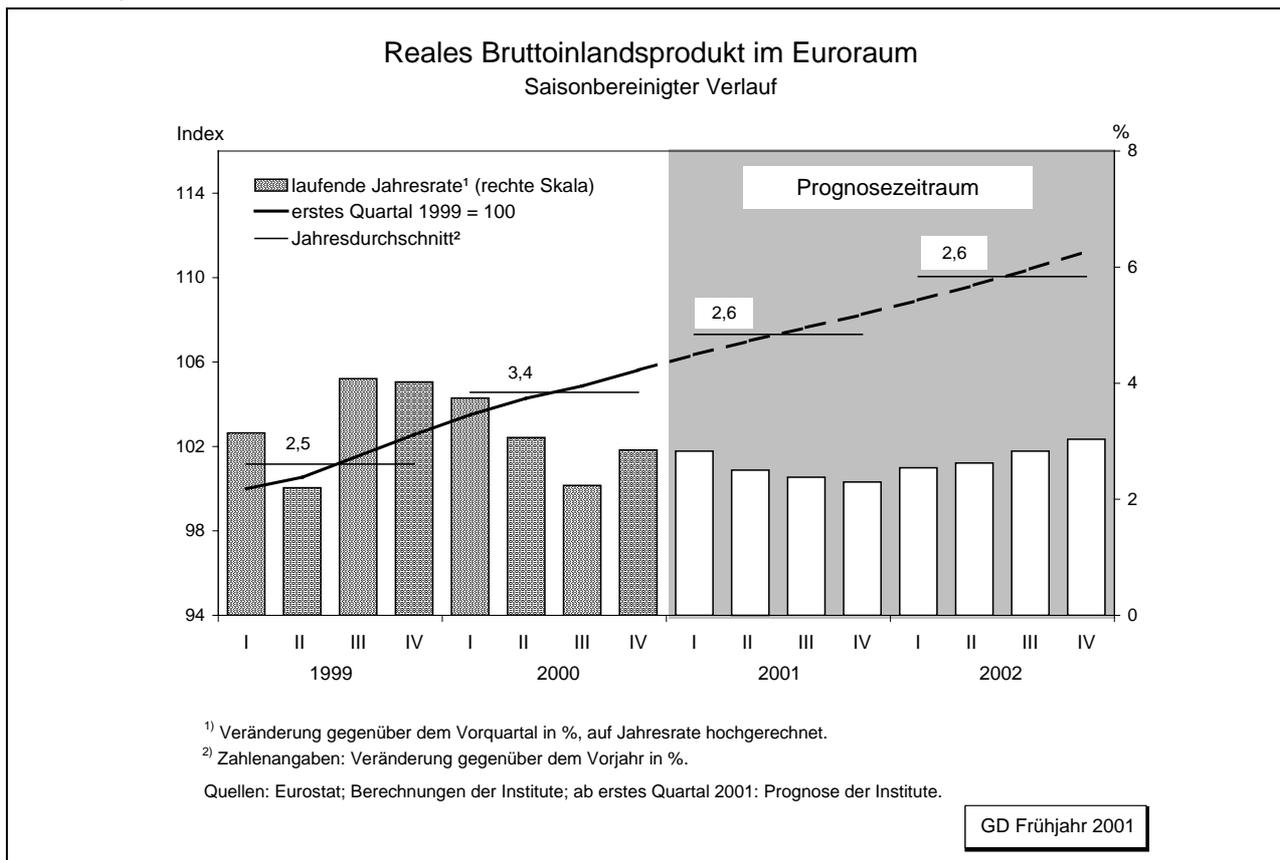
vember und Januar gefestigt, seither hat er sich aber wieder abgeschwächt. Vom realen effektiven Wechselkurs dürften bis zuletzt deutliche anregende Wirkungen auf die Exportwirtschaft und die Konjunktur ausgegangen sein. Die Verlangsamung des Geldmengenwachstums von M3 hat sich im Februar nicht fortgesetzt und betrug wie im Januar 4,7 % gegenüber dem Vorjahr. Der Dreimonatsdurchschnitt der Vorjahresraten sank auf 4,8 %. Die saisonbereinigte laufende Rate gegenüber dem Vorquartal stieg dagegen im Februar wieder leicht. Auf Jahresbasis hochgerechnet beträgt sie 5,4 %, der Dreimonatsdurchschnitt lag jedoch ebenfalls bei 4,8 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise (HVPI) hat sich im vergangenen Halbjahr, vor allem aufgrund der verzögerten Effekte der Ölpreiserhöhungen und der Verteuerung von Nahrungsmitteln als Folge von BSE und MKS, nur wenig verringert. Im Februar lag er mit 2,6 % gegenüber dem Vor-

⁷ Indexierte und nichtindexierte Staatsanleihen gleicher Laufzeit, deren Renditedifferenz sich zur Messung der Inflationserwartungen eignet, gibt es innerhalb des Euro-raums nur in Frankreich.

⁸ Für den Vergleich der Realzinsen mit langjährigen Durchschnittswerten werden hier nicht die aggregierten Durchschnitte der Länder des heutigen Euroraums verwendet, da diese Verzerrungen sowohl durch Risikoprämien als auch durch Wechselkursserwartungen enthalten.

Abbildung 2.2:



jahr noch immer deutlich über der mittelfristigen Obergrenze der EZB von 2 %. Im Prognosezeitraum wird der Preisauftrieb im Zuge der konjunkturellen Verlangsamung und günstigerer außenwirtschaftlicher Faktoren deutlich zurückgehen und im kommenden Jahr unter 2 % sinken. Darauf deutet auch die Expansion der Geldmenge M3 hin, die mittlerweile unter die Rate von 5 % gesunken ist, die nach Einschätzung der Institute mittelfristig mit Geldwertstabilität vereinbar ist.

Bei diesen günstigen Perspektiven für die Preisentwicklung erwarten die Institute, dass die EZB die Leitzinsen noch im Frühjahr senken wird, und zwar um 50 Basispunkte. Die Kapitalmarktzinsen werden im laufenden Jahr noch etwas zurückgehen; im Jahre 2002 dürften sie, auch unter dem Einfluss internationaler Entwicklungen, wieder leicht anziehen. Für den realen effektiven Wechselkurs des Euro wird im Verlauf dieses Jahres eine Aufwertung unterstellt (vgl. Annahmen der Prognose im Deutschlandteil). Die anregenden Wirkungen des Wechselkurses auf die Konjunktur werden daher deutlich abnehmen. Insgesamt gehen von den monetären Rahmenbedingungen in diesem Jahr Anregungen auf die Konjunktur im Euroraum aus. Im kommenden Jahr lassen diese nach.

Ausblick: Konjunkturbelebung im kommenden Jahr

Der Produktionsanstieg im Euroraum hat sich um die Jahreswende wohl nur vorübergehend leicht beschleunigt. Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass das Tempo der Expansion in den kommenden Monaten nachlässt (Abbildung 2.2). So hat sich das Konsumentenvertrauen ebenso wie das Vertrauen in der Industrie zuletzt wieder eingetrübt.

Ausschlaggebend für die konjunkturelle Verlangsamung ist die schwächere Auslandsnachfrage (Tabelle 2.2). Im Verlauf dieses Jahres werden zunehmend Drittmarkteffekte der nachlassenden Dynamik in den USA spürbar. Mit der in der zweiten Jahreshälfte einsetzenden Erholung in den USA werden die Ausfuhren wieder angeregt.

Der private Verbrauch wird im ersten Halbjahr 2001 von der beschleunigten Zunahme der verfügbaren Einkommen profitieren. Danach werden die Effekte der steuerlichen Entlastungen allmählich auslaufen. Die Investitionen werden zunächst noch im Zeichen der konjunkturellen Abkühlung stehen. Im Zuge der Aufhellung des weltwirtschaftlichen Umfeldes dürften sich die Absatz- und Ertragswartungen wieder festigen, so dass mit einer kräftigeren Investitionstätigkeit im späteren Verlauf

Tabelle 2.2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2000	2001	2002
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,4	2,6	2,6
Privater Konsum	2,6	2,6	2,4
Öffentlicher Konsum	1,6	1,6	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	4,7	3,3	3,9
Export ¹⁾	11,7	8,2	8,1
Import ¹⁾	10,3	8,7	8,2
Außenbeitrag ²⁾	0,6	0,0	0,1
Verbraucherpreise ³⁾	2,4	2,3	1,8
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Leistungsbilanzsaldo	-0,4	-0,5	-0,2
Finanzierungssaldo ⁴⁾	-0,8	-1,1	-0,8
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote ⁵⁾	9,0	8,4	8,1
¹⁾ Exporte und Importe umfassen Waren und Dienstleistungen einschließlich des grenzüberschreitenden Handels innerhalb des Euroraums.- ²⁾ Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.- ³⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex.- ⁴⁾ Gesamtstaatlich; ohne einmalige Einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.- ⁵⁾ Standardisiert. Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen und Schätzungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.			

dieses Jahres gerechnet werden kann. Im kommenden Jahr wird die Investitionstätigkeit auch durch die monetäre Lockerung begünstigt. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 2,6 % expandieren. Die Arbeitslosenquote wird nicht mehr so stark zurückgehen wie im vergangenen Jahr.

Der Preisanstieg im Euroraum wird sich allmählich abschwächen. Ausschlaggebend dafür sind vor allem die niedrigeren Notierungen an den Rohölmärkten. Allerdings wird sich die Kerninflation rate zunächst noch erhöhen, insbesondere da die höheren Energiekosten noch nicht voll überwältigt sind. Der Verbraucherpreisanstieg wird 2,3 % im Jahre 2001 und 1,8 % im nächsten Jahr betragen.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

In Deutschland ist der konjunkturelle Aufschwung im zweiten Halbjahr 2000 zu Ende gegangen: Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten hat nicht weiter zugenommen; sie ist zuletzt sogar etwas gesunken. In der Industrie waren Auftragseingänge und Produktion zwar weiterhin aufwärts gerichtet. Das Geschäftsklima hat sich jedoch merklich eingetrübt. Die Abkühlung der Konjunktur strahlte auch auf den Arbeitsmarkt aus. Seit Beginn dieses Jahres steigt die Zahl der Erwerbstätigen nur noch verhalten. Der Preisauftrieb hat sich kaum abgeschwächt.

Ein Nachlassen der konjunkturellen Dynamik war von den Instituten in ihrem Gemeinschaftsgutachten vom Herbst vergangenen Jahres prognostiziert worden. Dafür sprachen der Ölpreisschock sowie die Straffung der Geldpolitik in den USA und im Euroraum. Allerdings wurde das Ausmaß der Abschwächung unterschätzt. So wurde die Binnennachfrage durch den Ölpreisschock mehr belastet als erwartet. Zudem kühlte sich die Konjunktur in den USA stärker ab als angenommen; das hat die Exporterwartungen gedämpft und das Geschäftsklima verschlechtert.

Obwohl die Konjunktur in Deutschland deutlicher als erwartet an Fahrt verloren hat, halten die

Institute an ihrer Einschätzung fest, dass es nicht zu einer ausgeprägten Konjunkturschwäche oder gar zu einer Rezession kommen wird. Vielmehr bleibt die gesamtwirtschaftliche Produktion merklich aufwärts gerichtet.

Die Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Expansion in der zweiten Jahreshälfte 2000 hat beim deutschen Export bisher kaum Bremsspuren hinterlassen. Zwar haben sich die Exporterwartungen seit einiger Zeit eingetrübt. Die Ausfuhren sind aber bis Anfang dieses Jahres anhaltend kräftig gestiegen. Der Außenbeitrag erhöhte sich jedoch nicht mehr, da sich im zweiten Halbjahr der Anstieg der Einfuhren erheblich beschleunigte, obwohl die konjunkturelle Dynamik in Deutschland nachließ und der Euro abgewertet hatte.

Die Expansion der Binnennachfrage hat sich seit Mitte vergangenen Jahres spürbar abgeschwächt. Als Folge des Ölpreisschocks und des damit einhergehenden Kaufkraftverlustes hat vor allem der private Verbrauch an Dynamik eingebüßt. Mit der Verschlechterung der Exportperspektiven wie auch der Absatz- und Ertragsaussichten im Inland haben zudem die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen nicht mehr in dem Maße ausgeweitet wie zuvor. Darüber hinaus blieben die Bauinvestitionen bis zuletzt abwärts gerichtet. Stärker noch als die alten Bundesländer sind davon die neuen betroffen. Dies war auch ein wesentlicher Grund dafür, dass das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland im vergangenen Jahr erneut deutlich hinter dem in Westdeutschland zurückblieb. Hingegen kommt im verarbeitenden Gewerbe der Aufholprozess offenbar voran; dort stieg die Produktion während des vergangenen Jahres wiederum stärker als im Westen.

Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Effekte der weltweiten Konjunkturabschwächung dürften nunmehr stärker werden. Von daher ist eine deutliche Verringerung der Exportdynamik absehbar, doch ist ein Einbruch nicht zu erwarten. Wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, spricht vieles dafür, dass in den USA eine Rezession ausbleibt und sich die Wirtschaft dort in der zweiten Jahreshälfte wieder erholt. Zudem wird die konjunkturelle Verlangsamung im übrigen Euroraum, der fast die Hälfte der deutschen Exporte aufnimmt, nicht annähernd so stark ausfallen wie in den USA. Schließlich wird sich die Nachfrage aus den Öl produzierenden Ländern weiter spürbar erhöhen. Von der wirt-

schaftlichen Entwicklung im Ausland wird die Ausfuhr deshalb nach wie vor angeregt, wenn auch nicht mehr in dem selben Maße wie in den beiden vergangenen Jahren.

Zur Dämpfung der Exportdynamik trägt auch die Wechselkursentwicklung bei. Die stimulierenden Effekte der letztjährigen Abwertung des Euro lassen mehr und mehr nach. Ferner wirkt sich die leichte Höherbewertung des Euro ebenfalls negativ aus; dies dürfte jedoch weitgehend über eine Verringerung der – im Gefolge der Euroschwäche spürbar gestiegenen – Gewinnspannen der Exportunternehmen aufgefangen werden.

Wirtschaftspolitik stützt Konjunktur

Den dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüssen stehen erhebliche Impulse insbesondere von Seiten der Finanzpolitik gegenüber. Vor allem von der „Steuerreform 2000“, die private Haushalte und Unternehmen um rund 45 Mrd. DM bzw. 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts entlastet, gehen im laufenden Jahr kräftige Anregungen aus. Diese werden von der weiterhin sparsamen Haushaltsführung allerdings etwas gedämpft. Im Jahre 2002 wirkt die Finanzpolitik leicht restriktiv; die konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates nehmen infolge der anhaltenden – wenn auch weniger intensiven – Konsolidierungsbemühungen etwas schwächer zu als das nominale Bruttoinlandsprodukt, und die Abgabenbelastung steigt leicht.

Wie im weltwirtschaftlichen Teil dargelegt, ist damit zu rechnen, dass die Leitzinsen im Frühjahr um einen halben Prozentpunkt gesenkt und dann auf diesem Niveau gehalten werden. Der Kurs der Geldpolitik wird somit leicht anregend. Zwar wird die Lockerung die Konjunktur vorwiegend im kommenden Jahr stimulieren; es sind aber, da die Erwartungen stabilisiert werden, auch schon kurzfristig positive Effekte wahrscheinlich.

Die langfristigen Zinsen haben seit Herbst vergangenen Jahres im Gefolge der schwächeren Weltkonjunktur deutlich nachgegeben. Mit rund 4,7 % sind sie gegenwärtig in Deutschland um reichlich einen halben Prozentpunkt niedriger als im September 2000. Zwar werden die Kapitalmarktzinsen mit der weltwirtschaftlichen Erholung im Laufe des nächsten Jahres wieder leicht anziehen; dies wird die Konjunktur aber nicht nennenswert beeinträchtigen.

Die Lohnpolitik hat im vergangenen Jahr durch maßvolle Tarifabschlüsse wesentlich dazu beigetragen, dass der Preisauftrieb in Deutschland trotz erheblicher außenwirtschaftlicher Teuerungsimpulse moderat blieb. In diesem Jahr steigen die Ta-

riflöhne um reichlich 2 % und damit in einer ähnlichen Größenordnung wie im vergangenen Jahr. Für das Jahr 2002 wird unterstellt, dass die Lohnpolitik auf moderatem Kurs bleibt; die Tariflöhne dürften mit 2½ % etwas stärker angehoben werden als in diesem Jahr. Da auslastungsbedingte Produktivitätssteigerungen nur noch in geringem Umfang anfallen, werden sich die Lohnstückkosten zwar leicht erhöhen, ein nennenswerter Preisdruck ist von dieser Seite aber nicht zu erwarten.

Gesamtwirtschaftliche Produktion bleibt aufwärts gerichtet

Das Bild der Konjunktur in Deutschland wird in diesem Jahr von gegensätzlichen Einflüssen geprägt. Die Abschwächung der weltwirtschaftlichen Expansion und die abklingenden stimulierenden Effekte der Abwertung des Euro führen dazu, dass die Nachfrage aus dem Ausland langsamer steigen wird. Die Ausfuhr büßt daher schon bald deutlich an Fahrt ein. Die Eintrübung der Absatz- und Ertragserwartungen im Export beeinträchtigt tendenziell auch die Investitionsneigung der Unternehmen. Überdies kommt die letztjährige Straffung der Geldpolitik mehr und mehr zum Tragen. Beides wirkt auf eine ruhigere Gangart bei der Binnennachfrage hin. Schließlich gehen auch von den Folgen des Ölpreisanstiegs immer noch retardierende Effekte aus. Zwar ist der Ölpreis inzwischen wieder auf rund 25 US-Dollar pro Barrel gesunken, so dass sich die Ausgaben für die Ölimporte in diesem Jahr wieder etwas verringern. Doch die Kaufkraft der privaten Haushalte wird zunächst noch durch höhere Energierechnungen gemindert. Diesen dämpfenden Effekten stehen die von der Steuerreform ausgehenden Impulse gegenüber, die insbesondere in der ersten Jahreshälfte zu Buche schlagen und zu einer deutlichen Beschleunigung der konjunkturellen Expansion führen.

Im Jahre 2002 sind von der Erholung der Weltkonjunktur Anregungen zu erwarten. Überdies wirkt die Geldpolitik allmählich stimulierend. Im Prognosezeitraum bleibt die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Grundtendenz spürbar aufwärts gerichtet. Die Zuwachsraten entsprechen dabei in etwa dem mittelfristigen Trend, der nach Schätzung der Institute bei gut 2 % liegt.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich weiter bessern, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie im vergangenen Jahr. Der Preisauftrieb wird sich mit dem Abklingen der außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse merklich verlangsamen; die Inflationsrate sinkt im Prognosezeitraum deutlich unter 2 %.

Einen Unsicherheitsfaktor bildet bei alledem die Lage in den USA. In der Prognose ist unterstellt, dass sich die Konjunktur dort bald wieder stabilisiert. Eine ungünstigere Entwicklung würde schon wegen des großen Gewichts der amerikanischen Volkswirtschaft auf die europäischen Länder und damit auch auf Deutschland ausstrahlen. Die im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens angeführten Simulationsrechnungen zeigen aber, dass auch ein deutlich schwächeres Wachstum in den USA noch keine Rezession in Deutschland auslösen würde.

Kasten 3.1:

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im Einzelnen wird angenommen:

- Die Expansion der Weltwirtschaft wird sich – wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt – in diesem Jahr deutlich verlangsamen und im nächsten Jahr etwas beschleunigen.
- Der Rohölpreis (Brentöl) wird auf dem gegenwärtigen Stand von 25 US-Dollar pro Barrel verharren. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe erhöhen sich moderat.
- Der reale effektive Außenwert des Euro wird im Verlauf dieses Jahres leicht steigen; im kommenden Jahr wird er unverändert sein.
- Die Europäische Zentralbank wird die Leitzinsen im Frühjahr 2001 um 50 Basispunkte senken. Die Kapitalmarktzinsen bleiben vorerst auf niedrigem Niveau und ziehen im kommenden Jahr leicht an.
- Die Tarifverdienste je Stunde werden sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem Jahr um 2¼ % erhöhen, im nächsten Jahr um 2½ %.
- Von der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr aufgrund der Steuerentlastungen kräftige Impulse aus; im kommenden Jahr wird sie leicht restriktiv wirken.

Exportboom geht zu Ende

Die Ausfuhren expandierten trotz der Abkühlung der Weltkonjunktur bis zu Beginn dieses Jahres noch kräftig (Abbildung 3.1 und Tabelle 3.1). Die nachlassende Dynamik wird nun aber mehr und mehr durchschlagen, so dass sich das Expansionsstempo deutlich verringert. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland sind zu Jahresbeginn bereits zurückgegangen, wengleich von hohem Niveau aus. Darüber hin-

aus lassen die Impulse aus der letztjährigen Abwertung des Euro nach. Seit Herbst kam es sogar zu einer leichten Aufwertung. Die Ausfuhren dürften davon aber kaum beeinträchtigt werden, da die Aufwertungseffekte weitgehend in den Gewinnspannen aufgefangen werden.

Mit einem Einbruch der Exporte – wie im Gefolge der Krisen in Südostasien und Russland im Jahre 1998 – ist nicht zu rechnen. Die Beiträge der Ausfuhren zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts werden zwar deutlich zurückgehen, sie blei-

Abbildung 3.1:

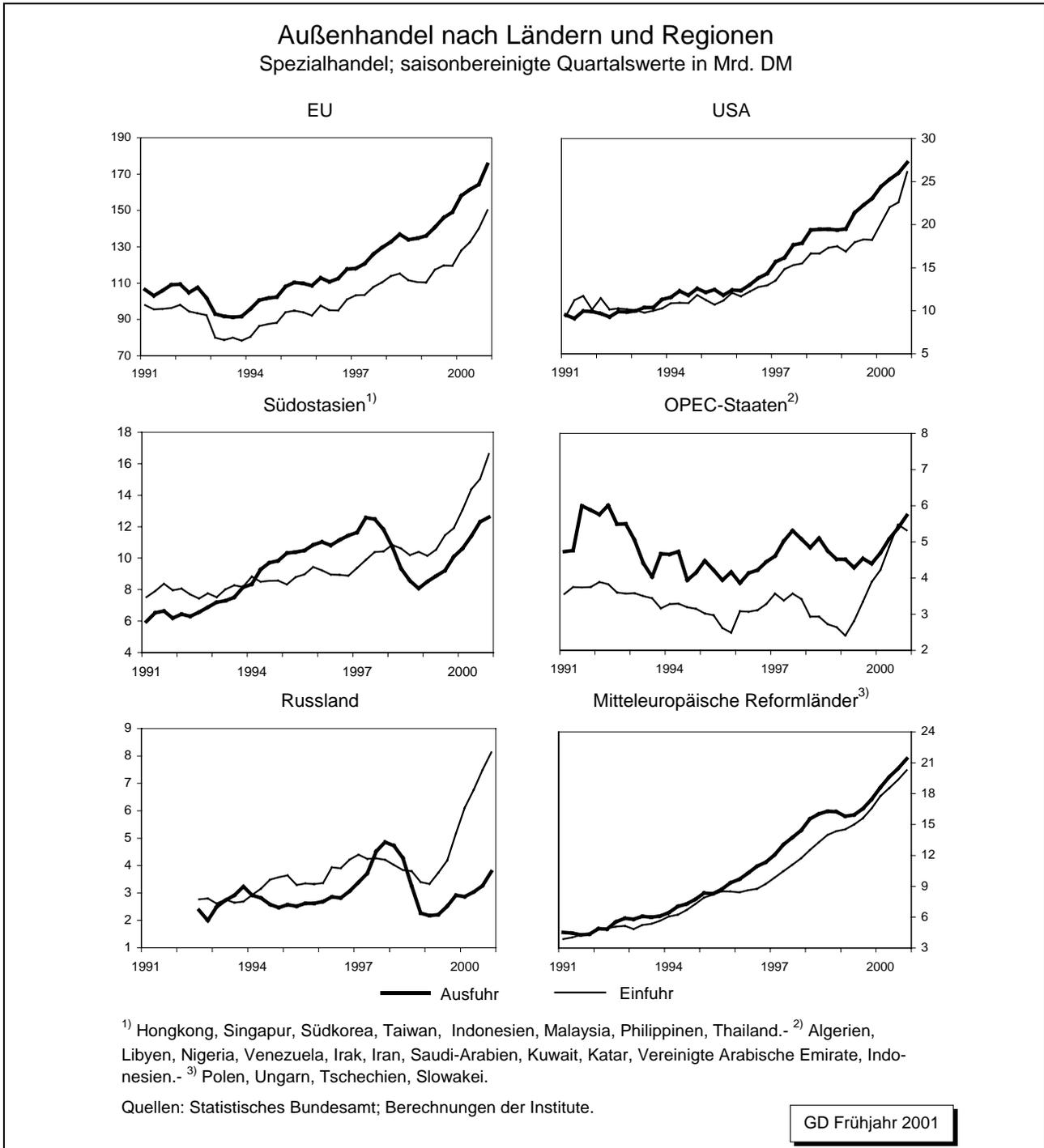


Tabelle 3.1:
Deutsche Exporte nach Regionen
- nominaler Export (Spezialhandel) -

Ländergruppe	1998			1999			2000		
	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾
Insgesamt	955,2	100,0	25,2	997,5	100,0	25,7	1167,3	100,0	29,4
EU	539,8	56,5	14,3	573,8	57,5	14,8	659,9	56,5	16,6
EFTA ²⁾	52,4	5,5	1,4	53,2	5,3	1,4	59,9	5,1	1,5
NAFTA ³⁾	103,8	10,9	2,7	115,4	11,6	3,0	137,9	11,8	3,5
Ostasien ⁴⁾	66,8	7,0	1,8	70,5	7,1	1,8	91,1	7,8	2,3
MOE ⁵⁾	88,5	9,3	2,3	84,3	8,5	2,2	103,6	8,9	2,6
Übrige Länder	103,9	10,9	2,7	100,3	10,1	2,6	114,9	9,8	2,9

¹⁾ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.- ²⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein.- ³⁾ USA, Kanada, Mexiko.- ⁴⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea.- ⁵⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakai, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.

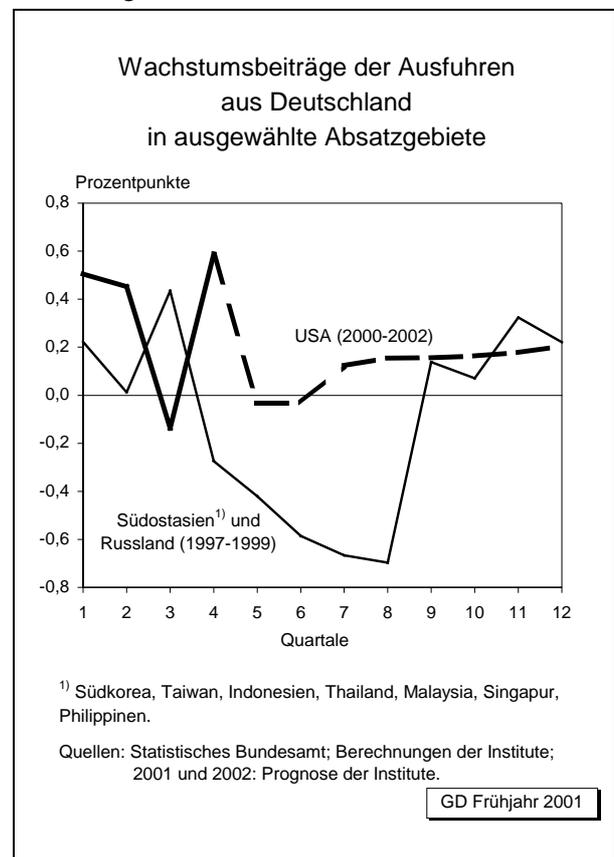
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

ben jedoch positiv (Abbildung 3.2). Im nächsten Jahr dürfte die Ausfuhr wieder etwas an Fahrt gewinnen. Die Konjunktur im außereuropäischen Raum wird sich ausgehend von der Überwindung der Schwäche in den USA beleben. Die Lieferungen in die OPEC-Länder und nach Russland werden aufgrund der gestiegenen Öleinnahmen dieser Länder weiter deutlich aufwärts gerichtet sein. Auch die Nachfrage seitens der Handelspartner in der Europäischen Union wird relativ kräftig bleiben. Insgesamt werden die Exporte von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr auch wegen des hohen Niveaus zu Jahresbeginn um 10,1 % zunehmen. Im nächsten Jahr werden sie um 6,7 % ausgeweitet (Abbildung 3.3).

Im Jahre 2000 sind auch die Importe außerordentlich stark gestiegen; das geht nicht zuletzt auf die kräftige Zunahme der Exporte und der Ausrüstungsinvestitionen zurück, die beide einen hohen Importgehalt aufweisen. Im Jahresverlauf 2001 wird sich der Anstieg der Einfuhr angesichts der schwächeren Dynamik bei Exporten und Ausrüstungsinvestitionen merklich verringern. Wegen des kräftigen Zuwachses Ende des Jahres 2000 werden die Importe im laufenden Jahr allerdings nochmals im Durchschnitt mit einer zweistelligen Rate zunehmen;⁹ im Jahre 2002 wird die Rate 6,3 % betragen (Tabelle 3.2).

⁹ Möglicherweise ist der Anstieg der Einfuhr überzeichnet. Dafür spricht, dass der Deflator der Wareneinfuhr nach VGR in der zweiten Jahreshälfte deutlich schwächer gestiegen ist als der Einfuhrdurchschnittswert im Spezialhandel, bei ähnlicher Zunahme der Nominalwerte in beiden Rechnungen. Üblicherweise sind die Unterschiede in der Preisentwicklung nur gering.

Abbildung 3.2:



Der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft wird sich damit merklich, von einem Prozentpunkt im vergangenen Jahr auf 0,2 Prozentpunkte in diesem und 0,3 Prozentpunkte im nächsten Jahr, verringern (Tabelle 3.3). Im Prognosezeitraum gehen somit von der Außenwirtschaft erheblich geringere Impulse auf die Konjunktur in Deutschland aus. Die Leistungsbilanz wird sich erneut verschlechtern und in diesem Jahr mit einem Defizit von

Abbildung 3.3:

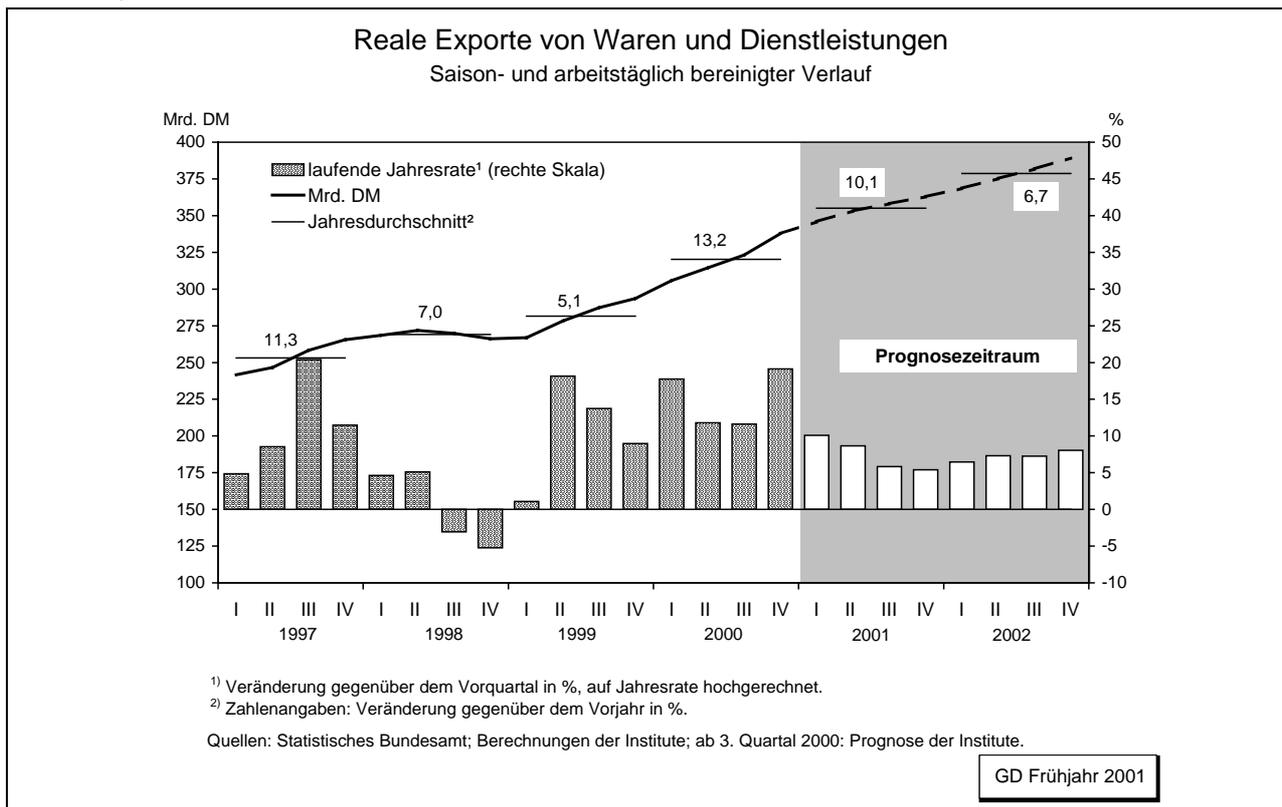


Tabelle 3.2:
Indikatoren zur Auenwirtschaft¹⁾

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Exporte, real	7,0	5,1	13,2	10,1	6,7
Waren	7,7	5,3	13,9	10,4	6,8
Dienstleistungen	2,2	3,2	8,8	7,8	6,2
Importe, real	8,6	8,1	10,2	10,0	6,3
Waren	9,8	7,9	11,1	10,7	6,5
Dienstleistungen	3,8	8,8	6,8	7,4	5,4
Terms of Trade	1,9	0,8	-4,8	-0,1	0,2
	in Mrd. DM				
<i>Nachrichtlich:</i>					
Außenbeitrag, real	60,3	32,2	69,6	77,0	87,0
Außenbeitrag, nominal	57,5	37,6	15,3	15,7	25,2
Leistungsbilanzsaldo ²⁾	-11,8	-32,9	-45,0	-50,0	-40,0

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).-²⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

50 Mrd. DM schließen. Im kommenden Jahr wird das Defizit leicht sinken.

Die Terms of Trade haben sich in jüngster Zeit verbessert. Im Prognosezeitraum bleiben sie nahezu unverändert. Die Einfuhrpreise gingen in den

vergangenen Monaten infolge der Wende bei den Rohlohnotierungen und einer leichten Aufwertung des Euro seit Herbst 2000 deutlich zurück. Diese Tendenz wird sich aber nicht fortsetzen, weil die Ölpreise im Prognosezeitraum stabil bleiben durf-

Tabelle 3.3:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg
des Bruttoinlandsprodukts¹⁾
- in Prozentpunkten -

	2000	2001	2002
Konsumausgaben	1,2	1,4	1,4
Private Haushalte ²⁾	0,9	1,2	1,2
Staat	0,3	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	0,5	0,3	0,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,9	0,6	0,7
Bauten	-0,3	-0,3	0,0
Vorratsveränderungen	0,2	0,2	-0,1
Inlandsnachfrage	1,9	1,9	1,9
Außenbeitrag	1,0	0,2	0,3
Exporte	4,0	3,4	2,4
Importe	-3,0	-3,2	-2,2
Bruttoinlandsprodukt ³⁾	3,0	2,1	2,2

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.-
²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.-
³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

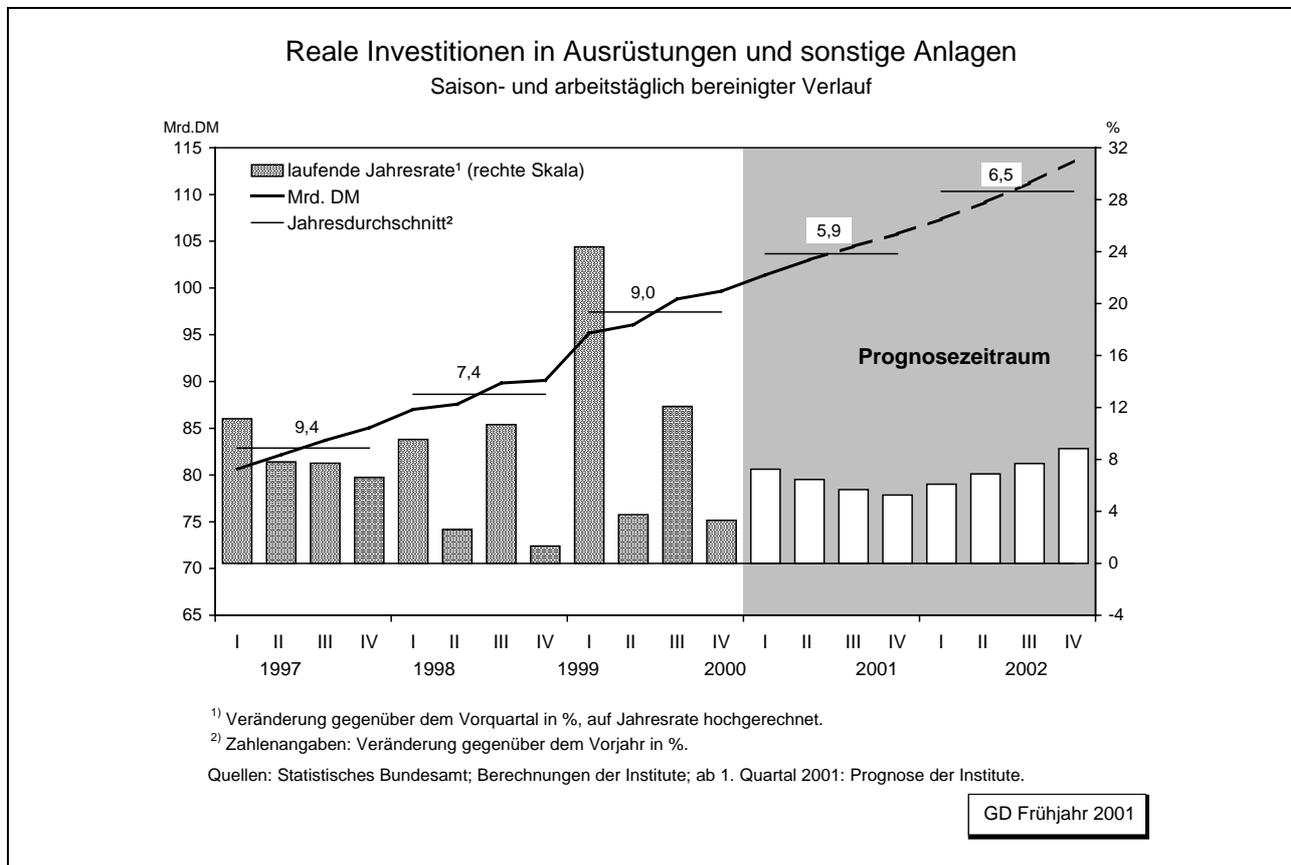
ten und sich die allgemeinen Preissteigerungen durchsetzen. Sowohl die Einfuhrpreise als auch die Ausfuhrpreise werden sich nur moderat erhöhen.

Ausrüstungsinvestitionen nehmen vorübergehend schwächer zu

Die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen hat in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unter dem Einfluss der geldpolitischen Straffung und der eingetrübten Ertragsersparungen nachgelassen. Für das laufende Jahr deuten die ungünstigeren Geschäftserwartungen der Unternehmen auf eine weitere Abflachung hin. Maßgeblich hierfür sind die pessimistischeren Absatzaussichten im Export. Hinzu kommt, dass sich durch die Steuerreform die Kapitalkosten für Sachinvestitionen in Deutschland wegen der verschlechterten Abschreibungsbedingungen tendenziell erhöhen. Die hiervon ausgehenden dämpfenden Wirkungen werden durch die anregenden Impulse aus der Steuerreform auf die Gesamtnachfrage und auf die Renditen aus Sachinvestitionen nur zum Teil kompensiert (Abbildung 3.4).

Im kommenden Jahr dürften sich die Perspektiven für die Ausrüstungsinvestitionen wieder aufhellen. Die Ertragsersparungen bleiben bei weiterhin moderaten Lohnerhöhungen und niedrigen Kapitalmarktzinsen günstig. Mit der Erholung der Weltwirtschaft und den Anregungen von der Geld-

Abbildung 3.4:



politik werden auch die Investitionen wieder stärker anziehen. Wegen der hohen Nachfrage nach Software im Vorfeld der Einführung des Euro-Bargeldes werden die Investitionen in sonstige Anlagen kräftig expandieren. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen 2001 um 5,9 % und 2002 um 6,5 % zunehmen, nach 9,0 % im Jahre 2000.

Keine Erholung der Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen haben sich auch im vergangenen Jahr entgegen dem allgemeinen Konjunkturverlauf entwickelt. Die seit 1995 andauernde Schwäche hielt bis zuletzt an. Geprägt wird die Entwicklung vom Wohnungsbau, der im vergangenen Jahr besonders stark geschrumpft ist. Dazu trug nicht nur der Rückgang im Mietwohnungsbau bei. Auch wurde die Förderung von Wohneigentum eingeschränkt; dies traf insbesondere den Bau von Eigenheimen.

Der Wohnungsbau dürfte vorerst abwärts gerichtet bleiben. Maßgeblich dafür ist, dass auf der Angebotsseite regional immer noch erhebliche Überhänge bestehen. Zudem nehmen im Mietwohnungsbau die Anreize für Investoren wegen der geringeren Grenzsteuersätze infolge der Steuerreform ab. Der Eigenheimbau dürfte dagegen im Verlauf des kommenden Jahres bei steigenden Einkommen und weiterhin niedrigen Zinsen etwas anziehen. Insgesamt schrumpfen die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 3,5 % und im Jahre 2002 um 1 %.

Der Wirtschaftsbau zeigt in jüngster Zeit erste Anzeichen einer Erholung. Impulse kommen vor allem aus dem Dienstleistungssektor; das signalisieren die Baugenehmigungen. Dämpfend wirken aber immer noch die Leerstände bei Gewerbeimmobilien, insbesondere in Ostdeutschland. Insgesamt wird der Wirtschaftsbau im Jahre 2001

nochmals leicht zurückgehen. Im kommenden Jahr werden sich die Erholungstendenzen angesichts günstigerer Ertragsaussichten und eines niedrigen Zinsniveaus festigen; die gewerblichen Bauinvestitionen werden um 1 % steigen (Tabelle 3.4).

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr nochmals abnehmen. Zwar hat der Bund zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen beschlossen, doch engt sich der Finanzierungsspielraum der Gemeinden infolge der Steuerreform ein. Im kommenden Jahr entspannt sich die Kassenlage der Gemeinden etwas, so dass wieder mehr Mittel für Bauinvestitionen aufgewendet werden.

Privater Konsum mit mehr Schwung

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte haben seit Mitte vergangenen Jahres real kaum zugenommen, da die Energieverteuerung im Gefolge des Ölpreisanstiegs den Konsumenten in beträchtlichem Ausmaß Kaufkraft entzogen hat. Hinzu kamen in den letzten Monaten Anhebungen administrierter Preise und steigende Nahrungsmittelpreise aufgrund der BSE-Krise. Die zu Beginn des Jahres in Kraft getretene „Steuerreform 2000“ hat deshalb – den vorliegenden Indikatoren zufolge – den privaten Konsum bisher erst wenig angeregt. Gleichwohl ist zu erwarten, dass er im weiteren Jahresverlauf an Schwung gewinnen wird (Abbildung 3.5).

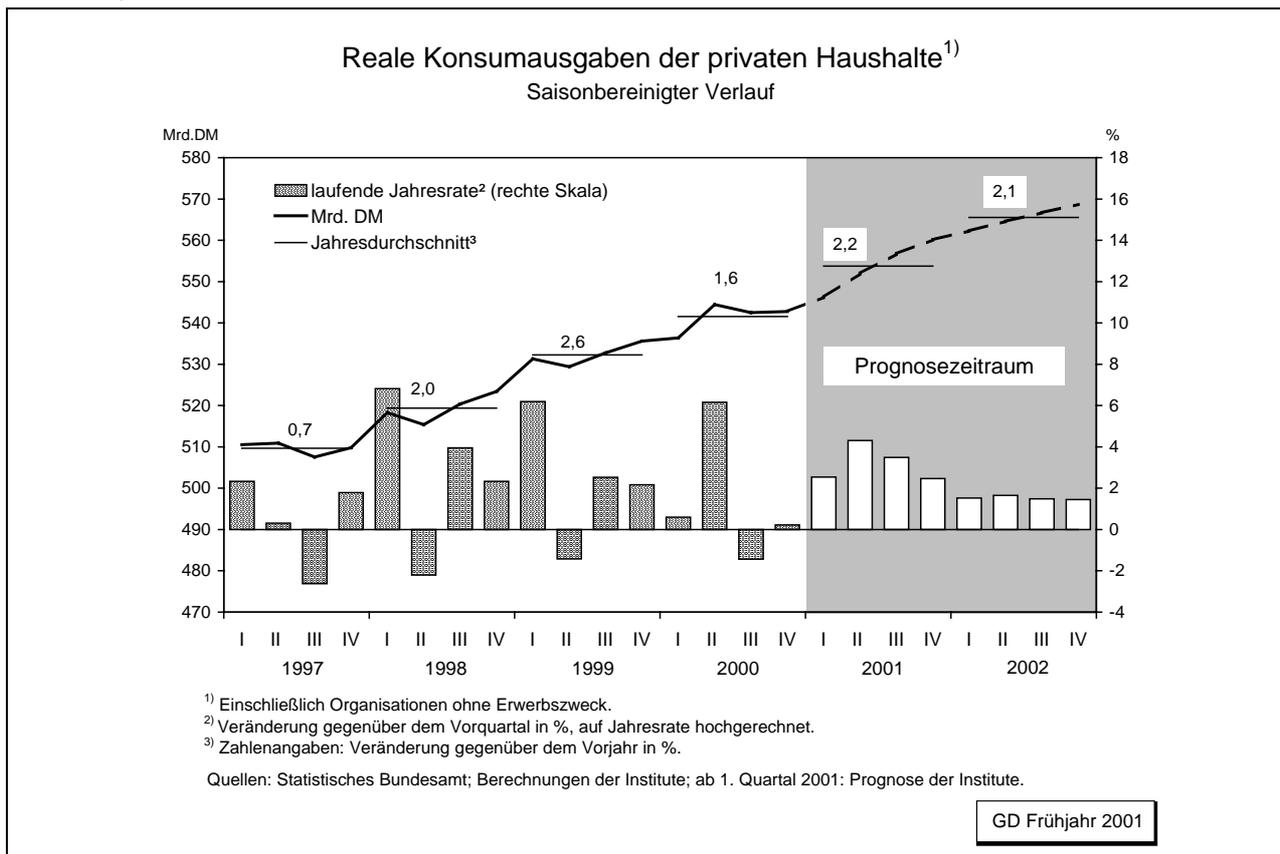
Die von der Steuerreform ausgehenden Impulse sind beträchtlich. Zwar nehmen die Bruttolöhne und -gehälter in diesem Jahr mit 3,1 % etwas schwächer zu als im Jahre 2000 (3,3 %), doch erhöhen sich die Nettolöhne und -gehälter mit 4,8 % deutlich stärker als im Vorjahr (3,7 %). Auch die Transfereinkommen steigen rascher. Beim Wohn- und Erziehungsgeld sowie beim BAföG wurden Leistungsverbesserungen wirksam. Zudem erhalten einkommensschwache Haushalte einen Heiz-

Tabelle 3.4:
Reale Bauinvestitionen ¹⁾

	2000	2000	2001	2002
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Wohnbauten	57,6	-2,9	-3,5	-1,0
Nichtwohnbauten	42,4	-2,0	-0,6	0,7
Gewerblicher Bau	29,7	-2,6	-0,4	1,0
Öffentlicher Bau	12,7	-0,6	-1,2	0,1
Bauinvestitionen	100	-2,5	-2,3	-0,3

¹⁾ In Preisen von 1995.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Abbildung 3.5:



kostenzuschuss. Außerdem werden die Renten zur Jahresmitte infolge der wieder lohnorientierten Anpassung kräftiger als zuvor angehoben. Unter Berücksichtigung der beschleunigt steigenden Selbständigeneinkommen expandieren die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahre 2001 um 4,4 %, real um 2,5 %. Da ein nennenswerter Teil des aus der Steuerentlastung resultierenden Einkommenszuwachses erfahrungsgemäß nicht ausgegeben wird, dürfte sich die Sparquote leicht erhöhen. Insgesamt nimmt der private Konsum real um 2,2 % zu.

Im nächsten Jahr werden die Arbeitseinkommen brutto um 3,2 % zunehmen, netto – bei wieder voll greifender Steuerprogression – allerdings nur um 2,4 %. Die monetären Sozialleistungen werden leicht beschleunigt expandieren, nicht zuletzt wegen stärker steigender Altersrenten und der hier unterstellten Anhebung des Kindergeldes um monatlich jeweils 30 DM für das erste und zweite Kind. Bei dieser Prognose wurde angenommen, dass die steuerliche Förderung des privaten Vorsorgesparens im Zuge der Rentenreform lediglich zu Umschichtungen zwischen alternativen Anlageformen führt. Bei kaum veränderter Sparquote wird der reale private Konsum mit 2,1 % in nahezu gleichem Tempo wie die Realeinkommen steigen.

Preisauftrieb lässt nach

Obwohl die Rohölnotierungen seit Herbst vergangenen Jahres wieder deutlich nachgegeben haben, blieb der Verbraucherpreisanstieg unverändert kräftig. Maßgeblich war, dass die Preise für Gas und Fernwärme, die mit Verzögerung an die Ölpreise gekoppelt sind, nun auch erheblich gestiegen sind. Hinzu kam die weitere Erhöhung der Mineralöl- und Stromsteuer sowie der Kraftfahrzeugsteuer für ältere und weniger schadstoffarme Pkws. Ferner wurden die Rundfunk- und Fernsehgebühren angehoben. Schließlich zogen die Preise von Fleisch und Fleischprodukten im Gefolge der Tierseuchen merklich an. Im März war das Preisniveau um 2,5 % höher als im Vorjahr.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe wieder verlangsamen. So geben die Preise für Energie allmählich nach. Von der Aufwertung des Euro gehen preisdämpfende Effekte aus. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2001 voraussichtlich um 2,1 % steigen. Im Jahre 2002 dürfte sich die Inflationsrate auf 1,5 % verringern.

Verhaltener Anstieg der Produktion

Nach der konjunkturellen Abschwächung im zweiten Halbjahr 2000 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in der ersten Hälfte dieses Jahres wieder stärker zunehmen. Maßgeblich hierfür ist, dass der private Konsum durch die Einkommenssteuerentlastung stimuliert wird. Diese Impulse klingen jedoch in der zweiten Jahreshälfte ab; die schwächere Expansion der Auslandsnachfrage schlägt dann auf die Konjunktur durch.

Im Laufe des nächsten Jahres wird sich der Produktionsanstieg – insbesondere wegen der Besserung der Weltkonjunktur – wieder leicht beschleunigen. Die Binnennachfrage wird durch die Geldpolitik angeregt. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2001 um 2,1 % und im Jahre 2002 um 2,2 % zunehmen (Abbildung 3.6).

In Ostdeutschland (ohne Berlin) fiel das Wachstum im Jahre 2000 mit einer Rate von 1,1 % deutlich niedriger aus als in Westdeutschland (3,2 %), nach annähernd gleichen Raten im Jahre 1999 (Tabelle 3.5). Die mit Produktionseinschränkungen verbundene Strukturanpassung im Baugewerbe und im Staatssektor wurde nicht durch hinreichend hohe Zuwächse in anderen Wirtschaftsbereichen ausgeglichen.

Obwohl der Produktionsrückgang im Baugewerbe auch Auswirkungen auf die baunahen Bereiche im verarbeitenden Gewerbe hatte, erhöhte sich die Industrieproduktion mit knapp 12 % weiterhin sehr kräftig. Stärker als im früheren Bundesgebiet wurde die Erzeugung von Vorleistungsgütern ausgeweitet. Bei den Investitionsgütern war die Produktionszunahme dagegen wegen des in Ostdeutschland weniger bedeutsamen Auslandsgeschäfts geringer. Der Anteil der Exporte an den gesamten Industrieumsätzen stieg zwar in den letzten Jahren auf 21 % (1995: 12 %), er liegt jedoch immer noch weit unter dem in Westdeutschland (37 %).

Im laufenden Jahr erhöht sich die Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe in ähnlichem Ausmaß wie im vergangenen Jahr, auch weil sie wegen des niedrigeren Ausfuhranteils weniger stark von der abflauenden Auslandsnachfrage betroffen sein wird. Insgesamt steigt im Jahre 2001 die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland um rund 1½ %. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstumstempo in den neuen Ländern dem in Westdeutschland nahezu angleichen, nicht zuletzt weil der Rückgang im Baugewerbe – bei weiterhin hohen Steigerungen in der Industrie – im Vergleich zu 2001 geringer ausfällt.

Abbildung 3.6:

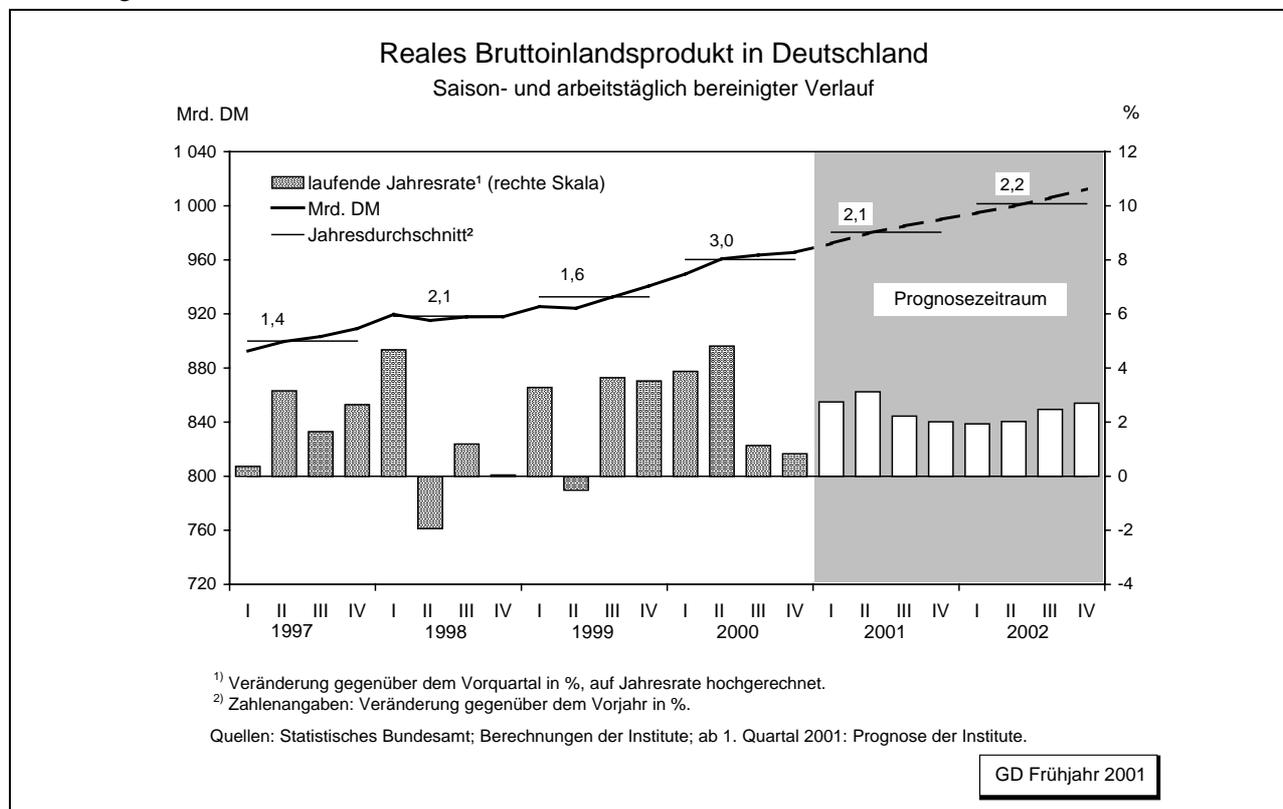


Tabelle 3.5:
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	1,6	3,0	2,1	2,2
Westdeutschland ²⁾	2,3	1,6	3,2	2,2	2,2
Ostdeutschland	0,7	1,4	1,1	1,5	2,0
Erwerbstätige ³⁾ (1000 Personen)	37 540	37 942	38 532	38 870	39 160
Arbeitslose (1000 Personen)	4 279	4 099	3 889	3 695	3 470
Arbeitslosenquote ⁴⁾ (in %)	10,2	9,8	9,2	8,7	8,2
Verbraucherpreise ⁵⁾ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,0	0,6	1,9	2,1	1,5
Lohnstückkosten ⁶⁾ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,0	0,6	-0,1	0,8	0,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁷⁾ in Mrd. DM	-77,8	-55,0	58,3 ⁸⁾	-71,5	-52,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-2,1	-1,4	1,5 ⁸⁾	-1,7	-1,2
<i>Nachrichtlich:</i> Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung des ESVG 95 (in Mrd. DM)	-83,0	-65,8	53,1 ⁹⁾	-80,7	-63,9
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. DM)	-11,8	-32,9	-45,0	-50,0	-40,0

¹⁾ In Preisen von 1995.- ²⁾ Und Berlin.- ³⁾ Im Inland.- ⁴⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- ⁵⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte - ⁶⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- ⁷⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). - ⁸⁾ Einschließlich der als Nettoabgang an immateriellen Wirtschaftsgütern gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM. Die bereinigte Defizitquote liegt bei -1,0%.- ⁹⁾ Einschließlich der als Nettoabgang an immateriellen Wirtschaftsgütern gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Bundesministerium der Finanzen; Deutsche Bundesbank; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Beschäftigungsanstieg verlangsamt sich

Die Beschäftigung in Deutschland wurde im vergangenen Jahr kräftig ausgeweitet, im Verlauf schwächte sich die Zunahme allerdings ab. Neben dem Nachlassen der konjunkturellen Dynamik spielten hierbei Sondereffekte¹⁰ eine Rolle. Die Abflachung machte sich vor allem im verarbeitenden Gewerbe und im Handel bemerkbar; im Baugewerbe wurde verstärkt Personal freigesetzt.

In diesem Jahr wird sich der Beschäftigungsanstieg weiter verlangsamen (Abbildung 3.7). Dies

¹⁰ Aufgrund der gesetzlichen Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (630-Mark-Jobs) wurden Zweitjobs auf dieser Basis finanziell unattraktiver. Diese Stellen wurden in hohem Maße durch ausschließlich geringfügig Beschäftigte wiederbesetzt, was die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte. Dieser Effekt lässt jedoch nach. Außerdem wurde durch die Kontingentierung bei der Einberufung von Zivildienstleistenden der Zugang zu dieser Art von Beschäftigungsverhältnissen beschränkt.

ist in erster Linie auf die Verringerung des konjunkturellen Tempos zurückzuführen. Alles in allem wird sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2001 um nahezu 350 000 Personen erhöhen. Am Jahresende werden 270 000 Personen mehr beschäftigt sein als ein Jahr zuvor. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich der Beschäftigungsanstieg wieder leicht verstärken.

Die Besserung beschränkt sich allerdings auf den westdeutschen Arbeitsmarkt. In den neuen Bundesländern wird die Beschäftigung 2001 noch leicht zurückgehen, im kommenden Jahr dann geringfügig zunehmen (Tabelle 3.6). Zwar wird in der Industrie der Personalbestand weiter aufgestockt, doch überwiegen zunächst noch die strukturell bedingten Beschäftigungsverluste in der Bauwirtschaft, im Handel und im öffentlichen Dienst. Erst im nächsten Jahr lässt der Rückgang im Baugewerbe nach, und der Beschäftigungsaufbau bei den privaten Dienstleistern verstärkt sich.

Tabelle 3.6:
Arbeitsmarktbilanz
- Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	37 131	37 479	37 879	38 466	38 800	39 095
Arbeitnehmer	33 217	33 500	33 939	34 522	34 850	35 125
Selbständige	3 914	3 979	3 940	3 944	3 950	3 970
Pendlersaldo	63	61	63	66	70	70
Erwerbstätige Inland	37 194	37 540	37 942	38 532	38 870	39 160
Arbeitslose	4 384	4 279	4 099	3 889	3 695	3 470
Arbeitslosenquote ¹⁾	10,6	10,2	9,8	9,2	8,7	8,2
Erwerbslose ²⁾	3 888	3 687	3 428	3 245	3 081	2 890
Erwerbslosenquote ³⁾	9,5	9,0	8,3	7,8	7,4	6,9
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	183	115	119	86	80	70
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	301	384	430	313	265	275
Berufl. Vollzeitweiterbildung	400	324	333	324	350	390
Westdeutschland⁴⁾						
Erwerbstätige Inländer ⁵⁾	30 943	31 257	31 609	32 291	32 660	32 940
Arbeitslose	3 136	3 024	2 872	2 645	2 455	2 260
Arbeitslosenquote ¹⁾	9,2	8,8	8,3	7,6	7,0	6,4
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	136	83	93	63	60	50
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	80	86	100	83	75	75
Berufl. Vollzeitweiterbildung	234	191	204	195	210	235
Ostdeutschland						
Erwerbstätige Inländer ⁵⁾	6 188	6 222	6 270	6 175	6 140	6 155
Arbeitslose	1 249	1 256	1 227	1 244	1 240	1 210
Arbeitslosenquote ¹⁾	16,8	16,8	16,4	16,8	16,8	16,4
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	47	32	26	23	20	20
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	221	298	330	230	190	200
Berufl. Vollzeitweiterbildung	166	133	129	129	140	155
¹⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). - ²⁾ Definition der ILO. - ³⁾ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). - ⁴⁾ Und Berlin. - ⁵⁾ Schätzung der Institute auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder und des Mikrozensus. Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2001 und 2002: Prognose der Institute.						

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nahm im vergangenen Jahr weiterhin weniger stark ab, als die Erwerbstätigkeit stieg. Die Erwerbsquote erhöhte sich durch die Beschäftigung von Personen, die vorher nicht als Arbeitsuchende registriert waren. Im Prognosezeitraum werden sich die Arbeitslosigkeit und die Erwerbstätigkeit fast spiegelbildlich zueinander entwickeln, auch weil die geringfügige Beschäftigung nicht mehr im gleichen Ausmaß ausgeweitet wird wie im Anschluss an die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes. Die Arbeitslosenzahl sinkt im Verlauf dieses Jahres um

gut 180 000 Personen auf 3,62 Mio. im vierten Quartal. Ein Jahr später wird sie 3,37 Mio. Personen betragen (Abbildung 3.8). Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen) wird von 8,7 % im laufenden Jahr auf 8,2 % im Jahre 2002 sinken.

In den neuen Bundesländern nimmt die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nicht zu, weil bei rückläufiger Arbeitskräftenachfrage auch das Arbeitsangebot zurückgeht. Im Jahre 2002 wird die Zahl der Arbeitslosen um rund 30 000 auf 1,21 Mio. abnehmen.

Abbildung 3.7:

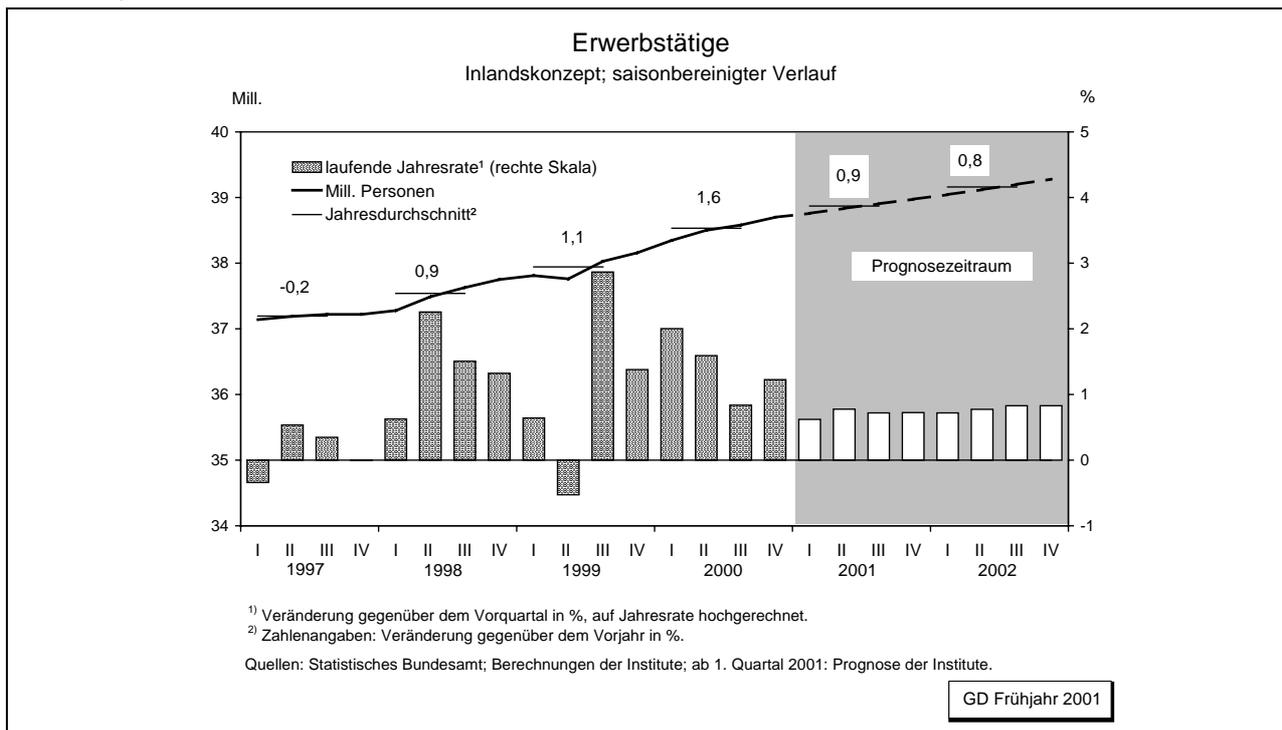
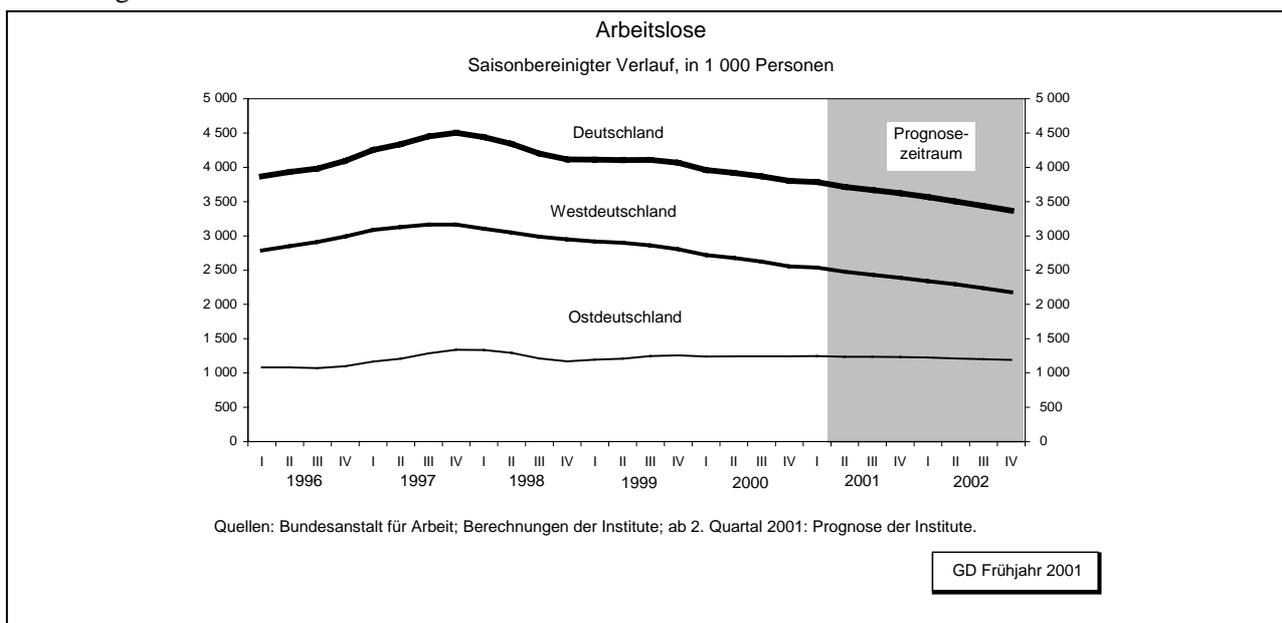


Abbildung 3.8:



Vorübergehender Anstieg des Budgetdefizits

Die Staatsausgaben, die im vergangenen Jahr – bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen¹¹ (99,4 Mrd. DM) – insbesondere infolge des „Sparpakets“ lediglich um

¹¹ Die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen werden in der VGR als Verkäufe von nichtproduzierten Vermögensgütern verbucht; dadurch verringern sich also die Staatsausgaben.

1,4 % expandierten, werden in diesem Jahr um 1,8 % und im kommenden Jahr um 2,7 % ausgeweitet. Die Personalausgaben des Staates dürften – nach dem leichten Rückgang im Jahre 2000 – nur mäßig zunehmen, da der Personalbestand im öffentlichen Dienst weiterhin reduziert wird. Die arbeitsmarkt-abhängigen Ausgaben sinken infolge der abnehmenden Arbeitslosigkeit weiter. Zu Mehrausgaben kommt es demgegenüber durch die Aufstockung von Sozialleistungen: So wurden das Wohngeld, das Erziehungsgeld sowie die BaföG-Leistungen

angehoben und einmalige Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte gewährt, und im kommenden Jahr wird voraussichtlich das Kindergeld erhöht. Höhere Aufwendungen fallen zudem im Zusammenhang mit der BSE-Krise an. Die Zinsausgaben für die öffentlichen Schulden nehmen im laufenden Jahr trotz steigender Neuverschuldung kaum zu, weil der Bund den größten Teil der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen zu Beginn dieses Jahres zur Schuldentilgung verwendete. Die Investitionsausgaben werden nur wenig ausgeweitet. Zwar setzt der Bund einen Teil der aus dem Schuldenabbau resultierenden Zinsersparnisse zur Aufstockung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ein, doch schmälern die steuerreformbedingten Einnahmeausfälle die Investitionsbudgets der Gemeinden.

Die um die UMTS-Erlöse bereinigte Staatsquote geht von 48,1 % im Jahre 2000 auf 47,2 % im kommenden Jahr zurück. Allerdings wird die angestrebte qualitative Konsolidierung, d. h. die Verbesserung der Ausgabenstruktur zugunsten investiver Ausgaben, verfehlt. Die öffentlichen Investitionen dürften mit 0,9 % bzw. 1,4 % im Prognosezeitraum deutlich schwächer als das nominale Bruttoinlandsprodukt expandieren, so dass die Investitionsquote sinkt.¹²

Das Steueraufkommen wird in diesem Jahr um 2,4 % zurückgehen. Ausschlaggebend hierfür ist die zu Jahresbeginn in Kraft getretene "Steuerreform 2000". Das Aufkommen wird durch die Reform der Unternehmensbesteuerung um 17 Mrd. DM, durch die Reduktion der Einkommensteuersätze um 28 Mrd. DM verringert. Aufkommensmindernd wirkt sich im laufenden Jahre zudem aus, dass bei den Veranlagungssteuern – bedingt durch rückläufige Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Jahre 1999 – erheblich geringere Nachzahlungen anfallen. Diesen Ausfällen stehen Mehreinnahmen aus der weiteren Anhebung der Mineralöl- und der Stromsteuer im Rahmen der dritten Stufe der ökologischen Steuerreform (5 Mrd. DM) gegenüber. Insgesamt zeichnet sich ein Rückgang der Steuerquote um 1,3 Prozentpunkte auf 23,2 % ab. Im kommenden Jahr werden die Steuereinnahmen mit 5,8 % deutlich kräftiger

als das Bruttoinlandsprodukt expandieren; bei steigenden Einkommen und Gewinnen schlagen die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs und die weitere Anhebung der Ökosteuern aufkommenssteigernd zu Buche.

Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung wird in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils knapp 2½ % um jeweils ¾ Prozentpunkte schwächer zunehmen als die Bruttolöhne und -gehälter, da der Beitragssatz zur Rentenversicherung zu Jahresbeginn von 19,3 % auf 19,1 % reduziert wurde und im kommenden Jahr mit einer Senkung auf 19 % zu rechnen ist. Damit verringert sich die Belastung mit Sozialabgaben nur wenig – um 3 Mrd. DM in diesem Jahr bzw. um 1½ Mrd. DM im nächsten. Die Beitragssenkungen werden durch die im Rahmen der ökologischen Steuerreform aufgestockten Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung ermöglicht. Eine Reduzierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung ist nicht unterstellt; den sich durch die Besserung der Arbeitsmarktlage öffnenden Finanzierungsspielraum nutzt der Bund in diesem Jahr zumindest teilweise, um Ausgaben (Strukturanpassungsmaßnahmen, Programm zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen) auf die Arbeitslosenversicherung zu verlagern.

Die Steuer- und Sozialabgabenquote, die in den neunziger Jahren kräftig gestiegen war und im Vorjahr mit 43,2 % einen neuen Höchststand erreichte, sinkt in diesem Jahr vor allem steuerreformbedingt auf 41,7 %; für das nächste Jahr zeichnet sich eine leichte Zunahme ab.

Nachdem die öffentlichen Haushalte im vergangenen Jahr – bedingt durch die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen – erstmals seit 1989 einen Haushaltsüberschuss erzielten, werden sie 2001 wieder ein Defizit aufweisen. Es dürfte sich in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) auf 71,5 Mrd. DM bzw. auf 1,7 % des Bruttoinlandsprodukts belaufen und damit den – um die UMTS-Erlöse bereinigten – Fehlbetrag vom Vorjahr (41 Mrd. DM bzw. 1,0 % des Bruttoinlandsprodukts) übertreffen. Ausschlaggebend für den Anstieg des Defizits sind die steuerreformbedingten Ausfälle. Demgegenüber werden die öffentlichen Haushalte durch eine höhere Gewinnabführung der Bundesbank entlastet; sie beträgt 16,3 Mrd. DM in diesem Jahr, nach 7,6 Mrd. DM im Vorjahr. Im nächsten Jahr werden sich die Haushaltsfehlbeträge aufgrund der Fortsetzung des Konsolidierungskurses und infolge arbeitsmarktbedingter Entlastungen auf 52,5 Mrd. DM verringern; die Defizitquote liegt mit 1,2 % leicht über

¹² Die Investitionsquote sinkt entgegen den Ankündigungen im Stabilitätsprogramm selbst dann, wenn man die in diesem Programm anvisierte Entwicklung der öffentlichen Investitionen zugrunde legt, denn ihr Anstieg wird dort mit durchschnittlich 2 % nur halb so stark veranschlagt wie das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts. (Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung Oktober 2000, Volks- und Finanzwissenschaftliche Berichte, S. 23 und 30).

dem von der Bundesregierung im Stabilitätsprogramm anvisierten Zielwert von 1%. Die staatliche Schuldenquote wird 2001 auf 58,7 % und 2002 auf 58,4 % sinken; sie liegt dann erstmals seit 1996 unter 60 % und damit unter dem Referenzwert des Vertrags von Maastricht.

Zur Entwicklung in Ostdeutschland

Die ostdeutsche Wirtschaft hat im vergangenen Jahr trotz der kräftigen konjunkturellen Expansion in Deutschland erneut wenig Dynamik entwickelt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm um magere

1,1 % zu, im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) hingegen um 3,2 %. Damit blieben die neuen Länder das vierte Jahr in Folge beim Wirtschaftswachstum hinter den alten zurück, und die Schere in der Pro-Kopf-Produktion hat sich wieder vergrößert. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist auf rund 60 % des Niveaus im früheren Bundesgebiet gefallen, einen Stand, der schon Mitte der neunziger Jahre erreicht worden war (Tabelle 3.7). Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Abkühlung rechnen die Institute auch für den Prognosezeitraum nicht mit einer grundlegenden Besserung. So bleibt Unterbeschäftigung weit

Tabelle 3.7:
Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Westdeutschland = 100									
Bruttoinlandsprodukt (nominal) je Einwohner ¹⁾	33,1	41,2	50,9	57,3	59,7	61,7	61,8	61,2	61,4	60,4
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonst. Anlagen (nominal) je Einwohner ²⁾	62,3	76,1	98,6	106,2	105,9	105,7	103,1	96,5	94,9	87,2
Bauinvestitionen (nominal) je Einwohner ²⁾	70,3	103,1	131,0	164,1	175,7	180,7	172,8	153,2	147,3	134,7
Wohnbauten	45,8	61,7	81,2	110,0	131,2	143,2	140,7	121,4	115,3	102,7
Nichtwohnbauten	97,1	151,5	194,9	241,7	240,5	237,7	223,2	205,1	198,9	185,8
Kapitalstock je Einwohner ^{2) 3)}	44,3	47,6	51,2	54,8	58,4	62,0	65,5	68,4	70,7	72,5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ¹⁾	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,2	77,0	77,1
Arbeitsproduktivität ^{1) 4)}	41,9	52,0	60,4	64,5	65,1	67,2	68,0	67,8	68,2	69,3
Lohnstückkosten ^{1) 5)}	117,6	119,1	114,5	112,7	115,5	112,8	111,9	112,5	113,0	111,3
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Bevölkerung ¹⁾										
Ostdeutschland		-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4
Westdeutschland		1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,2
Erwerbstätige (Inland) ¹⁾										
Ostdeutschland		-12,4	-2,5	2,4	1,9	-0,7	-1,4	0,2	0,4	-1,5
Westdeutschland		0,8	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,0	1,1	1,2	2,1
Kapitalstock ^{2) 3)}										
Ostdeutschland		8,7	8,6	8,0	7,5	6,8	6,6	5,6	4,8	4,6
Ausrüstungen		17,6	15,8	14,5	12,6	11,4	10,7	8,2	6,9	6,5
Bauten		5,1	5,4	4,9	4,7	4,1	4,1	3,9	3,3	3,2
Westdeutschland		3,5	2,6	1,9	1,7	1,5	1,4	1,7	2,1	2,5
Ausrüstungen		4,4	2,8	1,5	1,1	0,9	1,0	1,6	2,3	2,6
Bauten		2,8	2,5	2,3	2,2	2,0	1,8	1,8	1,9	2,4

¹⁾ Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer und Berlin.–
²⁾ Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet.–
³⁾ Unternehmen ohne Wohnungsvermietung, in Preisen von 1991; VGR-Konzeption vor Einführung des ESVG 95.–
⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.– ⁵⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Investorenrechnung; Berechnungen der Institute.

verbreitet, und die Arbeitslosenquote ist mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern.

Diese Tatbestände sind enttäuschend. Positiv ist aber, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen leicht verbessert hat. Dazu trug – insbesondere im vergangenen Jahr – eine moderate Lohnentwicklung bei.

Im verarbeitenden Gewerbe hat die Wertschöpfung im vergangenen Jahr mit 8,3 % erneut stärker zugelegt als im früheren Bundesgebiet (5,5 %). Die Unternehmen aus Ostdeutschland konnten aufgrund ihrer gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit zunehmend auf den internationalen Märkten Fuß fassen und so am Exportboom teilhaben. Da die Produktivität in den Unternehmen schneller gestiegen ist als das Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten, sind die Lohnstückkosten gesunken, und auch die Ertragslage hat sich gebessert. Die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe liegen etwa auf dem Niveau im früheren Bundesgebiet. In diesem Wirtschaftsbereich ist der Aufholprozess weiter vorangekommen.

Die Dynamik in einzelnen Bereichen kommt gesamtwirtschaftlich jedoch nicht zum Tragen, solange die Bauwirtschaft und der Staatssektor so stark schrumpfen. Zwar ist der Beitrag des Baugewerbes zur Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft

inzwischen auf unter 10 % gefallen, aber der Rückgang im vergangenen Jahr mit einer fast zweistelligen Rate konnte selbst durch das kräftige Wachstum im verarbeitenden Gewerbe nicht aufgewogen werden.

Auch im Prognosezeitraum reicht die Eigendynamik der ostdeutschen Wirtschaft nicht aus, um den Aufholprozess gesamtwirtschaftlich wieder in Gang zu setzen. Ostdeutschland kann noch nicht auf Förderung verzichten.¹³ Letztlich müssen dabei die Wachstumskräfte im Mittelpunkt stehen. Deshalb darf auch in Ostdeutschland der Pfad des moderaten Lohnanstiegs nicht verlassen werden.

Eine moderate Lohnentwicklung ist insbesondere auch für den öffentlichen Dienst erforderlich, um den Spielraum der ostdeutschen Länder und Gemeinden zur Finanzierung der Infrastruktur zu erhöhen. Auch würde die von den Instituten wiederholt geforderte Infrastrukturoffensive dazu beitragen, das Umfeld für Produktivitätsfortschritte und so die Standortqualität Ostdeutschlands zu verbessern. Allerdings muss institutionell gesichert sein, dass die den Ländern und Gemeinden gewährte finanzielle Hilfe zum Ausbau der Infrastruktur auch in die geplanten investiven Verwendungen fließt.

4. Zur Wirtschaftspolitik

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland ist zu Ende gegangen. Die hohe Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Jahr, die merklich über dem mittelfristigen Trend lag, wird im Prognosezeitraum nicht erreicht werden; dasselbe gilt für den Euroraum. Ob daraus ein wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf abzuleiten ist, hängt vor allem von dem Urteil darüber ab, was die Ursachen für die konjunkturelle Abkühlung sind, wie sich die Wirtschaft in absehbarer Zeit entwickeln wird und wie der aktuelle Kurs der Wirtschaftspolitik einzuschätzen ist.

Im Jahre 2000 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt sowohl in Deutschland als auch im Euroraum mit der höchsten Rate seit rund einer Dekade zu. Dies war wesentlich durch eine kräftige Expansion der Weltkonjunktur begünstigt. Allerdings war nicht damit zu rechnen, dass die Weltwirtschaft auf Dauer in diesem hohen Tempo – die Produktion nahm rascher zu als jemals in den vergangenen 15 Jahren – wachsen würde. Insbesondere wäre es in den USA bei anhaltend hoher Überauslastung der Kapazitäten zu inflationären Span-

nungen gekommen, die über eine geldpolitische Restriktion wahrscheinlich eine ausgeprägte Rezession nach sich gezogen hätten. Neben der Weltkonjunktur hat ein weiterer Faktor die Exporte begünstigt, der nicht als nachhaltig bezeichnet werden kann: Die Abwertung des Euro hat sowohl in Deutschland als auch im Euroraum zu dem ungewöhnlich kräftigen Exportboom beigetragen. Es war nicht zu erwarten – und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht auch nicht erwünscht –, dass der Euro weiter abwerten würde. Tatsächlich hat er sich seit Herbst des vergangenen Jahres etwas erholt.

Nachdem die Impulse seitens der Weltkonjunktur und des Wechselkurses nachgelassen hatten, war ein Abflachen der Konjunktur auch in Deutschland unausweichlich. Ähnlich wie zur Zeit der Asienkrise kann sich die deutsche Wirtschaft den Einflüssen der Weltkonjunktur nicht entziehen. Doch obwohl die Landung der Konjunktur in

¹³ Vgl. das Herbstgutachten 2000 der Institute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, Oktober 2000.

den USA nun härter ausfällt als erwartet und dadurch auch die Entwicklung in anderen Regionen der Welt beeinträchtigt wird, ist ein markanter Abschwung hier zu Lande wenig wahrscheinlich. Nach Einschätzung der Institute wird sich die Produktion etwa im Ausmaß des Trendwachstums erhöhen; die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden in diesem wie im kommenden Jahr also ähnlich ausgelastet sein wie im langjährigen Durchschnitt. Auch wenn eine deutlichere Abschwächung nicht ausgeschlossen werden kann, ist eine Rezession aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Dafür spricht schon die Tatsache, dass die Wirtschaftspolitik weder in Deutschland noch im Euroraum restriktiv ausgerichtet ist. Vielmehr wird die Konjunktur in diesem Jahr sowohl von den monetären Rahmenbedingungen als auch von der Finanzpolitik angeregt; zudem verhält sich die Lohnpolitik stabilitätsgerecht. Auch aus diesen Gründen besteht kein Anlass für die Wirtschaftspolitik, in Aktionismus zu verfallen.

Die Wirtschaftspolitik sollte in allen Bereichen auf einem mittelfristig orientierten Kurs bleiben, der das Wirtschaftswachstum stärkt und die Arbeitslosigkeit verringert. Die Lohnpolitik hat in den vergangenen Jahren wesentlich zu den Beschäftigungserfolgen beigetragen; dies gilt sowohl für Deutschland als auch für den Euroraum insgesamt. So sind die Lohnanhebungen über mehrere Jahre fast ausnahmslos hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückgeblieben. Dies ist ein Grund dafür, dass das Potentialwachstum derzeit größer sein dürfte als Mitte der neunziger Jahre. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass es nach dem Ölpreisschock nicht zu höheren Lohnabschlüssen gekommen ist, der durch die Verschlechterung der Terms of Trade bedingte Realinkommensverlust also hingenommen wurde. Anders als in vergleichbaren Phasen in der Vergangenheit blieben Verteilungskonflikte aus. Dies hat es der EZB ermöglicht, ihr Stabilitätsziel mit niedrigeren Zinsen zu verfolgen, als es sonst der Fall gewesen wäre; damit wurde die Konjunktur gestützt.

Eine Fortsetzung des moderaten Kurses in der Lohnpolitik liegt daher im Interesse aller Beteiligten. Es wäre hilfreich, wenn bald absehbar wäre, dass es in den kommenden Jahren bei dem moderaten Kurs bleibt. Die Tarifparteien müssten verbindlich erklären, sich bei den Tarifabschlüssen auf Dauer an der Produktivität zu orientieren, wobei die Höhe der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen ist. Dies ist der Kern, um den es beim „Bündnis für Arbeit“ gehen muss; andernfalls hätte diese

Institution keinen Sinn. Eine solche Vereinbarung hätte einen Vorteil, insbesondere wenn sie auf den Euroraum insgesamt ausstrahlen würde: Die EZB könnte stärker darauf vertrauen, dass die Preisstabilität von dieser Seite nicht beeinträchtigt wird; sie brauchte also nicht präventiv die Geldpolitik unnötig zu straffen.

Es ist daher wichtig, eine Beschleunigung des Lohnanstiegs zu vermeiden. In Deutschland laufen im kommenden Jahr für die meisten Bereiche der Wirtschaft die Tarifverträge aus. Die jüngste Diskussion über Nachschlagsforderungen und die Ankündigung einer „harten Lohnrunde 2002“ sind für Konjunktur und Beschäftigung kontraproduktiv. Auch sollte vermieden werden, dass die geplante Reform der Rentenversicherung zu höheren Tariflöhnen führt. Die darin vorgesehene private Vorsorge dient den Einkommen der Arbeitnehmer in der Zukunft. Der Versuch, den mittelfristig mit der höheren Ersparnis verbundenen Konsumverzicht über höhere Löhne auszugleichen, würde zweifellos zu Lasten der Beschäftigung gehen.

Gegenwärtig wird kontrovers diskutiert, wie die Finanzpolitik auf die konjunkturelle Abschwächung reagieren soll. Die Institute plädieren wie in früheren Gutachten dafür, dass die automatischen Stabilisatoren der Finanzpolitik wirken sollen. Das bedeutet zum einen, dass es nun nicht um zusätzliche Ausgabenprogramme gehen kann, etwa um die Nachfrage zu stimulieren. Zum anderen besteht aber auch kein Anlass, jetzt vermehrt zu sparen oder Abgaben zu erhöhen, weil die Defizite in den öffentlichen Haushalten konjunkturbedingt höher ausfallen, als noch vor einigen Monaten erwartet worden war.

Der längerfristig angelegte Konsolidierungskurs in der Finanzpolitik sollte fortgesetzt werden. Die Bundesregierung hat sich ebenso wie die anderen Regierungen der EWU-Länder verpflichtet, die öffentlichen Haushalte mittelfristig auszugleichen; mehrere Mitgliedstaaten weisen bereits im laufenden Jahr ein ausgeglichenes Budget oder sogar einen Überschuss auf. Um das Ziel des ausgeglichenen Haushalts zu erreichen, plant die Bundesregierung eine erhebliche Rückführung der Staatsquote. Dies ist zur Senkung der Haushaltsfehlbeträge und zur Finanzierung der Steuerentlastungen – der Fahrplan steht hier für die kommenden Jahre mehr oder weniger fest – auch erforderlich. Es wäre für die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik schädlich, wenn diese mittelfristigen Ziele nicht erreicht würden.

Gegen das Ziel der Haushaltskonsolidierung wird vielfach eingewendet, sie beeinträchtige die

Wachstumskräfte der Wirtschaft, da die Begrenzung der Ausgaben zu Lasten der öffentlichen Investitionen gehe. Dies ist aber alles andere als zwangsläufig. Die Regierungen sollen vielmehr, so die „Grundlinien zur Wirtschaftspolitik“ der Europäischen Union, die Struktur der öffentlichen Ausgaben zugunsten der Investitionen ändern. Dies ist im Sinne einer Wachstumspolitik sinnvoll, denn die Erfahrung zeigt, dass die Wachstumskräfte eher gestärkt werden, wenn im Zuge der Konsolidierung der Anteil der öffentlichen Investitionen zunimmt. Die Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften in Deutschland entspricht diesem Ziel seit geraumer Zeit nicht. In den kommenden Jahren ist sogar ein Rückgang der öffentlichen Investitionen (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) angelegt. Dies geht zu Lasten des Potentialwachstums in Deutschland, und es beeinträchtigt insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland.

Die Europäische Zentralbank hat noch nicht auf die Verschlechterung der konjunkturellen Aussichten reagiert, sondern die Leitzinsen unverändert gelassen. Dies ist sowohl vor dem Hintergrund der geldpolitischen Strategie der EZB als auch der Indikatoren zur Konjunktur- und Preisentwicklung nachvollziehbar. So verfolgt die EZB keine ausdrückliche Konjunkturorientierung wie etwa die amerikanische Notenbank. Abgesehen davon schwächt sich die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum offenbar sehr viel weniger ab als in den USA. Auch signalisieren die beiden Säulen der geldpolitischen Strategie nicht eindeutig, dass eine Lockerung der Politik unbedingt erforderlich ist. So stieg die Geldmenge M3 lange Zeit schneller als im Referenzwert vorgesehen, und die Inflation im Euroraum blieb bis zuletzt höher als 2 % und auch höher, als vielfach erwartet worden war. Dies dürfte der wesentliche Grund dafür gewesen sein, dass die EZB bislang die Geldpolitik nicht gelockert hat.

Die Institute erwarten, dass die EZB die Leitzinsen recht bald senken wird, und zwar um einen halben Prozentpunkt. Ein solcher Schritt ist aus heutiger Sicht gerechtfertigt. So hat sich die Expansion der Geldmenge seit einiger Zeit verlangsamt, der Referenzwert der EZB ist annähernd erreicht. In den kommenden Monaten ist vor dem Hintergrund der konjunkturellen Abschwächung kaum damit zu rechnen, dass die Geldnachfrage beschleunigt steigt. Ferner ist es wahrscheinlich, dass sich die Inflation im Euroraum im Laufe dieses Jahres zurückbildet und im Jahre 2002 unter die Obergrenze von 2 % sinken wird. Diese Perspektive dürfte sich auch im Rahmen der Inflati-

onsprognose der EZB ergeben, der zweiten Säule der geldpolitischen Strategie also. So rechnete die Notenbank noch im Dezember des vergangenen Jahres, als die Projektionen erstmals veröffentlicht wurden, für das Jahr 2002 mit einer Rate von rund 2 %, allerdings unter der Prämisse eines anhaltend kräftigen Aufschwungs im Euroraum. Als Folge der Abkühlung der Konjunktur dürften sich die Perspektiven für die Preisentwicklung etwas günstiger darstellen als in der Projektion vom Dezember 2000.

Bei der weiteren Politik sollte sich die EZB eng an dem Rahmen orientieren, der durch die beiden Säulen der geldpolitischen Strategie vorgegeben wird. Diese Strategie hat sich in der kurzen Geschichte der Europäischen Währungsunion durchaus bewährt, und es besteht nach Ansicht der Institute kein Grund, davon abzurücken. Im Interesse der Reputation der EZB ist es wünschenswert, dass die Geldmenge in diesem Jahr nicht wie in den beiden Vorjahren stärker zunimmt, als es mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar ist. Die Einhaltung des Stabilitätsziels ist die zentrale Aufgabe der EZB. Durch ihre Politik muss sie sicherstellen, dass die Inflationsrate im Euroraum nicht nachhaltig über der vorgegebenen Obergrenze von 2 % liegt.

Finanzpolitik

Aufgrund der Steuerreform gehen von der Finanzpolitik in diesem Jahr erhebliche Impulse für die Konjunktur aus. Die (um die UMTS-Erlöse bereinigte) gesamtstaatliche Defizitquote steigt von 1,0 % im vergangenen Jahr auf 1,7 % in diesem Jahr. Auch wenn sich das Defizit damit deutlich erhöht, so ist darin keine generelle Abkehr vom Konsolidierungskurs zu sehen. Nach der Prognose der Institute wird die Defizitquote im nächsten Jahr auf 1,2 % sinken (Tabelle 4.1). Die Finanzpolitik wirkt sich dann wieder leicht restriktiv auf die Konjunktur aus.

Die Prognose des Budgetdefizits birgt derzeit aber besondere Risiken. Neben den Konjunkturrisiken gibt es erhebliche Unsicherheiten bei der Abschätzung der Mindereinnahmen infolge der „Steuerreform 2000“. Unsicherheiten gibt es aber auch auf der Ausgabenseite. So könnten u. a. die aus BSE sowie Maul- und Klauenseuche resultierenden Mehrausgaben höher werden als hier unterstellt. Aber selbst wenn die hier geschätzten Defizitquoten erreicht werden, sind sie um jeweils 0,2 Prozentpunkte höher als in dem im Herbst 2000 aktualisierten Stabilitätsprogramm der Bundesregierung für 2001 und 2002 vorgesehen (Tabelle 4.2). Der beim gesamtstaatlichen Haushalt im Jahre

Tabelle 4.1:
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren 1991 bis 2002
- in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts -

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Schulden-stand ¹⁾	Nachricht-lich: Zins/Steuer-Quote ²⁾
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen			
1991	44,1	22,4	17,2	47,1	2,8	2,7	-3,0	40,4	12,7
1992	45,5	22,8	17,6	48,1	3,3	2,9	-2,5	43,1	14,3
1993	46,1	22,9	18,2	49,3	3,4	2,8	-3,1	47,1	14,6
1994	46,5	22,9	18,6	49,0	3,3	2,7	-2,4	49,4	14,6
1995 ³⁾	45,9	22,5	18,8	49,3	3,7	2,3	-3,3	57,1	16,3
1996	46,8	22,9	19,4	50,3	3,7	2,1	-3,4	59,8	16,1
1997	46,5	22,6	19,6	49,2	3,6	1,9	-2,7	60,9	16,1
1998	46,6	23,0	19,2	48,6	3,6	1,8	-2,1	60,7	15,6
1999	47,2	24,1	18,9	48,6	3,5	1,8	-1,4	61,1	14,7
2000	47,0	24,5	18,7	48,1 ⁴⁾	3,3	1,8	-1,0 ⁴⁾	60,3	13,5
2001	45,7	23,2	18,5	47,4	3,2	1,7	-1,7	58,7	13,9
2002	45,9	23,8	18,3	47,2	3,2	1,7	-1,2	58,4	13,5

¹⁾ Verschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.- ²⁾ Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.- ³⁾ Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (233,9 Mrd. DM).- ⁴⁾ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (99,4 Mrd. DM).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.

Tabelle 4.2:
Stabilitätsprogramm der Bundesregierung¹⁾

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	in % des Bruttoinlandsprodukts					
Staatsquote	48,6	48	46½	45½	44½	44
Einnahmenquote	47,2	47	45	44½	44	44
dar.: Steuerquote	24,1	24½	23	23½	23	23½
Sozialbeitragsquote	18,9	18½	18	17½	17½	17
Abgabenquote	43,1	43	41	41	40½	40½
Defizitquote	-1,4	-1	-1½	-1	-½	0
Schuldenquote	61,1	60	58	57½	56½	54½
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Nachr.: Reales BIP	1,6	2¼	2¼	2½	2½	2½
BIP-Deflator	0,9	½	1½	1½	1½	1½
Nominales BIP	2,5	3¼	4¼	4	4	4

¹⁾ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen; Stand September 2000.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2004 und beim Bundeshaushalt im Jahre 2006 vorgesehene Budgetausgleich würde angesichts des etwas höheren Ausgangsniveaus nur dann erreicht, wenn die Konsolidierungsbemühungen intensiviert werden.

Ein wichtiger Grund für das im Vergleich zum Stabilitätsprogramm höhere Defizit ist die schwä-

chere gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Im Defizit spiegeln sich auch die im öffentlichen Finanzsystem enthaltenen automatischen Stabilisatoren auf der Einnahmen- und Ausgabenseite wider. Ein Versuch der Finanzpolitik, die konjunkturbedingten Belastungen für das Budget aufzufangen, indem sie Abgaben erhöht oder Ausgaben kürzt,

würde die Konjunktur zusätzlich schwächen. Deshalb halten es die Institute für falsch, auf die höheren Defizitschätzungen etwa mit einem Haushalts-sicherungsgesetz zu reagieren.

Ein weiterer Grund für das im Vergleich zum Stabilitätsprogramm höhere Defizit ist der strukturell stärkere Anstieg der Ausgaben. Die Senkung der Staatsquote fällt im Prognosezeitraum deutlich geringer aus als dies im Stabilitätsprogramm geplant ist. Der (um die UMTS-Erlöse bereinigte) Anstieg der Staatsausgaben ist nach der Schätzung der Institute in den Jahren 2001 und 2002 um jeweils $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte höher als im Stabilitätsprogramm vorgesehen. Dies erklärt – rein rechnerisch – etwa die Hälfte der Differenz zwischen der hier für das Jahr 2002 prognostizierten Staatsquote und der Quote im Stabilitätsprogramm. Die andere Hälfte der Abweichung resultiert daraus, dass der Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts, also der Bezugsgröße, deutlich geringer ausfällt als im Stabilitätsprogramm unterstellt.

Damit stellt sich die Frage, ob und wie die Finanzpolitik auf die sich gegenwärtig abzeichnenden Abweichungen vom Stabilitätsprogramm bei der Staatsquote und bei der Abgabenquote reagieren soll. Im Hinblick auf die nächste Aktualisierung des Stabilitätsprogramms muss den veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Generell sollte aber das Konzept der finanzpolitischen Konsolidierung neu definiert werden. Bislang ist die Finanzpolitik zu einseitig am Abbau des Budgetdefizits ausgerichtet. Dabei besteht die Gefahr, dass es – wie zur Zeit – aufgrund überraschender Veränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu Abweichungen kommt, die dann, wenn ihre Ursachen der Öffentlichkeit nicht entsprechend erläutert werden, das Vertrauen in die mittelfristige Haushaltskonsolidierung gefährden.

Bei der Aktualisierung des Stabilitätsprogramms ist die veränderte mittelfristige Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zugrunde zu legen. Das reale Trendwachstum der Gesamtwirtschaft ist mit reichlich 2 % zu veranschlagen und die mittelfristige gesamtwirtschaftliche Preissteigerungsrate (BIP-Deflator) mit reichlich 1 %. Dies ergibt einen (trendmäßigen) Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts von $3\frac{1}{2}$ %; das ist etwas weniger als im derzeitigen Stabilitätsprogramm unterstellt. Damit sind mittelfristig weniger Staatseinnahmen, aber auch weniger Staatsausgaben zu erwarten. Falls der Staat nicht von dem Ziel einer Rückführung der Abgabenquote und auch nicht wesentlich von dem Zeitpfad

für den mittelfristigen Budgetausgleich abrückt, muss auch der Anstieg der nominalen Staatsausgaben im Stabilitätsprogramm für die nächsten Jahre niedriger als die vorgesehenen 2 % angesetzt werden. Dies bedeutet nicht, dass der Ausgabenpfad für die realen Staatsausgaben gesenkt werden muss, denn bei einem – im Vergleich zum Stabilitätsprogramm – geringeren allgemeinen Preisanstieg steigen auch die Preise für die vom Staat bereitgestellten Güter und Leistungen entsprechend langsamer als dort implizit unterstellt.

Die Institute schlagen ein Konzept der Haushaltskonsolidierung vor, bei dem sich die Finanzpolitik an einem mittelfristig festgelegten Ausgabenpfad orientiert. Um diesen nicht zu gefährden, darf der Staat zusätzlichen Ausgabenwünschen nur nachgeben, wenn gleichzeitig Einsparungen an anderer Stelle vorgeschlagen und auch akzeptiert werden. Eine derartige Regelbindung der Haushaltspolitik ist in den USA mit dem „Budget Enforcement Act“, wo ein solcher Pfad für die konsumtiven Ausgaben festgelegt wurde, erfolgreich praktiziert worden. Dabei wurde für die jährlich zu bewilligenden Ausgaben eine Obergrenze vorgegeben; bei einer drohenden Überschreitung müssen Kürzungen bei anderen Ausgaben vorgenommen werden. Auf diese Weise ist der Ausgabenanstieg gebremst worden. Die konjunkturbedingten Mehreinnahmen konnten dann zum Abbau des Budgetdefizits und später zum Schuldenabbau verwendet werden. Mit entsprechenden Vorkehrungen würde auch in Deutschland der mittelfristig vorgesehene Budgetausgleich erleichtert.

Neben der „quantitativen Haushaltskonsolidierung“ sollte in Zukunft mehr auf die „qualitative Haushaltskonsolidierung“ geachtet werden. Darunter ist zu verstehen, dass zum einen die Abgabenquote weiter sinkt, insbesondere für den nach wie vor hoch belasteten Faktor Arbeit, und dass zum anderen die aus wachstumspolitischer Sicht besonders wichtigen investiven Ausgaben stärker ausgeweitet werden. Seit längerem geht nämlich der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt und auch an den gesamten Staatsausgaben zurück. Nach der Prognose der Institute beträgt im Jahre 2002 der Anteil der öffentlichen Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt nur noch 1,7 % und der Anteil an den Staatsausgaben 3,6 %. Diese Anteile sind deutlich niedriger als Mitte der neunziger Jahre; im Jahre 1994 lagen sie bei 2,7 % bzw. 5,4 %. Da inzwischen die Abschreibungen auf öffentliche Anlagen ähnlich hoch sind wie die Bruttoinvestitionen, reichen die öffentlichen Investitionen derzeit lediglich aus, den

Infrastrukturbestand zu erhalten. Da aber die gesamtwirtschaftliche Produktion und das Realeinkommen der Bevölkerung weiter steigen, resultiert daraus eine Senkung des Infrastrukturangebots je Einheit des Bruttoinlandsproduktes. Eine derartige Entwicklung führt früher oder später zu Infrastrukturengpässen mit entsprechend negativen Wirkungen auf das Wachstum.

Bei der Bewertung der staatlichen Investitionen ist allerdings zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren infolge von Privatisierungen Investitionen aus dem öffentlichen Sektor in den Unternehmenssektor verlagert wurden, so dass die tatsächliche Investitionsentwicklung in den einzelnen Infrastrukturbereichen vermutlich günstiger war und die Investitionsausgaben im öffentlichen Sektor die tatsächlichen Infrastrukturinvestitionen unterschätzen. Auch wenn durch diese Verlagerungen die Analyse des Infrastrukturangebots erschwert wird, dürfte die Folgerung, dass ohne eine verstärkte „qualitative Konsolidierung“ in Zukunft zunehmend Engpässe in wichtigen Infrastrukturbereichen auftreten werden, dennoch gültig sein.¹⁴

Zur Finanzpolitik im Euroraum

Da in mehreren Ländern des Euroraums die Steuern gesenkt werden, gehen von der Finanzpolitik in diesem Jahr positive Impulse auf die Konjunktur im Euroraum aus. Mit der erstmals wieder expansiveren Finanzpolitik verändert sich auch der Policy-Mix zwischen Finanzpolitik und Geldpolitik im Euroraum, und es ist notwendig, die gegenseitigen Abhängigkeiten dieser beiden Politikbereiche zu betrachten. Generell gilt, dass die EZB die Zinsen um so weniger senken muss, je mehr die Finanzpolitik im Durchschnitt der Euroländer der Abschwächung der EWU-Konjunktur entgegenwirkt, und umgekehrt können bei einem restriktiven finanzpolitischen Kurs, der die gesamtwirtschaftliche Auslastung und damit die Inflationsrate im Euroraum senkt, die Leitzinsen niedriger sein. Dieser Zusammenhang ergibt sich jedenfalls aus dem geldpolitischen Konzept der EZB. Danach ist eine Zinssenkung erforderlich, wenn sich bei einer Abschwächung der Konjunktur oder deflatorischen Tendenzen das Geldmengenwachstum entsprechend verlangsamt und unter den Refe-

renzwert zu sinken droht. Da bei einer expansiven Finanzpolitik der Konjunkturabschwung gemildert wird, werden auch das Geldmengenwachstum und der Preisanstieg weniger zurückgehen als bei einer neutralen oder restriktiven Finanzpolitik, so dass die Zinsen weniger gesenkt werden müssen. Würde – anders als in den Stabilitätsprogrammen vorgesehen – in Zukunft bei hoher gesamtwirtschaftlicher Auslastung die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet bleiben und Inflationsrisiken hervorrufen, müsste die EZB entsprechend ihrem Auftrag und ihrem Konzept die Zinsen erhöhen.

Neben der Frage der finanzpolitischen Ausrichtung im Durchschnitt der Länder im Euroraum ist auch zu klären, welchen Spielraum die einzelnen Länder bei der Gestaltung ihrer Finanzpolitik haben sollten. In jüngster Zeit ist die Finanzpolitik insbesondere in Irland als zu expansiv kritisiert worden. Irland hat ein – im Vergleich zum Durchschnitt des Euroraums – überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum und eine überdurchschnittlich hohe Inflationsrate. Gleichzeitig weist der öffentliche Haushalt einen erheblichen Überschuss auf; im Jahre 2000 betrug er 4,5 % des Bruttoinlandsproduktes. Er verringert sich jetzt allerdings auf etwa 4 %, insbesondere weil die Steuern gesenkt wurden. Darin sieht die EU-Kommission angesichts der ohnehin schon relativ hohen Inflationsrate eine zu expansive Ausrichtung der Finanzpolitik.

Bei der Beurteilung der Situation in Irland sind allerdings verschiedene Besonderheiten zu berücksichtigen: Die Inflationsrate dürfte dort schon aus strukturellen Gründen höher sein als im Durchschnitt des Euroraums.¹⁵ Aber auch wenn – was zu vermuten ist – die aktuelle Situation in Irland durch eine konjunkturelle Überhitzung gekennzeichnet ist, wäre zu klären, welcher Anpassungsprozess für Irland angemessen ist. Wird die Inflationsbekämpfung – wie von der EU-Kommission vorgeschlagen – über eine restriktive Finanzpolitik durchgeführt, dann sinkt die Inlandsnachfrage, während die Exportnachfrage relativ kräftig bleibt. Ist dagegen die Finanzpolitik (gemessen am strukturellen Budgetsaldo) neutral, dann führen die höheren Preissteigerungen in Irland zu einem

¹⁴ Vgl. Infrastrukturelle Nachholbedarfe Ostdeutschlands. Zusammenfassung der Gutachten der folgenden Institute: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Institut für Ländliche Strukturforchung, Frankfurt/Main; Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Wirtschaftsforschung Halle und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.
www.rwi-essen.de/presse/fg/finanzen/soli-2.pdf

¹⁵ Dies ist der so genannte Balassa-Samuelson-Effekt: In Ländern, welche wirtschaftlich gegenüber den übrigen Ländern aufholen, steigen die Löhne in der Exportwirtschaft wegen des hohen Produktivitätsfortschritts rasch. Sie beeinflussen auch die Lohnentwicklung in denjenigen Sektoren, die nicht oder weniger dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Da dort der Produktivitätsfortschritt geringer ist, steigt das gesamtwirtschaftliche Preisniveau im Verlauf dieses Aufholprozesses schneller als in den „reiferen“ Volkswirtschaften.

Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und zu einer Exportdämpfung, die in der Folge die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auch die Inflationsrate senkt. Die überdurchschnittlich hohe Inflationsrate wird bei diesem Anpassungsprozess also entsprechend akzeptiert. Während die Rückkehr zum gleichgewichtigen Wachstum mit Hilfe einer restriktiven Finanzpolitik die Anpassungskosten einseitig der Inlandsnachfrage aufbürdet, sind bei diesem zweiten Anpassungsweg die Exporte einbezogen. Die Regierung Irlands versucht allerdings, die Anpassung über einen „dritten Weg“ zu erreichen. Sie will über eine Steuersenkung eine moderate Lohnpolitik „erkaufen“, um auf diese Weise die Preisstabilität wieder herzustellen. Diese Art der Einkommenspolitik wird aber auf Dauer nicht durchzuhalten sein, so dass die Beseitigung der Überauslastung der Kapazitäten letztlich eine reale Aufwertung, also temporär höhere Lohn- und Preissteigerungen, erforderlich machen dürfte.

Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank steht in der nächsten Zeit angesichts der schwächeren Konjunktur und des anhaltend kräftigen Preisanstiegs vor schwierigen Entscheidungen. Bis zum Herbst vergangenen Jahres hatte sie die Leitzinsen deutlich angehoben. Ein wesentlicher Grund dafür war die außerordentlich kräftige Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Euroraum, die aus der Sicht der EZB mit einer erheblichen Erhöhung der Inflationsrisiken einherging. Hinzu kam, dass durch das Anziehen der Weltmarktpreise für Rohöl und die anhaltende Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar der Preisauftrieb im Euroraum von außenwirtschaftlicher Seite beträchtlich beschleunigt wurde. Mit den verschlechterten Konjunkturaussichten in der EWU und der raschen Lockerung des geldpolitischen Kurses in den USA stellt sich die Frage nach einer Zinswende auch für den Euroraum. Ob die Zeit hierfür jetzt schon gekommen ist, bedarf einer gründlichen Abwägung. Dabei werden in der öffentlichen Diskussion immer wieder Argumente für oder gegen Zinsschritte angeführt, die sich bei näherer Betrachtung als nicht stichhaltig erweisen.

So sollte die Zinswende der amerikanischen Notenbank per se keine Rolle für die geldpolitischen Beschlüsse der Europäischen Zentralbank spielen. Weder muss sie zwangsläufig die Zinssenkungen in den USA nachvollziehen, noch muss sie die Zinsen nur deshalb unverändert lassen, weil

sie ihre Unabhängigkeit von der Fed „beweisen“ will. Entscheidend ist die Wahrung der Preisstabilität im Euroraum. Beschlüsse anderer Notenbanken sind nur insofern von Bedeutung, als sie sich auf die Teuerung im Euroraum auswirken können. Eine Leitzinssenkung in den USA könnte ein Argument für eine Zinssenkung im Euroraum sein, wenn wegen der verringerten Zinsdifferenz der Euro gegenüber dem Dollar an Wert gewinnen würde. Bisher ist dieser Effekt nicht eingetreten. Mithin ist die geldpolitische Lockerung der amerikanischen Notenbank kein Argument für entsprechende Schritte der EZB.

Ein anderes untaugliches Argument, diesmal gegen Zinssenkungen, sind Inflationsdifferenzen innerhalb des Euroraums. Ohne Zweifel ist Preisstabilität nicht in allen Ländern des Euroraums gegeben. Namentlich in Irland und den Niederlanden sind die Inflationsraten sehr hoch. Gleichwohl spricht dies nicht gegen niedrigere Leitzinsen, solange die Preisstabilität im Euroraum insgesamt gewahrt bleibt. Geldpolitik ist gesamtwirtschaftliche Politik. Regionale Gesichtspunkte können und dürfen keine Rolle spielen. Bedenklich wäre, wenn die Stimmenverhältnisse im EZB-Rat, die den Zentralbanken der kleineren Länder einen über ihren Anteil an der Wirtschaftsleistung des Euroraums hinausgehenden Einfluss zubilligen, zu einer entsprechend stärkeren Berücksichtigung der Preisentwicklung in ihren Ländern führte. In der gegenwärtigen Situation würde es dann für den Euroraum insgesamt zu einer zu restriktiven Geldpolitik kommen.

Um Konsistenz mit früheren Entscheidungen und damit Glaubwürdigkeit zu wahren, sollte sich die EZB vielmehr weiterhin allein auf ihre Zwei-Säulen-Strategie stützen. Zum einen orientiert sie sich an einem Referenzwert für die Geldmengenentwicklung. Zum anderen verwendet sie ein breites Bündel von Indikatoren, um die künftige Entwicklung der Inflation abzuschätzen; in den im Dezember vorigen Jahres erstmals veröffentlichten Projektionen hat sie diesen Ansatz ausführlich dargestellt. Beide Säulen deuten darauf hin, dass sich die Gefahren für die Preisstabilität im Prognosezeitraum wohl verringern werden.

Die Expansion der Geldmenge M3 hat sich, auch unter dem Einfluss der Zinserhöhungen des vergangenen Jahres, deutlich abgeschwächt und lag zuletzt mit 4,7 % (Vorjahrsvergleich) unter dem Wert von 5 %, der nach Ansicht der Institute mittelfristig mit Preisstabilität vereinbar ist. Ein länger anhaltendes reales Geldmengenwachstum in der derzeit gemessenen Größenordnung impliziert, dass

sich die Konjunktur abschwächt. Damit wird die Geldnachfrage in nächster Zeit langsamer steigen und die Expansion der Geldmenge unter das stabilitätsgerechte Maß sinken. Um dem vorzubeugen, ist eine geldpolitische Lockerung gerechtfertigt.

Für die zweite Säule ist zum einen von Bedeutung, dass mit der erwarteten konjunkturellen Abkühlung bis ins kommende Jahr nicht die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung verbunden ist. Darüber hinaus wirken die Stabilisierung des Rohölpreises und – wie unterstellt – eine leichte effektive Aufwertung des Euro dämpfend auf den Preisauftrieb. Vor allem aber rechnen die Institute damit, dass die Lohnsteigerungen im Euroraum weiterhin moderat bleiben und die Lohnstückkosten nur wenig höher sein werden. Daher signalisiert auch die zweite Säule eine Abnahme der Stabilitätsrisiken.

Es gibt allerdings Gründe, die zur Vorsicht mahnen. So hat sich die Inflation im Euroraum in den vergangenen Monaten erheblich weniger verringert, als vielfach erwartet worden war. Im Februar übertraf sie mit einer Rate von 2,6 % die von der EZB gesetzte Obergrenze von 2 % immer noch deutlich. Auch für die kommenden Monate ist nicht zuletzt angesichts der Sonderentwicklung bei den Nahrungsmittelpreisen ungewiss, ob bereits mit einer deutlichen Verlangsamung des Anstiegs des HVPI gerechnet werden kann. Ein temporärer Preisschub durch die Energie- und die Nahrungsmittelverteuerung wäre unbedenklich, wenn nicht die Gefahr bestünde, dass die dadurch entstandenen Realeinkommensverluste im Zuge künftiger Lohnverhandlungen korrigiert würden. Die Lohnsteigerungen im Euroraum würden dann weniger moderat ausfallen als in dieser Prognose unterstellt, und die Preisschübe bei Energie und Nahrungsmitteln würden über derartige „Zweitrunderffekte“ in eine dauerhafte Beschleunigung der Inflation münden. Dies darf nicht geschehen, denn um ihr stabilitätspolitisches Ziel zu erreichen, muss die EZB dafür sorgen, dass sich die Inflationsrate in absehbarer Zeit wieder abschwächt und unter die 2-Prozent-Marke zurückgeht. Um kein falsches Signal für die Preisstabilität zu geben, kann daher die monetäre Lockerung zurzeit nur geringfügig ausfallen. Die Institute halten eine Senkung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte für gerechtfertigt.

Im Dezember 2000 hat die EZB begonnen, zur Verdeutlichung der zweiten Säule ihrer geldpolitischen Strategie so genannte Projektionen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Inflation im Euroraum zu veröffentlichen. Diese Projektionen werden unter der Annahme abgeleitet, dass die Zinsen im betreffenden Zeitraum nicht

verändert werden; mögliche Reaktionen der Geldpolitik und ihre Wirkungen bleiben somit unberücksichtigt. Für die projizierten Größen werden ferner keine Punktschätzungen angegeben, sondern Bandbreiten. Dadurch soll die Unsicherheit der Projektion verdeutlicht werden.

Generell können solche Projektionen dazu dienen, die Transparenz und Glaubwürdigkeit der Geldpolitik zu erhöhen, auf die Inflationserwartungen Einfluss zu nehmen und auf ein stabilitätskonformes Verhalten anderer wirtschaftspolitischer Instanzen hinzuwirken. Insofern ist die Veröffentlichung der Projektionen zu begrüßen.

Sie sind allerdings nicht in mechanistischer Weise zu interpretieren; darauf haben die Institute schon im Herbstgutachten 2000 hingewiesen. Eine Änderung der Leitzinsen folgt also nicht zwangsläufig, wenn die Projektion eine Abweichung der Inflationsrate vom Zielwert signalisiert. Ähnliches gilt übrigens auch für diejenigen Notenbanken, die solche Prognosen im Rahmen des „inflation targeting“ regelmäßig erstellen.

Doch ist derzeit noch nicht deutlich genug, wie wichtig die Projektionen für die Politik der EZB überhaupt sind. Um den Stellenwert der Projektionen wirklich ermessen zu können, bedarf es folglich noch einiger Klarstellungen. Da die Projektionen letztlich die zweite Säule der geldpolitischen Strategie darstellen, sollte bei Entscheidungen des EZB-Rates zumindest in der Begründung darauf eingegangen werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Projektionen nur eine Säule der Strategie repräsentieren. Die Zusammenhänge mit der Entwicklung der Geldmenge müssen also stets hergestellt und der Öffentlichkeit erläutert werden. Nur dann kann das Instrument der Projektionen als sinnvoller Bestandteil der geldpolitischen Strategie angesehen werden.

Selbst wenn sich die EZB nicht streng an die Empfehlung hält, die aus der Projektion folgt, besteht doch zumindest ein Druck, dass sie ihre Entscheidung bezüglich der Leitzinsen auch vor dem Hintergrund der Projektion begründet. Dies kann, wie nach der Veröffentlichung der Prognose im vergangenen Dezember, auch dadurch geschehen, dass die EZB etwa in ihren Monatsberichten auf geänderte weltwirtschaftliche Bedingungen verweist, nach denen die Prognose möglicherweise korrigiert werden muss. Da die Projektionen nur zweimal im Jahr veröffentlicht werden, ist dies auch sinnvoll, denn sonst würde sich die EZB für ein halbes Jahr binden. Auf jeden Fall erhöhte dies die Transparenz der Geldpolitik, und die Notenbank stünde unter einem gewissen Begründungs-

zwang. Damit würde der diskretionäre Handlungsspielraum eingeengt, was ganz im Sinne einer mittelfristig orientierten Stabilitätspolitik wäre.

Für die Transparenz der Geldpolitik wäre hingegen nichts gewonnen, wenn die Projektionen unverbindlich wären. Sie würden lediglich Auskunft über die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch den Stab der EZB geben, ohne dass dies zu Konsequenzen in der Zinspolitik führte. Dann wären die Projektionen auch entbehrlich.

Lohnpolitik

Die moderaten Tarifabschlüsse in den vergangenen Jahren haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigung wieder erhöhte und gleichzeitig der Preisauftrieb trotz spürbarer außenwirtschaftlicher Teuerungsimpulse begrenzt blieb. Jetzt geht es darum, die tarifpolitischen Weichen für das Jahr 2002 und darüber hinaus zu stellen. Die Institute plädieren dafür, den moderaten Kurs fortzusetzen. Dies bedeutet, dass sich die Lohnentwicklung prinzipiell am Produktivitätszuwachs zuzüglich des unvermeidlichen Preisanstiegs orientieren sollte – allerdings unter Berücksichtigung der Lage am Arbeitsmarkt. In der Prognose wurde unterstellt, dass die Tariflohnsteigerungen mit durchschnittlich $2\frac{1}{4}$ % in diesem und $2\frac{1}{2}$ % im nächsten Jahr maßvoll bleiben. Mit einer solchen Strategie, bei der die Lohnstückkosten nur wenig steigen, verhalten sich die Tarifparteien nach Meinung der Institute beschäftigungsorientiert und zugleich konform im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität. Für die ostdeutsche Wirtschaft ist Lohnmäßigung besonders wichtig. Maßstab dürfen nicht die Löhne im Westen sein, weil diesen eine höhere Produktivität zugrunde liegt. Vielmehr müssen sich die Löhne an der Produktivität in Ostdeutschland orientieren. Falls – wie in der Vergangenheit geschehen – der Aufholprozess bei den Löhnen schneller verläuft als bei der Produktivität, tragen letztlich die Arbeitnehmer die Kosten in Form höherer Arbeitslosigkeit.

Die Lohnpolitik steht – nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Euroraum – angesichts der starken außenwirtschaftlich bedingten Teuerungsimpulse aus dem vergangenen Jahr derzeit in einer besonderen Verantwortung für die Sicherung der Preisstabilität; die Institute haben hierauf schon in ihrem Herbstgutachten hingewiesen. Zwar sind die Ursachen für den Preisschub inzwischen weit-

gehend entfallen; der Weltmarktpreis für Rohöl hat sich zurückgebildet, und der Euro tendiert allmählich wieder stärker. Die Gefahr von Zweitrundeeffekten ist aber noch nicht endgültig gebannt. Über entsprechende Nachschlagsforderungen in den kommenden Lohnverhandlungen könnte eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt werden, die die Europäische Zentralbank zu Gegenmaßnahmen zwänge. Eine derartige Konfliktsituation zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik im Euroraum muss unbedingt vermieden werden. Deshalb darf die Lohnpolitik im Euroraum den derzeit moderaten Kurs nicht verlassen. Die EZB muss auch davon überzeugt sein, dass dies der Fall ist und somit auch in den kommenden Jahren von der Lohnentwicklung keine Gefahren für die Preisstabilität ausgehen.

Das Vertrauen in einen anhaltend moderaten lohnpolitischen Kurs kann erhöht werden, wenn die Tarifparteien Lohnabschlüsse tätigen würden, die etwas weiter in die Zukunft reichen. Eine Möglichkeit wäre – wie schon in der Vergangenheit praktiziert – längere Laufzeiten von Tarifverträgen zu vereinbaren. Allerdings gibt es an deren Ende – wie in diesem Jahr – auch Unsicherheiten, ob der lohnpolitische Kurs tatsächlich fortgesetzt wird. Eine andere Möglichkeit wäre, die Lohnabschlüsse nicht wie bisher üblich für das laufende, sondern für das jeweils kommende Jahr abzuschließen. Dies würde der Geldpolitik frühzeitig signalisieren, wie der Kurs der Lohnpolitik auf mittlere Sicht einzuschätzen ist; auch die Unternehmen würden mehr Planungssicherheit gewinnen.

Gegen derartige Lohnabschlüsse, die weiter in die Zukunft reichen, könnte man einwenden, dass für die Tarifpartner die Unsicherheit steigt, weil die wirtschaftliche und preisliche Entwicklung anders verlaufen könnte, als zum Zeitpunkt des Abschlusses vorhersehbar war. Für die Lohnentwicklung gilt aber generell, dass sie sich, wie mehrfach erwähnt, prinzipiell am mittelfristig erwarteten Produktivitätszuwachs zuzüglich des unvermeidlichen Preisanstiegs orientieren sollte. Vorübergehende Effekte, beispielsweise steigende bzw. sinkende Ölpreise oder eine konjunkturell bedingte Veränderung der Produktivität, sollen dagegen bei der Lohnfindung nicht berücksichtigt werden. Bei einer solchen Strategie würden die Preis- und Konjunkturrisiken geringer werden. Für die Politik der EZB wäre von Bedeutung, dass eine solche Tarifpolitik auf den übrigen Euroraum ausstrahlt.

Die wichtigsten Daten
der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2001 und 2002

Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2001		2002	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Erwerbstätige	1,6	0,9	0,8	1,0	0,8	0,7	0,8
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,6	-0,5	-0,6	-0,5	-0,5	-0,2	-1,0
Arbeitstage	-0,9	-0,3	0,0	-0,5	-0,1	-0,7	0,7
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,0	0,1	0,2	0,0	0,1	-0,2	0,4
Produktivität ¹⁾	3,0	2,0	2,0	1,9	2,2	2,1	1,9
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	3,0	2,1	2,2	1,9	2,3	1,9	2,4

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	3059,4	3168,4	3269,0	1536,3	1632,1	1586,7	1682,3
Private Haushalte ²⁾	2309,1	2404,9	2489,7	1171,5	1233,4	1214,0	1275,7
Staat	750,3	763,6	779,3	364,8	398,8	372,7	406,6
Anlageinvestitionen	850,7	863,5	891,0	414,6	448,9	422,9	468,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	384,4	407,3	435,5	193,1	214,1	204,2	231,3
Bauten	466,3	456,2	455,5	221,5	234,7	218,7	236,8
Vorratsveränderungen ³⁾	50,7	54,9	50,7	43,2	11,7	40,1	10,6
Inländische Verwendung	3960,8	4086,8	4210,6	1994,1	2092,7	2049,6	2161,0
Außenbeitrag	15,3	15,7	25,2	8,4	7,4	11,0	14,2
Exporte	1326,2	1495,0	1619,7	732,2	762,8	788,2	831,6
Importe	1310,9	1479,3	1594,5	723,9	755,4	777,1	817,4
Bruttoinlandsprodukt	3976,1	4102,5	4235,8	2002,5	2100,1	2060,7	2175,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Konsumausgaben	2,7	3,6	3,2	3,3	3,8	3,3	3,1
Private Haushalte ²⁾	3,0	4,1	3,5	3,7	4,5	3,6	3,4
Staat	1,7	1,8	2,1	1,8	1,7	2,2	2,0
Anlageinvestitionen	2,9	1,5	3,2	1,2	1,8	2,0	4,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,2	6,0	6,9	6,4	5,6	5,7	8,0
Bauten	-1,8	-2,2	-0,2	-3,0	-1,4	-1,3	0,9
Inländische Verwendung	3,2	3,2	3,0	3,2	3,1	2,8	3,3
Exporte	16,2	12,7	8,3	15,0	10,6	7,6	9,0
Importe	18,7	12,8	7,8	16,8	9,3	7,4	8,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	3,2	3,2	2,8	3,6	2,9	3,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2882,0	2935,9	2989,0	1439,7	1496,2	1467,9	1521,1
Private Haushalte ²⁾	2165,3	2213,2	2259,6	1080,9	1132,3	1105,7	1153,8
Staat	716,7	722,7	729,5	358,9	363,9	362,2	367,3
Anlageinvestitionen	859,0	871,2	896,8	418,4	452,8	426,2	470,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	389,3	412,1	439,0	195,6	216,5	206,3	232,8
Bauten	469,7	459,1	457,8	222,8	236,3	219,9	237,9
Vorratsveränderungen ³⁾	30,3	37,4	33,2	29,7	7,7	26,6	6,6
Inländische Verwendung	3771,3	3844,5	3919,0	1887,9	1956,6	1920,7	1998,4
Außenbeitrag	69,6	77,0	87,0	38,0	39,1	42,2	44,9
Exporte	1283,7	1412,7	1507,3	695,9	716,8	737,1	770,2
Importe	1214,1	1335,7	1420,2	658,0	677,8	694,9	725,3
Bruttoinlandsprodukt	3840,8	3921,5	4006,1	1925,9	1995,7	1962,8	2043,3
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3815,5	3895,8	3979,9	1917,2	1978,7	1953,9	2026,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Konsumausgaben	1,5	1,9	1,8	1,3	2,4	2,0	1,7
Private Haushalte ²⁾	1,6	2,2	2,1	1,5	2,9	2,3	1,9
Staat	1,4	0,8	0,9	0,8	0,9	0,9	0,9
Anlageinvestitionen	2,4	1,4	2,9	1,1	1,7	1,9	3,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,0	5,9	6,5	6,5	5,3	5,4	7,5
Bauten	-2,5	-2,3	-0,3	-3,2	-1,4	-1,3	0,7
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,9	1,8	2,0	1,7	2,1
Exporte	13,2	10,1	6,7	11,9	8,3	5,9	7,4
Importe	10,2	10,0	6,3	12,3	7,9	5,6	7,0
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,1	2,2	1,9	2,3	1,9	2,4
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3,0	2,1	2,2	1,9	2,3	1,9	2,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2001 und 2002

Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2001		2002	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Private Konsumausgaben ²⁾	1,4	1,9	1,4	2,2	1,6	1,3	1,5
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,9	1,1	1,0	0,8	1,2	1,0
Anlageinvestitionen	0,4	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,4	-0,1	0,3	0,3	0,5
Bauten	0,7	0,1	0,1	0,2	0,0	0,0	0,2
Exporte	2,6	2,4	1,5	2,8	2,1	1,6	1,5
Importe	7,7	2,6	1,4	4,0	1,3	1,7	1,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	1,1	1,1	0,9	1,2	1,0	1,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.DM

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²⁾	2987,3	3086,8	3199,9	1502,9	1584,0	1558,5	1641,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	405,8	415,6	425,6	197,6	218,0	201,9	223,8
Bruttolöhne und -gehälter	1715,6	1769,1	1825,3	825,7	943,4	848,8	976,5
Übrige Primäreinkommen ⁵⁾	865,8	902,2	949,0	479,6	422,6	507,9	441,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	369,8	376,2	377,3	187,1	189,1	180,0	197,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3357,1	3463,0	3577,2	1690,0	1773,1	1738,5	1838,7
Abschreibungen	589,8	609,5	628,0	302,5	307,0	312,0	316,0
Bruttonationaleinkommen	3946,9	4072,5	4205,2	1992,5	2080,1	2050,5	2154,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2945,6	3031,8	3121,4	1471,8	1560,0	1509,2	1612,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	824,1	847,2	870,5	448,5	398,7	458,6	411,9
Arbeitnehmerentgelt	2121,5	2184,7	2250,9	1023,3	1161,4	1050,7	1200,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²⁾	3,1	3,3	3,7	3,1	3,6	3,7	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,7	2,4	2,4	2,2	2,6	2,2	2,7
Bruttolöhne und -gehälter	3,3	3,1	3,2	2,9	3,3	2,8	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	2,1	2,4	1,8	2,4	2,0	2,7
Übrige Primäreinkommen ⁵⁾	3,4	4,2	5,2	3,8	4,7	5,9	4,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-2,2	1,7	0,3	-0,4	3,9	-3,8	4,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,5	3,2	3,3	2,7	3,6	2,9	3,7
Abschreibungen	3,4	3,3	3,0	3,4	3,3	3,1	2,9
Bruttonationaleinkommen	2,6	3,2	3,3	2,8	3,6	2,9	3,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,6	2,9	3,0	2,4	3,4	2,5	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,6	2,8	2,7	1,6	4,2	2,2	3,3
Arbeitnehmerentgelt	3,0	3,0	3,0	2,8	3,2	2,7	3,3

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²⁾

a) Mrd.DM

Masseneinkommen	1761,7	1830,8	1879,4	872,6	958,2	893,6	985,8
Nettolöhne und -gehälter	1101,2	1153,8	1181,9	535,6	618,2	546,9	635,1
Monetäre Sozialleistungen	794,3	811,5	834,0	403,5	408,0	414,3	419,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁴⁾	133,7	134,5	136,5	66,5	68,0	67,5	69,0
Übrige Primäreinkommen ⁵⁾	865,8	902,2	949,0	479,6	422,6	507,9	441,1
Sonstige Transfers ⁵⁾	-87,6	-81,0	-87,0	-39,0	-42,0	-42,0	-45,0
Verfügbares Einkommen	2539,9	2651,9	2741,4	1313,1	1338,8	1359,5	1381,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	19,4	19,7	19,9	9,1	10,6	9,2	10,7
Konsumausgaben	2309,1	2404,9	2489,7	1171,5	1233,4	1214,0	1275,7
Sparen	250,3	266,8	271,6	150,7	116,1	154,7	117,0
Sparquote (%) ⁷⁾	9,8	10,0	9,8	11,4	8,6	11,3	8,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Masseneinkommen	3,3	3,9	2,7	3,5	4,3	2,4	2,9
Nettolöhne und -gehälter	3,7	4,8	2,4	4,4	5,1	2,1	2,7
Monetäre Sozialleistungen	1,5	2,2	2,8	1,9	2,5	2,7	2,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁴⁾	-3,4	0,6	1,5	0,5	0,7	1,5	1,5
Übrige Primäreinkommen ⁵⁾	3,4	4,2	5,2	3,8	4,7	5,9	4,4
Verfügbares Einkommen	2,9	4,4	3,4	4,0	4,8	3,5	3,2
Konsumausgaben	3,0	4,1	3,5	3,7	4,5	3,6	3,4
Sparen	1,2	6,6	1,8	5,6	7,8	2,6	0,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2001 und 2002

Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2001		2002	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁹⁾

a) Mrd.DM

Einnahmen							
Steuern	975,4	951,8	1007,2	472,1	479,8	495,4	511,8
Sozialbeiträge	741,9	758,7	777,2	362,1	396,6	369,8	407,4
Vermögenseinkommen	28,0	37,1	33,1	25,8	11,3	21,7	11,5
Sonstige laufende Transfers	26,4	27,4	27,6	13,8	13,6	13,9	13,7
Vermögenstransfers	16,0	16,6	16,9	8,7	7,9	8,9	8,0
Verkäufe	79,9	80,4	81,0	38,0	42,4	38,3	42,7
Sonstige Subventionen	2,0	2,0	2,0	0,8	1,2	0,8	1,2
Insgesamt	1869,6	1874,0	1944,9	921,3	952,7	948,7	996,2
Ausgaben							
Vorleistungen ⁹⁾	451,0	462,4	475,0	222,2	240,2	228,2	246,7
Arbeitnehmerentgelte	322,1	323,9	327,2	150,8	173,1	152,8	174,4
Vermögenseinkommen	131,7	131,9	136,0	66,2	65,7	68,3	67,7
Subventionen	67,3	67,1	67,0	29,8	37,3	29,8	37,2
Monetäre Sozialleistungen	743,3	759,0	780,5	377,4	381,7	387,7	392,8
Sonstige laufende Transfers	67,9	67,2	73,0	32,2	35,0	35,4	37,6
Vermögenstransfers	59,5	65,3	69,2	31,0	34,3	34,5	34,7
Bruttoinvestitionen	70,9	71,5	72,5	31,4	40,1	31,7	40,8
Nichtproduzierte Vermögensgüter ¹⁰⁾	-102,2	-2,9	-3,0	-1,2	-1,7	-1,3	-1,7
Insgesamt	1811,4	1945,5	1997,3	939,8	1005,7	967,1	1030,3
Finanzierungssaldo	58,3	-71,5	-52,4	-18,5	-53,0	-18,3	-34,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Einnahmen							
Steuern	4,2	-2,4	5,8	-1,2	-3,6	4,9	6,7
Sozialbeiträge	1,1	2,3	2,4	2,0	2,5	2,1	2,7
Vermögenseinkommen	-14,2	32,4	-10,8	53,4	0,8	-16,2	1,4
Sonstige laufende Transfers	-6,3	3,6	0,7	3,5	3,7	0,7	0,7
Vermögenstransfers	-5,7	3,2	2,1	3,4	3,0	2,3	1,9
Verkäufe	-0,5	0,7	0,7	0,6	0,8	0,8	0,6
Sonstige Subventionen	-9,1	-0,5	-1,0	-1,2	0,0	-2,4	0,0
Insgesamt	2,2	0,2	3,8	1,3	-0,8	3,0	4,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁹⁾	2,6	2,5	2,7	2,3	2,8	2,7	2,7
Arbeitnehmerentgelte	-0,2	0,6	1,0	0,9	0,3	1,3	0,7
Vermögenseinkommen	-4,1	0,2	3,1	0,2	0,2	3,1	3,1
Subventionen	-0,5	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3
Monetäre Sozialleistungen	1,6	2,1	2,8	1,8	2,4	2,7	2,9
Sonstige laufende Transfers	7,7	-1,0	8,6	6,0	-6,6	9,7	7,5
Vermögenstransfers	9,5	9,9	6,0	10,4	9,5	11,3	1,1
Bruttoinvestitionen	-0,8	0,9	1,4	0,8	1,0	0,9	1,8
Insgesamt	-3,9	7,4	2,7	1,9	13,1	2,9	2,4

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴⁾ Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

⁵⁾ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁶⁾ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁷⁾ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁸⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁹⁾ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

¹⁰⁾ Im 2. Halbjahr 2000 einschließlich der auf der Ausgabenseite als Nettoabgang gebuchten Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen in Höhe von 99,4 Mrd.DM.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2001 und 2002: Prognose der Institute.